

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 11. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Politik des schwindenden Selbstvertrauens.

Aus den bisherigen Erörterungen der Budgetbewilligungsfrage geht so viel jedenfalls klar hervor, daß es sich bei der Aktion der süddeutschen Landtagsabgeordneten und Parteiredakteure nicht um eine vereinzelt Abweichung von bisherigen Gepflogenheiten der Partei, sondern um einen wohlüberlegten Schritt zur Ueberleitung der Partei in das revisionistische Fahrwasser handelt.

Die Budgetbewilligung durch die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen in Baden und in Bayern, die ja für die Frage, ob das Budget in jenen Ländern tatsächlich zustande kommen sollte oder nicht, obendrein völlig belanglos war, gewinnt dadurch einen symbolischen Charakter als eine Hauptaktion echt revisionistischer Staatsmannschaft. Es verbirgt sich dahinter der Verzicht auf die Methoden des revolutionären Klassenkampfes, es verbirgt sich dahinter die Anerkennung des kapitalistischen Klassenstaates als einer Einrichtung, in der auch das Proletariat sich wohllich einzurichten vermag.

In letzter Linie ist auch dieser neueste revisionistische Schachzug zurückzuführen auf einen Mangel an Vertrauen in die Werbekraft sozialdemokratischer Ideen und in die Erreichbarkeit des sozialdemokratischen Endziels. Wer dieses Endziel überhaupt nicht mehr für realisierbar hält, oder wem es in so nebelhafte Ferne verschwindet, daß es auf die Maßnahmen der Gegenwartspolitik keinen bestimmten Einfluß mehr ausüben kann, der muß natürlich auch verzweifeln an der Werbekraft der Propagandamittel, die aufs innigste mit diesem Endziel verknüpft sind. Ist aber das Vertrauen in die Werbekraft der sozialdemokratischen Bewegung einem Parlamentarier oder Redakteur erst einmal so weit geschwunden, daß er sich keinen Erfolg mehr davon verspricht, dann sucht er naturgemäß das Heil in der Nachahmung der politischen Methoden bürgerlicher Politiker. Da ist es nun ein besonderes Bedenken für unsere revisionistischen Politiker, daß sich ihnen als Vorbild der deutsche Liberalismus zur Zeit seines höchsten Verfalls darbot und von ihnen auch getreulich nachgeahmt wurde.

Auch der deutsche Liberalismus heutiger Tage hat kein Vertrauen mehr zu seinen eigenen früheren Grundsätzen, die er in der Zeit seines Aufschwunges auf sein Banner schrieb. Er sucht nichts mehr zu erringen durch rücksichtslosen Kampf gegen das bürokratische Regierungssystem. Er hat sich damit abgefunden, daß die Bureaucratie regiert in allen Verwaltungszweigen. Er läßt sie in der Nacht und sucht nur durch Gefälligkeiten und Bewilligungen kleine Zugeständnisse von den Machthabern zu erschmeicheln. Er fühlt sich wohl, wenn die Machthaber ihm eine herablassende Begünstigung zuteil werden lassen.

Diese Politik des geschwundenen Selbstvertrauens der Liberalen findet ihre Nachahmung in der Politik des schwindenden Selbstvertrauens, zu der unsere Revisionisten die sozialdemokratische Partei verleiten wollen. Daß die Budgetbewilligung, wie sie von den süddeutschen Landtagsabgeordneten durchgeführt wurde, auf die tatsächliche Anerkennung des kapitalistischen Klassenstaates hinauskommt und den Zweck hat, die Machthaber dieses Klassenstaates wohlwollend zu stimmen, darüber sind sich auch die Politiker klar, die dieses Meisterstück ausgeklügelt haben. Man liebt das Eingeständnis zwischen den Zeilen ihrer Verteidigungsversuche.

Es kann ihnen auch nicht unklar sein, daß ihr Verfahren nicht nur dem Wortlaut, sondern auch dem Geist der Liberaldresolution widerspricht. Gaben sie doch in der größten Heimlichkeit die Parallellaktion in Karlsruhe und in München von langer Hand vorbereitet, um die Partei plötzlich vor vollendete Tatsachen zu stellen. Das wäre völlig unnötig gewesen, wenn sich die Abstimmungen in Karlsruhe und München ungezwungen aus der bisherigen Taktik der Partei ergeben hätten.

Die Methode, vermittelt deren diese Politik des schwindenden Selbstvertrauens herbeigeführt wurde, trägt aber wiederum bezeichnenderweise den Stempel des mangelnden Vertrauens zu der eigenen Sache.

Wollten die süddeutschen Abgeordneten und Redakteure wirklich einen Bruch mit der bisherigen Taktik der Sozialdemokratie gegenüber den einzelstaatlichen Regierungen herbeiführen, so hätte man ihnen keinerlei Vorwurf daraus machen können, wenn sie durch frühzeitige Erörterung der strittigen Frage in aller Öffentlichkeit auf eine Aenderung der bisherigen Auffassung bei den Parteigenossen hinzuwirken gesucht hätten. So ziemt es sich für Mitglieder einer wahrhaft demokratischen Partei. So wäre es Ehrensache gewesen für überzeugungstreue Männer, die von der Stichtätigkeit und Werbekraft ihrer eigenen Gründe durchdrungen sind.

Aber gerade umgekehrt sind die Budgetbewilligungsreue verfahren. Nicht wie demokratische Volksvertreter, sondern wie Mitglieder einer höfischen Fronde haben sie in heimlicher Verabredung den Plan zu ihrem Vorstoß besprochen, um dann durch dessen Verwirklichung die Partei oor eine vollendete Tatsache zu stellen. Nicht durch Ueber-

redung, sondern durch Ueberrumpelung haben sie ihr Ziel zu erreichen gesucht. Solche Mittel wird nur anwenden, wer kein Zutrauen hat zur Güte seiner eigenen Sache, kein Zutrauen auch zu der Partei, der er angehört. Ist also die ganze Politik des Entgegenkommens gegen die sozialistenfeindliche Bureaucratie schon an sich ein Erzeugnis des schwindenden Vertrauens zu der sozialdemokratischen Bewegung, so bekundet sich das schwindende Selbstvertrauen naturgemäß auch in der Geltendmachung der eigenen Ansichten der Frondeure innerhalb der Partei. Sie haben die Taktik von Frondeuren eingeschlagen, weil sie sich selbst nicht zutrauen, durch gute Gründe die ganze Partei oder auch nur die örtlichen Parteigenossenschaften ihres Wirkungskreises für ihre Sache zu gewinnen. Auf diesen Mangel an parteigenösslichem Selbstvertrauen ist es auch zurückzuführen, daß die Presse, die ihnen zur Seite steht, es vermeiden hat, ihren Lesern die vollen Gegengründe gegen die Taktik der Fronde vorzuführen. Wohl aber hat sie durch allerhand demagogische Tricks die Mitglieder der Fronde als zu Unrecht gescholten, als verfolgte Unschuldslämmer dem Mitgefühl der süddeutschen Genossen empfohlen. Diese wohlbekannte revisionistische Methode verfehlt ja bei mangelhaft unterrichteten Lesern nie ihre Wirkung. So erklärt es sich, daß die Budgetfronde nachträglich in einer ganzen Anzahl von Parteiorien Zustimmungsfundgebungen erzielt hat.

Nach allen bisherigen Erfahrungen im Parteileben unterliegt es aber gar keinem Zweifel, daß auch dort die überwiegende Mehrzahl der Parteigenossen, wenn sie nur in Wort und Schrift eine andere Seite zu hören bekommen hätte oder noch zu hören bekommen würde, sich genau so gut gegen die Parteifrondeure und ihre Politik des schwindenden Selbstvertrauens kehren würde, wie das durchweg in Norddeutschland der Fall gewesen ist.

Das Vertrauen in die Güte unserer Sache, in die Werbekraft unserer Ideen, in die Stochkraft unserer Bewegung, die feste Zuversicht auf deren endlichen Sieg über alle entgegenstehenden Mächte ist aber eine wesentliche Vorbedingung für alle Erfolge, die wir wirklich der kapitalistischen Staatsorganisation abtrotzen können. Wer den proletarischen Klassenkampf dieses Selbstvertrauens nimmt, zerstört das Lebensmark der Bewegung. Deshalb muß mit der nachdrücklichsten Entschiedenheit jeder Versuch zurückgewiesen werden, der darauf abzielt, innerhalb der deutschen Sozialdemokratie die Politik des schwindenden Selbstvertrauens zur Geltung zu bringen.

Ein Brief Bebel's.

Der Sekretär der englischen Arbeiterpartei, Ramsay MacDonald, hatte vor kurzem die Friedenskundgebung, die die Arbeiterpartei beschlossen hatte, an Bebel geschickt. Die englischen Blätter veröffentlichten nun das Antwortschreiben Bebel's, das aus dem Englischen rückübersetzt folgenden Wortlaut hat:

Wir befinden uns natürlich in völliger Uebereinstimmung mit den Ansichten Guerer Resolution. Unsere Haltung im Reichstage, in unseren Zeitungen und in den Versammlungen, in denen die auswärtige Politik Deutschlands besprochen wurde, war erfüllt von dem freundschaftlichsten Geiste des Wohlwollens gegenüber England, dem englischen Volke und der Arbeiterklasse. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß keine Gründe vorhanden sind, die einen Krieg zwischen den beiden hochzivilisierten Völkern rechtfertigen können. Wir werden auch weiterhin in diesem Geiste wirken und wenn unsere Herrscher Reizung zeigen sollten, einen Krieg zu provozieren, so werden wir nichts, was in unserer Macht liegt, ungetan lassen, um einen derartigen Krieg zu verhindern. Trotz des Kriegesgeschehens gewisser Elemente in Deutschland und England kann ich nicht zugeben, daß der Gegensatz zwischen den herrschenden Klassen der beiden Länder so scharf geworden sei, daß er auf den baldigen Ausbruch eines Krieges hindeute. Daß aber ein derartiger Krieg im Verlaufe der Zeit ausbrechen kann, halte ich für durchaus möglich. Die Kriegsrüstungen werden mit solchem Eifer betrieben und beanspruchen einen so gewaltigen Teil der Hilfsquellen der Nationen, daß dieser Zustand nicht sehr lange andauern kann. Die Katastrophe, die sie verhindern sollen, wird dadurch heraufbeschworen. Wir müßten daher meiner Ansicht nach ruhig und sorgfältig die Entwicklung der Dinge beobachten und das unsrige tun, um das Volk und vor allen Dingen die Arbeiterklassen über die möglichen Folgen aufzuklären. Am Zeugnis für den Geist abzulegen, in dem wir zu wirken gedenken, werden wir bei Gelegenheit unseres bevorstehenden Parteitagess in Rürnberg öffentlich zeigen, wie wir zu der Kriegsfrage stehen, und besonders in bezug auf England und das englische Volk. Außerdem wird eine Sitzung des internationalen Bureaus im Oktober in Brüssel stattfinden, in der wir gleichfalls unsere Anschauungen darlegen werden. Die Hauptsache ist, daß auch England dort gut vertreten ist.

Die englische liberale Presse kommentiert die Kundgebung Bebel's sehr beifällig. Die deutschfreundlichen „Daily News“ führen die Ansichten Bebel's als Beweis der Friedensfreundschaft der großen Masse des deutschen Volkes an und meinen, daß demgegenüber der Lärm der alldutschen Chauvinisten nicht allzu ernst zu nehmen sei. Dagegen haben deutsche Blätter den Briefwechsel zu einer Verleumdung Bebel's auszunutzen versucht. So ließ sich die „Allg. Ztg.“ aus Berlin ein Telegramm senden, das es „als recht bedauerlich bezeichnet, daß Herr Bebel in dem

Schreiben sage, daß angesichts der gewaltigen Rüstungen ein Krieg zwischen England und Deutschland unausbleiblich sei. Die deutschen Sozialisten würden allerdings alles in ihrer Kraft Stehende tun, um diesen Krieg abzuwenden, wenn die Herrscher kriegerische Neigungen zeigen sollten.“

Dann fährt das Blatt fort: Wir glauben oder vielmehr wir wissen, daß die sozialdemokratische Partei in Deutschland nicht in die Lage kommen wird, ihren Einfluß gegen eine solche Absicht der deutschen Regierung einzusetzen, weil eine solche Absicht nicht vorhanden ist. Ebenso sind wir überzeugt, daß Herr Bebel auf richtig den Frieden will, aber er sollte sich darüber klar werden, daß er mit solchen Äußerungen weit entfernt ist, der Sache des Friedens zu dienen. Auf Deutschland machen sie keinen Eindruck, aber in England hat sich bekanntlich in weiten Kreisen die Ansicht von deutschen Angriffsgeheimnissen festgesetzt, und diese Ansicht kann nur verstärkt werden, wenn eine so bekannte Persönlichkeit wie Herr Bebel aus den Kriegsrüstungen die Unvermeidlichkeit des Krieges folgert. Es nimmt sich ja in der Parteipropaganda ganz gut aus, wenn die Sozialisten sagen, daß die Kriegsrüstungen schließlich zum Kriege führen müssen, aber etwas anderes ist es, wenn man diesen Gedanken in ein fremdes Land wirft, dessen Bevölkerung zum Teil sowieso schon unter dem Alpdruck deutscher Kriegesgeheimnisse leidet. Eine Uebertragung der Parteipropaganda auf auswärtige Beziehungen ist immer im höchsten Grade bedenklich, und ein Mann von der Intelligenz des Herrn Bebel sollte sich selbst sagen, daß man damit nur Schaden anrichten kann. So sehr aber auch Herr Bebel immer sein internationales Glaubensbekenntnis hervorkehrt, so glauben wir doch nicht, daß er absichtlich und bewußt zu einer solchen Schädigung beitragen will.

Es ist ja sehr nett von dem Blatte des Herrn Wilson und der nationalliberalen Scharfmacher, daß es die gute Absicht Bebel's anerkennt, aber es ist eine starke Entstellung, Bebel vorzuwerfen, er hätte von der Angriffslust Deutschlands gesprochen. Gerade das Gegenteil steht in dem Briefe und gerade Bebel weiß ja auch besser als irgend ein anderer, wie wenig die Masse des deutschen Volkes von einem Kriege etwas wissen will. Das aber die ständig wachsenden Rüstungen eine Gefahr für den Weltfrieden bedeuten, ist so wenig ein parteipropagatorisches Schlagwort, daß dieses Argument sogar Aufnahme gefunden hat in dem Manifest des — russischen Zaren, mit dem der Schwindel der diplomatischen Friedenskonferenzen eingeleitet worden ist. In der Tat spricht Bebel in diesem Briefe nur die Ansichten der gesamten Internationale aus, die als wichtigstes Mittel zur Bekämpfung des Krieges den Kampf gegen den Militarismus und Marinismus erkannt hat. Man wird sich eben auch in Deutschland daran gewöhnen müssen, daß der Absolutismus in der auswärtigen Politik aufhören muß. Die deutschen Arbeiter haben es satt, daß eine unverantwortliche Diplomatie, vom Volke unkontrolliert, das Leben der Arbeiter aufs Spiel setzt, wenn ihre Fähigkeiten zur Lösung ihrer Aufgaben nicht mehr ausreichen. Auch in der auswärtigen Politik fordert das deutsche Volk sein Selbstbestimmungsrecht und die bevorstehende Kundgebung der Berliner Arbeiter wird zeigen, daß das Proletariat seine Politik der internationalen Solidarität mit allem Nachdruck dem völkerverhetzenden Treiben der kapitalistischen Klassen entgegen zu setzen weiß.

Das dänische Panama.

Kopenhagen, 9. September. (Fig. Ver.)

„Es ist etwas faul im Staate Dänemark.“ Shakespeares Wort hat sich erfüllt, und das Unglaubliche ist geschehen: der Götze Adler Alberti, bis vor zirla sechs Wochen allmächtiger Justizminister, liegt zerstückelt auf dem Boden — das kapitalistische System, dessen Repräsentant er war, hat eine fürchterliche Niederlage erlitten! Was war Panama, was war Kasi gegen diesen kapitalistischen Riesen? Nichts! Sieben Jahre lang lag er wie ein Alp auf dem politischen und moralischen Leben Dänemarks, alle Sturmflut gegen ihn prallten ab, denn keiner verstand es wie er, dem Volke Sand in die Augen zu streuen. Sogar seinen Witzkollegen in der Regierung, und allen voran dem Ministerpräsidenten J. C. Christensen, sowie der gesamten Regierungspartei hatte er eine faulstidige Wunde vor die Augen gelegt. Als unser Genosse Borgbjerg letztes Frühjahr seine große Attacke gegen ihn unternahm und die von dem „Hüter der Gerechtigkeit“ ins Werk gesetzte Korruption angedeutet, war nicht ein einziger Mann in der ganzen Regierungspartei, der diesen kapitalistischen Korruptionsvertreter fallen lassen wollte. Als er nun doch vor ungefähr sechs Wochen krankheitshalber seine Portefeuille niederlegte, ernannte ihn die Regierung zum „Geheimen Konferenzrat“ — ein Titel, der sonst nur abgehenden Ministerpräsidenten erteilt wird — und noch dazu erhielt er ein ungarantiertes persönliches Darlehen von 1 1/2 Millionen Kronen aus der Staatskasse. Er, der das verächtliche Prügelschloß für die kleinen Geschwätzübertreter durchschleifte, sitzt jetzt hinter Schloß und Riegel wegen einer Defraudation von 15 Millionen Kronen! Der bis vor kurzem als Justizminister hochverehrte als gemeiner Betrüger und Fälscher dem Zuchthause verfallen!

Nun, ihm geschieht nur sein Recht; aber welches Elend führt sein Sturz nicht mit sich, namentlich in der seeländischen Landbevölkerung? Tausend Garantien für die „Spaarkasse der Bauernbevölkerung“, deren Vermögen er vermindert hat, müssen jeder mit 2000 Kronen bluten und auch die Sparee werden wohl zirla 20 Proz.

Die Inserions-Gebühr beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ihre Einlagen verlieren. Die Folge dürfte eine ganze Anzahl von Bankrotten sein. Schon seit Frühjahr existiert hier eine drückende Bankkrise, die nur dadurch etwas gemildert wurde, daß die Staatskasse einen Kredit von 10 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt hat und jetzt dieser Kredit — wahrlich, das kapitalistische System zeitigt herrliche Früchte!

Entgegen anderen, glaubwürdig erscheinenden Mitteilungen verbreitete Rigasus Depeschbureau gestern die Nachricht, daß in der Zusammensetzung des Ministeriums Christensen eine Veränderung nicht bevorstehe. Man muß danach annehmen, daß die Minister, die jahrelang mit Alberti zusammengearbeitet haben, alles aufbieten werden, um den Glauben zu erwecken, daß sie keine Ahnung von dem verbrecherischen Treiben ihres Kollegen hatten, daß auch keinerlei Verdacht in ihnen aufstieg, als Alberti im Juni das 1½ Millionen-Darlehen aus der Staatskasse verlangte. Nun war aber das Anlagematerial des Genossen Voghjerg im Reichstag so schwerwiegend und beweiskräftig, daß das Ministerium unbedingt verpflichtet gewesen wäre, Aufklärung zu schaffen, statt für den so schwer kompromittierten Justizminister ohne weiteres Partei zu ergreifen.

In der Folgebildung vom 23. Mai dieses Jahres war es der Vorsitzende der Liberalen, Staatsrevisor Anders Rielsen, der, nachdem Genosse Voghjerg alle die schwerwiegenden Gründe für die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zusammengefaßt hatte, erklärte, es seien keine Beweise vorgebracht worden, die die Annahme des sozialdemokratischen Antrages rechtfertigten. Der Antrag wurde dann auch abgelehnt mit 50 gegen 25 Stimmen. Rielsen, der als Parteiführer schuld daran ist, daß Alberti seine Schwindeleien fortsetzen konnte, bis ihm das Messer an der Kehle stand, wurde Ende Juli Landwirtschaftsminister. Der Reichstag, mit dem er und die Liberalen überhaupt die so dringend notwendige Untersuchung der Amtsführung und der Geschäftspraktiken des Justizministers ablehnten, zeugt gewiß nicht dafür, daß er für ein Ministeramt besonders geeignet ist.

Wesser als seine anderen Ministerkollegen kannte der im Jahre 1902 verstorbene Verkehrsminister Drup den Justizminister schon damals. Jener radikal-demokratische Politiker und Minister sagte kurz vor seinem Tode von Alberti: „Dieser Mann wird im Justizhaus enden“.

Die Summen, die Alberti durch Fälschungen und Betrugsereignisse veruntreut hat, werden von seinem eigenen Organ „Dannebrog“ auf 10 bis 15 Millionen Kronen angegeben. Vielleicht kommt, wenn die Sache einmal richtig untersucht ist, noch mehr heraus. Vor „Dannebrog“ Redaktionslokal hatte sich am Tage des Ereignisses eine große Menschenmenge versammelt, die energisch verlangte, daß Albertis Blatt, wie andere Zeitungen, Albertis Schwindeleien durch Anschlag bekannt gebe. Schließlich nahm man die Extrablätter anderer Zeitungen und versah damit die Redaktionsfenster. Uebrigens soll „Dannebrog“ trotz Albertis Untergang weiter erscheinen; wie die Redaktion berichtet, hat Alberti das Blatt im März 1907 an die Redakteure verpachtet. Das von jenem Schwindler und Verbrecher im Jahre 1902 gegründete Blatt zur Verleumdung der Sozialdemokratie soll also dem Lande erhalten bleiben. Die Nachricht von Albertis Schwindeleien hat natürlich in ganz Dänemark ungeheure Aufregung hervorgerufen. Selbstverständlich wird auch das politische Leben sehr stark dadurch beeinflusst werden. Im nächsten Jahre wird das Folgebildung neu gewählt. Die Landleute werden es sich merken, daß ihre politischen Vertreter, daß ihre Partei es war, die ein rechtzeitiges Einschreiten gegen Alberti verhinderte, das von der Sozialdemokratie so dringend gefordert wurde. Die Verluste und die Schmach wären sicherlich ein gut Teil geringer gewesen, wenn die wiederholten bittersten Mahnungen der Sozialdemokraten beachtet, wenn Reichstag und Regierung bei Zeiten den verbrecherischen Justizminister unschädlich gemacht hätten, ehe er selbst sich der Justiz stellte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. September 1908.

Auch noch die Inkeratensteuer!

Außer den verschiedenen anderen schönen Steuern hat das Reichschatzamt, um für alle Fälle gerüstet zu sein, auch noch eine Inkeratensteuervorlage ausarbeiten lassen. Der „Berl. Lokal-Anz.“ hat von „unterrichteter Seite“ darüber folgendes erfahren:

„Daß zu den modernen Einrichtungen, die besteuert werden sollen, in erster Linie die Elektrizität und das Gas gehören, ist bereits bekannt. Es soll dabei aber weniger die von diesen beiden Quellen ausgehende Kraft, als das Licht besteuert werden, und auch nicht die Produktion, sondern diese Abgabe soll den Konsumenten auferlegt werden, wenngleich ihre Erhebung bei den Produzenten stattfinden dürfte. Die gewerblichen Interessen sollen nach Möglichkeit geschont werden. Ferner ist unter jenen modernen Einrichtungen auch an das Kellamewesen gedacht, das ebenfalls zur Besteuerung herangezogen werden soll, ob es nun in Gestalt von Plakaten, von Inschriften an Mauern, Bergen usw. oder von Zeitungsinseraten auftritt. Was diese anlangt, so will man weitgehende Unterschiede machen, die sogenannten „kleinen Anzeigen“ unabhängig von ihrem Umfang und nur nach ihrem Zweck betrachten, also Stellenangebote und Stellenangebote, Familienanzeigen u. dergl. ganz steuerfrei lassen und auch die minder leistungsfähigen kleineren Blätter zu der Inkeratensteuer nicht heranziehen, sondern sie lediglich von den größeren, ertragreichen Blättern erheben.“

Unwahrscheinlich klingt die Meldung nicht, denn in ihrer Beforgnis, den Immobilien Besitz zu schädigen, greift die Regierung zu den kuriossten Steuerplänen. Dagegen scheint uns die von demselben Blatt gebrachte Nachricht, die Jahrkartensteuer solle aufgehoben werden, als ganz unbegründet. Steuerrechte, die der Fiskus erlangt hat, läßt er nicht so leicht wieder fahren.

Die Reichstagswahl im 2. braunschweigischen Wahlkreise (Wolfenbüttel-Gelmstedt)

findet morgen, Freitag, statt. Der Bund der Landwirte hat den Agrarier Kleys-Vergheim, die Welsen haben den Rechtsanwalt Debes, die Braunschweiger und unsere Genossen den Maurer Heinrich Niese aus Braunschweig als Kandidaten aufgestellt. Der Wahlkampf wird zwischen den bürgerlichen Parteien mit einer seltenen Schärfe geführt. Es erklärt sich das daraus, daß die Welsen sich gewiewert haben, sich dem Wismarsch anzuschließen. Besonders sind die „Nationalliberalen“ über die Welsen wütend und werfen diesen direkt Partisiererei mit unserer Partei vor. Dabei unterscheidet sich das Programm des Welsenkandidaten fast in nichts von dem des Kandidaten des Bundes der Landwirte. Die Nationalliberalen haben allerdings alle Ursache, recht erbost zu sein, denn sie sind von der Mitbestimmung bei der Aufstellung des Reichstagskandidaten fast völlig ausgeschlossen worden. Der Bund der Landwirte hat sie an die Wand gedrückt und ihnen in der Kandidatenfrage die Pistole auf

die Brust gesetzt. Die „Liberalen“, die hier mehr freikonservativ als liberal sind, mühten der Kandidatur Kleys wohl oder übel zustimmen. Wohl um ihre schmähliche Niederlage zu verbergen, schrieben sie jetzt die glänzenden Salto mortales für Herrn Kleys, den der nationalliberale Wahlausschuß einen „durch und durch liberalen Mann“ nennt, obgleich Kleys selbst erklärt hat, er werde sich wohl der Wirtschaftlichen Vereinigung anschließen; nationalliberal sei er jedenfalls nicht, doch fühle er sich zu den Nationalliberalen hingezogen.

Die ganze Wahlagitator der Wismarschpartei und der sie unterstützenden Reichsverbandsagenten erfolgt unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Gegner sind feige wie die Schakale und schließen ihre Versammlungen gegen unsere Parteigenossen ab. Der Kreisdirektor, die Bürgermeister, Stadträte und viele Gemeindevorsteher beteiligen sich in ihrer amtlichen Eigenschaft an der Wahlagitator für den Wismarschlandkandidaten und haben offen mit ihrer Amtsbezeichnung den Wahlausruf unterschrieben. Kriegervereine versenden Flugblätter an jedes ihrer Mitglieder mit der Warnung, ja keinen Sozialdemokraten zu wählen. Geistliche und Lehrer, alles stellt sich in den Dienst des Herrn Kleys. Am Wahltag werden die Schulen im Kreise geschlossen, um die Lehrer zur Wahlarbeit freizustellen.

Für unsere Parteigenossen ist die Wahlagitator außerordentlich schwierig. Der Wahlkreis ist ein fast rein ländlicher, mit einer reichen Bauernbevölkerung. Er zählt 184 Ortschaften und nur einige kleine Landstädte. Lokale zur Abhaltung von Versammlungen haben uns nur in den fünf Städten und sechs Dörfern zur Verfügung gestanden. Und in diesen letzteren haben die Kriegervereine noch alles ausgeboten, die Wirte einzuschüchtern, so daß es uns nur unter großen Mühen gelang, je eine Versammlung abzuhalten. In einigen dieser Versammlungen haben die Genossen Reichstagsabgeordneten Roske und Wreh referiert. Die Parteiorganisation zählt 780 Mitglieder, die sich auf die Städte verteilen.

Blottterorismus.

Die „Grenzboten“ sind eine der geachtetsten Zeitschriften innerhalb der konservativen Partei. Nur mit Ehrfurcht wurden sie sonst in der konservativen Presse genannt, und ihre Aussprüche galten als Dokumente unantastbarer Weisheit. Jetzt haben sie sich aber erlaubt, in Sachen des Herrn Schilling von Hulm eine eigene Meinung zu haben, und fugs kündigt ihnen Herr Dertel von der „Deutschen Tageszeitung“ die bisher immer zur Schau getragene Hochachtung. Höchst eigenhändig wirt er ihnen „unerhörte Begriffsverwirrung“ vor und zeigt sie einer „törichten Auffassung“ und „unsinniger Beschuldigungen“. Schon neulich hat er, bei einer Polemik in Sachen der Erbschaftsteuer, das Wort „wissenschaftlich“ in Verbindung mit den „Grenzboten“ nur in Gänsefüßchen gebracht. Man sieht, bei den Konservativen über das Anfaßen mit Glaschandschuhen schon bei der geringsten Meinungsverschiedenheit auf. Herr Dertel will sogar gleich das schwerste Geschütz gegen die „Grenzboten“ aufgeföhren lassen. Er schreibt:

„Die „Grenzboten“ werden oft als offiziös bezeichnet. Daß sie es früher in einem gewissen Sinne und in einem gewissen Umfange waren, ist uns bekannt. Ob sie es jetzt noch sind, wissen wir nicht. Gegen die Annahme, daß sie es in diesem Falle gewesen seien, sträuben wir uns mit aller Kraft. Es würde aber, um Mißverständnissen vorzubeugen, zweckmäßig sein, wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Gelegenheit nehmen wollte, in irgend einer Form zu betonen, daß der besprochene Artikel der „Grenzboten“ Privatarbeit ist. Der Gedanke darf unseres Erachtens nicht aufkommen, daß solche und ähnliche Anschuldigungen, wie sie in den „Grenzboten“ zu Markte getragen werden, in irgendwelchen maßgebenden Kreisen herrschen.“

Also Partei- und Regierungsbann in bester Form! Nicht mehr und nicht minder! Wie würde Herr Dertel toben, wenn auch nur etwas entfernt Ähnliches unter Sozialdemokraten vorläme!

Zur Sache selbst proklamiert Herr Dertel das Naturrecht auf Terrorismus trotz Blodpolitik:

„Das wäre eine wunderschöne Staatspolitik, die es von vornherein verhindern sollte, gegen einen Beamten vorzugehen, der, wie von seinen eigenen Parteigenossen zugegeben wird, in seiner Tendenzschriftsteller die Verhältnisse mindestens schief und falsch dargestellt hat!...“

Noch törichter — wir können uns wahrhaftig keines anderen Ausdruckes bedienen — ist die in dem oben mitgeteilten Artikel der „Grenzboten“ vertretene Auffassung von dem Wesen der Blodpolitik. Die Blodpolitik ist weiter nichts als ein zeitweiliges Zusammenarbeiten der konservativen und liberalen Parteien, um die Fortführung einer nationalen Politik zu gewährleisten. Sie bedeutet durchaus nicht eine Abkehr von den alten Regierungsgrundsätzen, sondern nur eine Abkehr von der bisher innegehaltenen Regierungstaktik. Wer von der Blodpolitik erwartet und ihr zumutet, daß sie mit den alten bewährten Grundsätzen, die der „Grenzboten“-Schreiber alte, abgeworfene Methoden nennt, brechen solle, der sprengt den Blod. Wo in aller Welt ist denn „offiziell verstanden“ worden, daß die Blodpolitik bestimmt sei, die Meinungen frei gewähren zu lassen, auch wenn sie sich in einer Form äußern, die zugehörtenermaßen für die Regierung als solche und viele Regierungsbeamte in hohem Maße beleidigend ist? Wir haben von einer offiziellen Verklammerung dieser neuen seltsamen Grundsätze nicht das mindeste gehört. Die Durchführung eines derartigen Grundsatzes würde auch durchaus nicht im Interesse der Staatsautorität liegen, sondern zum Ruine dieser Autorität führen.“

Das heißt mit kurzen Worten: Wenn sie nicht das Recht haben sollen, nach Belieben zu mahregeln und zu terrorisieren, dann pfeifen die Konservativen auf den ganzen Blod.

Eulenburgs Untersuchungshaft.

Die „Berl. Universal-Korr.“ meldet: „Neben den weiteren Verlauf des Prozesses gegen Fürst Eulenburg bezog über die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft zum ferneren Verfahren erfahren wir ganz zuverlässig, daß die Staatsanwaltschaft in der nächsten Woche, nach der am 15. d. M. erfolgten Rückkehr des Oberstaatsanwalts Dr. Jendiel, ein Gutachten vom Geheimrat Prof. Krause einfordern wird. Die Staatsanwaltschaft will vor allem wissen, wann die Verhandlungsfähigkeit Eulenburgs zu erwarten ist, um danach ihre weiteren Schritte zu bestimmen. Sollte das ärztliche Gutachten den Zustand Eulenburgs als so gebessert bezeichnen, daß einer neuen Verhandlung nichts im Wege steht, so wird die Staatsanwaltschaft die sofortige Ueberführung Eulenburgs in das Untersuchungsgefängnis verlangen und gleichzeitig an die Strafkammer wegen Anlegung eines neuen Verhandlungstermins herantreten. Wenn aber das Gutachten zu dem Schluß kommt, daß für absehbare Zeit auf eine Besserung nicht zu rechnen ist, dann würde die Staatsanwaltschaft nicht abgeneigt sein, unter gewissen Kantelen die Aufhebung der Untersuchungshaft zu befürworten. Ein diesbezüglicher Antrag dürfte von der Verteidigung gestellt und von der Staatsanwaltschaft in diesem Falle nicht bekämpft werden, wenn sich Eulenburg eine gewisse polizeiliche Ueberwachung in seinem Schloß gefallen ließe. Diese Ueberwachung hätte den Zweck, eine Kollisions- oder Fluchtgefahr auszuschließen. Sollte indessen das Gutachten dahin lauten, daß eine Besserung in absehbarer Zeit erwartet werden kann, dann will die Staatsanwaltschaft diesen Zeitpunkt abwarten und sich über den Verlauf der Krankheit des angeklagten Fürsten fortlaufend unterrichtet halten, um im

gegebenen Momente sofort die nötigen Schritte zur neuerlichen Aufnahme des Verfahrens zu unternehmen. Bemerkenswert ist, daß fortgesetzt bei der Staatsanwaltschaft Anzeigen und Verfügungen von Personen einlaufen, die früher aus irgend welchem Anlaß mit Eulenburg in Verkehr standen. Die Staatsanwaltschaft ist jeder Anzeige — soweit sie nicht anonym war — nachgegangen, doch hatten die Erhebungen nahezu in allen Fällen ein negatives Resultat. Unbekannte Momente wird also eine eventuelle neue Verhandlung nicht bringen.“

Wir wissen nicht, wie weit die Meldung richtig ist, und müssen deshalb der „Berl. Univers.-Korr.“ die Verantwortung für ihre Mitteilung überlassen. Doch halten wir die Meldung für wahrscheinlich. Eulenburg wird aus der Untersuchungshaft entlassen und in seinem Schloß überwacht werden — bis eines Tages aus dem Auslande die Nachricht eintrifft, er befindet sich seiner Gesundheit wegen außerhalb der deutschen Grenze und gedenkt auch nicht so bald zurückzukehren.

Kriegervereine und Sozialdemokratie.

Der Beschluß der Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokraten, monach Kriegervereine weder Mitglieder unserer Parteiorganisationen, noch der freien Gewerkschaften sein können, ist dem Reichshauserverband auf die Herzen gefallen. Die „Reichshauserverband“ sagt nämlich zu dem Beschluß:

„Allerdings sind die Kriegervereine die schärfsten Gegner der Sozialdemokraten. Die Kriegervereine legen sogar ihre besondere Ehre darin, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und die von dieser verletzten Massen des deutschen Volkes dem nationalen Gedanken wieder zu gewinnen. Dieser Kampf, der gegen eine einzige, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung stinnenden Partei gerichtet ist, hat aber mit der Frage der Arbeiterfreundlichkeit nicht das geringste zu tun. Die Sozialdemokraten allerdings stellen die Sache fälschlicherweise so dar, indem sie sich als die gegebenen Vertreter der Arbeiterfreundlichkeit nicht das geringste zu tun. Die Sozialdemokraten allerdings stellen die Sache fälschlicherweise so dar, indem sie sich als die gegebenen Vertreter der Arbeiterfreundlichkeit nicht das geringste zu tun. Die Sozialdemokraten allerdings stellen die Sache fälschlicherweise so dar, indem sie sich als die gegebenen Vertreter der Arbeiterfreundlichkeit nicht das geringste zu tun. Die Sozialdemokraten allerdings stellen die Sache fälschlicherweise so dar, indem sie sich als die gegebenen Vertreter der Arbeiterfreundlichkeit nicht das geringste zu tun.“

„Daß alle Arbeiter Sozialdemokraten sind, haben wir nie behauptet; die Sozialdemokratie besteht aber zu 95 Prozent aus Arbeitern, was die Kriegervereine nicht von sich behaupten können.“

Im Kriegerverein spielen die örtlichen Größen eine hervorragende Rolle. Ihr höchster Stolz ist es, wenn es ihnen gelingt, einen Großunternehmer, der gleichzeitig Reserveoffizier ist, als Mitglied zu gewinnen. Findet dann eine Festlichkeit statt, macht sich der Herr Reserveoffizier mit den Ortsgrößen an reservierten Tisch breit und die „Kameraden“ können in dem Gefühl schmelzen, zu sehen zu dürfen, wie die Herrschaften sich unterhalten. Sollten die Arbeiter, die Kriegervereinen angehören, noch immer nicht einsehen, wie unwürdige Rolle ihnen dort zugebacht ist? Was haben die Kriegervereine jemals für das Wohl der Arbeiterklasse getan? Haben sie auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung durchgesetzt; haben sie eine Verminderung der Arbeitszeit angestrebt; haben sie sonst auch nur das mindeste zur Hebung der Lage der gedrückten Massen getan? Das können sie nicht und dürfen sie nicht, sonst treten die Unternehmer aus. Die Kriegervereine predigen den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Um sich nach oben in ein gutes Licht zu setzen, im Interesse der Unternehmer sind sie bestrebt, die Arbeiter von einem Kampfe um eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage abzuhalten. Sie sind deshalb in der Tat nichts als eine Schutztruppe des Unternehmertums. Welchen Gewerkschaften darf ein Kriegerverein wohl beitreten? Doch nicht den freien Gewerkschaften, sondern höchstens den christlichsozialen oder den „gelben“, die mit dem Gelde des Unternehmertums ausgehalten werden.“

So haben sich Kriegervereine immer mehr zu reaktionären Organisationen entwickelt, und von jedem denkenden Arbeiter muß deshalb verlangt werden, daß er solchen Vereinen fernbleibt. Mit aller Energie müssen Partei und Gewerkschaften den Kampf gegen diese Wahlorganisationen der Volksfeinde aufnehmen, hier ist der Angriff die beste Deckung. Man lasse die Herren Reserveoffiziere, Geistlichen und Bürgermeister, Unternehmer und Staatsbeamte unter sich; Arbeiter, denkende, vorwärtsstrebende Arbeiter haben in solchen Kreisen, von denen sie zu reaktionären Zwecken mißbraucht werden, nichts zu suchen. Deshalb: Heraus aus den Kriegervereinen! —

„Himmelschreiendes Elend“.

Die zentrumsagrarisches „Rheinische Volksstimme“ stellt eine Berechnung an, wie wirtschaftlich besser gestellt sei, der landwirtschaftliche oder der industrielle Arbeiter? Das Blatt geht von der Annahme aus, daß der städtische Arbeiter täglich drei Mark, also das Jahr 900 Mark einnehme; davon seien abzuziehen für Miete 150 M., so daß für die Befriedigung der übrigen Bedürfnisse 750 M. blieben. Der Tagelohn eines Landarbeiters betrage 2 M., sein Jahreseinkommen also 600 M.; hierzu kämen aber die freie Wohnung und das freie Kartoffelland, der Ertrag der Waidtäder und der Viehzucht, so daß der Landarbeiter sich in seinen Einnahmen — ganz abgesehen von den teureren Lebensverhältnissen in der Stadt — wesentlich besser stelle als der Industriearbeiter. Wenn demnach der Landarbeiter in Scharen der Stadt zuwandere, so deshalb, weil ihm das Leben dort als paradiesisch gelidert werde, nachher, wenn er das himmelschreiende Elend des städtischen Proletariats kennen gelernt habe, komme dann die Enttäuschung.

Wir wollen die Angaben des Agraragrarisches Blattes über die wirtschaftliche Lage der Industrie- und der Landarbeiter auf sich beruhen lassen. Wir erinnern uns aber öfter Artikel der „Rheinischen Volksstimme“, worin gar häufig gesammelt wurde über die „Verhätelung der Industriearbeiter“, denen sich alle Sorge der Regierung und der Parteien zuwende, während die armen Bauern leer ausgingen. Wenn das Blatt wieder mal in diesen Ton verfallen sollte, werden wir nicht veräumen, es an den gegenwärtigen Artikel zu erinnern, worin von dem „himmelschreienden Elend des städtischen Proletariats“ und dem 900 Mark-Jahreseinkommen der Industriearbeiter die Rede ist.

Der Gnade würdig!!

Wie seinerzeit ausführlich gemeldet, wurde im Mai dieses Jahres der Unteroffizier Verthold vom Schützen-Regiment Nr. 108 wegen Mißhandlung eines Untergebenen mit tödlichem Ausgang zu einem Jahr und einer Woche Gefängnis verurteilt. Er hatte aus Kerker darüber, daß einige Schützen nicht gut geschossen hatten, seine aus 12 Mann bestehende Abteilung an einem sehr warmen Tage auf Schritt machen lassen. Die Strecke betrug 700 Meter und die Leute waren erschöpft und in Schweiß gebadet. Einer der Schützen fiel infolge der Ueberanstrengung um und starb kurz darauf am Gehirnschlag — er war zu Tode gejagt! Das Oberkriegsgericht erlaubte auf die Verurteilung des Verurteilten neben der Freiheitsstrafe auch auf Degradation. Eine Revision des Soldatenschieders beim Reichsmilitärgericht war erfolglos. Nun rief er die Gnade des Königs an. Dieser hat nun den Soldatenschieders,

der ein blühendes Menschenleben vernichtet hat, teilweise be- gnügt, indem er die Strafe auf sechs Monate herabgesetzt und die Degradation wieder aufgehoben hat!!! —

Oesterreich.

Die bodnische Verfassungsfrage.

Wien, 10. September. Wie die „Neue freie Presse“ meldet, dürfte nach der bei der gemeinsamen Regierung herrschenden Stimmung in bezug auf die Okkupationsländer dahin entschieden werden, daß diese eine Repräsentationsverfassung durch ein den Landtagen im Wesen nachgebildetes Statut erhalten.

Budapest, 10. September. Der gemeinsame Finanzminister Baron Burián, der von einer Besichtigungstour durch Bosnien und die Herzegowina zurückgekehrt ist, erklärte in einer Unterredung auf Grund persönlicher Wahrnehmungen die Gerüchte über Unruhen in Bosnien, militärische Maßregeln und Entsendung eines Geschwaders nach Cattaro für völlig unbegründet. Die Nachricht über Gewährung einer Verfassung sei verfrüht; demnächst würden Bezirksvertretungen eingerichtet werden.

Frankreich.

Das Attentat auf Drehsus.

Paris, 10. September. Heute begannen vor dem Seine-Gerichtshof die Verhandlungen gegen den Journalisten Gregori, der angeklagt ist, auf den Major Drehsus am 4. Juni im Pantéon einen Mordversuch gemacht zu haben. Der Verhandlungssaal ist dicht gefüllt. Major Drehsus und sein Sohn sind anwesend. Der Anklagebescheid stellt fest, daß das Vorhandensein der mörderischen Absicht sicher sei, und daß das Verbrechen mit Vorbedacht ausgeführt wurde.

England.

Die Arbeitslosen.

Wien, 10. September. Dreitausend Arbeitslose versammelten sich gestern um Mitternacht auf dem Georges Square, wo aufreizende Reden gehalten wurden. Die Polizei schritt ein und zerstreute die Menge, die aufs neue einen Zug bildete, um schreitend und singend nach den Stadtvierteln zu ziehen. In denselben die wohlhabenderen Massen der Bevölkerung wohnen. Die Führer der Menge beabsichtigten eine Kundgebung vor dem Hause des Bürgermeisters. Als sie aber auf eine Viertelmeile herangekommen waren, erschien plötzlich berittene Polizei aus einem Hinterhalte und sprengte die Menge nach allen Seiten auseinander. Hierdurch entmutigt, zog dann die Schaar nach der Stadt zurück, wo sie auseinandergetrieben wurde. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Polizeimannschaften machten reichlichen Gebrauch von ihren Knütteln, so daß viele Demonstranten am Kopf verletzt wurden. Es sind von Seiten der Polizei die nötigen Vorsichtsmaßregeln ergriffen worden, um die Wiederkehr der Unruhen zu verhindern.

Rußland.

Ein neuer Feldzug gegen die Universitäten.

Das unlängst erschienene Zirkular des Ministers der Volksaufklärung, daß Personen, die regierungsfreundlichen Parteien angehören, im Staatsdienste nicht gebildet werden sollen, wird nun in die Tat umgesetzt. Als regierungsfreundlich wird auch die harmlose liberale Kadettenpartei angesehen, die täglich von ihrem Liberalismus etwas einblüht. Die Professoren und Dozenten, die das bekannte Wiborger Manifest unterschrieben und vor ein paar Tagen das Gefängnis verlassen haben, werden jetzt vom Ministerium aufgefordert, eine schriftliche Versicherung zu geben, daß sie keiner regierungsfreundlichen Partei angehören werden; im anderen Falle werden sie unverzüglich und ohne Gehalt verabschiedet. Ein solches Ultimatum erhielt auch der Kadettenführer, der Professor der Rechte in Petersburg Petrazski, ein weit über die Grenzen Russlands bekannter Gelehrter. Dasselbe Schicksal erwartet der „Kewaja Rus“ zufolge den Rektor der Universität Petersburg Bergmann, den Prorektor Braun und den Professor Grimm, just die besten Lehrkräfte an der Petersburger Universität. „Ihre Demission — sagt die Moskauer „Russkaja Wjedomost“ — wäre bei dem herrschenden Mangel an tüchtigen Lehrkräften für die Universität ein unerfährbarer Verlust.“ Doch was schert sich das Ministerium der „Volksaufklärung“ um solche Kleinigkeiten! —

Petersburg, 10. September. Professor Petrazski will infolge der Aufforderung des Kultusministers, aus der Kadettenpartei auszutreten, von seinem Lehramt zurücktreten. Auch die Moskauer Universitätsprofessoren wollen die ministerielle Anweisung mit Demission beantworten.

Sie schämen sich nicht.

Petersburg, 10. September. Gegenüber der Meldung eines auswärtigen Blattes, Ministerpräsident Stolypin habe an die Gouverneure eine Zirkulardepeche geschickt mit der ausdrücklichen Befehle, die Folsioi-Festern zu gestatten, stellt die Petersburger Telegraphenagentur fest, daß es keiner besonderen Anordnung bedürftig habe, Folsioi-Festern zuzulassen, da kein Grund zu der Vermutung vorgelegen habe, daß die Gouverneure einer Ehrung Folsiois als Dichter irgendwelche Hindernisse entgegenzusetzen könnten. Dagegen sei Anordnung getroffen worden, aus Anlaß des 80. Geburtstages des Dichters weder politische Kundgebungen, noch eine Ehrung Folsiois als Träger religionsfeindlicher und anarchischer Ideen zuzulassen.

Persien.

Verbannung der Gefangenen.

Frankfurt a. M., 10. September. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Teheran: Aus Anlaß der in der vorigen Woche erfolgten Geburt eines Sohnes hat der Schah fast alle in Bagdad seit dem Staatsstreich festgehaltenen politischen Gefangenen freigegeben, mit der Bedingung, Persien bzw. Teheran binnen 30 Tagen zu verlassen.

Marokko.

Zunehmende Spannung.

Die Schwärzung der deutschen Marokkopolitik hat in Frankreich große Erregung hervorgerufen, die durch die von uns bereits wiedergegebenen offiziellen Auslassungen der süddeutschen „Reichskorrespondenz“ nur neuerlich vermehrt worden ist. So veröffentlicht der „Kattin“ einen längeren Artikel gegen die deutsche Regierungspolitik, in dem es, wie uns aus Paris telegraphiert wird, heißt:

„Der deutsche Vorschlag, Mulay Hafid anzuerkennen, ohne daß dieser sich auf die Äkte von Algeiras verpflichtet, wird von Frankreich und seinen Freunden abgelehnt werden; die Haltung Deutschlands werde keineswegs eine Aenderung in der französischen Politik herbeiführen. Deutschland unterstütze den muslimanischen Fanatismus gegen die solidarische Zivilisation, es sprengte die Einheit der Rasse, um sich die Freundschaft Mulay Hafids zu sichern! Deutschland trenne sich von den Signatarmächten von Algeiras, um eine Sonderpolitik zu betreiben. Dies sei sein gutes Recht, aber man dürfe dann in Deutschland später nicht von Eintracht sprechen, denn wenn Deutschland allein stehe, so sei dies nicht die Folge einer Eintracht der Alliierten, sondern darauf zurückzuführen, daß Deutschland sich selbst isolierte.“

In der Tat ist diese neuerliche Isolierung Deutschlands zunächst der einzige Erfolg der Schwärzung. Wieder ist unser Verhältnis zu den Westmächten verschärft, die internationale Spannung vermehrt worden um einer Sache willen, die für das deutsche Volk ohne jede Bedeutung ist.

Unterdessen dauern die Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien über die Bedingungen, die für die Anerkennung Mulay Hafids zu stellen sind, fort. Erst nach Ueberreichung der Note wird es sich entscheiden, wie weit eigentlich die deutsche Diplomatie das gefährliche Spiel, das sie angefangen hat, zu treiben gedenkt. —

Aus der Partei.

Ein sonderbare Verwahrung.

Genosse Gradnauer überrascht uns durch folgende Zuschrift:

Zu dem Leitartikel des „Vorwärts“ vom 9. September er- suche ich um Aufnahme folgender Erwiderung. Die Ausführungen, die der „Vorwärts“ an das Zitat aus meinem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ anknüpft, sind nach meiner Ueberzeugung durchaus irrtümlich. Es ist be- wundernswert, was alles der „Vorwärts“ in den Artikel hinein- legt und aus ihm herausliest. Von alledem, was er sagt, steht auch kein einziges Wort in dem Artikel. Weder ist irgendwie auch nur angedeutet, daß das volks- und wahlrechtsfeindliche Verhalten des Bürgerturns nicht gedankmarkt, daß die ökonomischen Ursachen dieses Verhaltens nicht dargelegt werden sollen, noch ist irgend ein Wort gesagt, das jemandem das Recht geben könnte, davon zu fabeln, daß wir das sozialistische Banner zusammenrollen, jede grundsätzliche Aufklärung einstellen sollen usw., wie mir der „Vorwärts“ unterstellt. Wenn ich die politische Gespensterei, der einige Genossen ver- fallen sind, nicht schon seit längerer Zeit gewohnt wäre, so würde ich mir dergleichen Anschuldigungen, wie sie der „Vorwärts“ aus- spricht, auf das entschiedenste verbiten müssen.

Der Klassenkampf, die Kritik des wahlrechtsfeindlichen Bürgerturns, die Aufrollung des sozialistischen Banners, das alles sind für mich Selbstverständlichkeiten unseres Kampfes, die übrigens auch in meinem Artikel für etwaige Leser, die zu falschen Aus- legungen geneigt sind, ausdrücklich betont wurden. Die Absicht meines Artikels ging für jedermann sichtbar dahin, daß die Sozialdemokratie in ihrem Wahlrechtskampfe die aktuell gegebenen Parteiverhältnisse geschickter, als es von mancher Seite bisher geheißen ist, auszunutzen versuchen müsse, um von der Reaktion wertvolle Verbesserungen auf dem Gebiete des einzelstaatlichen Wahlrechtes zu erwirken. Der Artikel wünscht, daß die Sozial- demokratie sowohl bisherige Anhänger anderer Parteien für sich zu werben strebt als auch zugleich die Anhänger anderer Parteien, soweit sie zunächst noch nicht für den Sozialismus zu haben ist, zur Beeinlösung ihrer Parteien im wahlrechtsfeindlichen Sinne antreibt. Das ist etwas total anderes als was der „Vorwärts“ in blindem Eifer sich zurechtmacht. Ich darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich seit jener Zeit, da in Sachsen das ständische Klassenwahlrecht dem Volke aufgebürdet wurde, bis auf den heutigen Tag den Kampf gegen dieses Unrecht auf das entschiedenste habe führen helfen, ohne Abkehr von unserer bisherigen Klassenkampftaktik, ohne Zusammenrollung des sozialistischen Banners. Es ist bedauerlich, daß jetzt der „Vor- warts“ ohne jeden Grund seine herabsagenden Vorwürfe in die Deffentlichkeit schickt.

Georg Gradnauer.

Diese Zuschrift des Genossen Gradnauer befremdet uns wirklich. Was er zu „berichtigen“ für nötig hält, daß die Verächtlichmachung der von ihm empfohlenen Taktik noch kein „Hintergehen sozialdemokratischer Grundsätze und Ideale“ be- dingt, stand wörtlich in dem von uns wieder- gegebenen, 31 Druckzeilen umfassenden Zitat aus seinem Artikel in den „Soz. Monatsheften“!

Unsere Schlussfolgerungen, gegen die Genosse Gradnauer sich zu verwahren sucht, stützen sich aber auf jene Stelle seines Artikels, die lautete:

„Dabei kann freilich eine bloß gelegentliche Er- klärung, daß uns alle aufrichtigen Freunde des all- gemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechtes willkommenes Bundes- genossen seien, noch nicht genügen. Es müßte aus dem ge- samten politischen Verhalten, aus jeder Schrift und Rede der Ein- druck sich machen, daß die wahlrechtsfeindlichen Anstränge, daß wir mit heiligem Ernst nichts anderes wollen, als dem Volk das Wahlrecht zu gewinnen.“

Dazu sagten wir:

„Also auch Genosse Gradnauer empfiehlt eine Abkehr von unserer bisherigen Klassenkampftaktik. Der Wahlrechtskampf darf nicht dergestalt geführt werden, daß wir das volks- und wahlrechtsfeindliche Verhalten des Bürgerturns brandmarken, die ökonomischen Ursachen dieses Verhaltens dar- legen und dadurch alle die wirklich demokratischen Elemente, die sich bisher durch die liberalen Phrasen noch täuschen ließen, zu uns herüberziehen, um dergestalt ein Armes von Wahlrechtskämpfern zu schaffen, die dem Bürgerturn zunächst viel- leicht zwar auch nur gewisse Konzessionen abzutroyen, im weiteren Verlauf aber die völlige Demokratie zu erringen vermögen; sondern dadurch, daß wir das sozialistische Banner zu- sammenrollen, jede grundsätzliche Aufklärung einstellen und das Bürgerturn in den Bahn einzukillen versuchen, die Gewährung demokratischer Zugeständnisse sei ja doch gar nichts Sozialdemokratisches, sondern nur eine liberale Forderung und für die bürgerliche Gesellschaft ganz ungefährlich.“

An diesem unserem Urteil vermag Gradnauers Zuschrift nicht das geringste zu ändern!

„Die Stimmung der Arbeitermassen.“

Die „Arbeiter-Zeitung“ zu Dortmund schreibt: Unter dieser Ueberschrift brachte vor einigen Tagen die „Münchener Post“ einen Artikel, als dessen Verfasser sie einen bayeri- schen Genossen nannte, der kürzlich im rheinisch-westfälischen In- dustriegebiet gewerkschaftlich tätig gewesen sei. Wie wir inzwischen festgestellt haben, hat sich dieser Genosse im ganzen nur zwei bis drei Tage in unserem Industriegebiet aufgehalten. . .

Was hat nun dieser famose Gewährsmann der „M. P.“ bei seiner „Studienreise“ entdeckt? Er hat angeblich festgestellt, daß die große Masse unserer Arbeiter keineswegs die Streiche der süddeutschen Parteiparlamentarier verurteilt, sondern sich einfach auf den Standpunkt des Ab- wartens stellt. Diese sonderbaren Genossen hat er im Wahlkreis Dortmund-Hörde natürlich auch mit der Lupe nicht einmal finden können. Hätte er aber unsern Wahlkreis reden wollen, so hätte der Genosse zugeben müssen, daß auch nicht eine einzige Stimme bei uns laut geworden ist, die den bekannten Standpunkt unseres Blattes in der Frage der Budgetbewilligung tadelte, daß vielmehr auf der sehr stark besuchten Generalversammlung unserer Wahlkreisorganisation eine scharfe Tagesbeschlüsse ohne jeden Widerspruch einstimmig angenommen wurde. Ebensoviele hat der Stimmungsbericht natürlich in dem Wahlkreise Hamm-Sooß auch nur einen einzigen lebenden Vertreter der Etatbewilligung finden können. Selbst von Bochum redet er nicht, trotzdem das dortige Partei- blatt bekenntlich eines der ganz wenigen deutschen Parteiorgane ist, das den süddeutschen Parteiparlamentariern die Stange hält. Hat der kundige Thebaner etwa gewittert, daß die Haltung des „Volks- blatt“ keineswegs der Stimmung der Bochumer Genossen entspricht? Das würde seinem Scharfsinn alle Ehre machen! Denn die Generalversammlung des Bochumer Kreises, die an diesem Sonntag in Ferne stattfand, hat die

prinzipiell einwandfreie Haltung der dortigen organisierten Genossen zweifellos dokumentiert. Auf gewisse Vorgänge, die sich während der Debatte abspielten und die über die Stimmung der Versammlung von vornherein nicht im klaren ließen, wollen wir nicht eingehen, um nicht überflüssigerweise Del ins Feuer zu legen. Aber das Resultat der Delegierten- wahl zum Parteitag sprach deutlich genug. Genosse Wendler, der in der Debatte die süddeutschen Revisionisten sehr scharf angegriffen hatte, wurde mit 58 Stimmen (in der Stichwahl) zum Parteitag delegiert, während auf die Verteidiger der Süddeutschen, die Genossen Weyer und Wolf vom „Volksblatt“ im ersten Wahlgang nur 6 resp. 1 Stimme entfielen waren.

Also auch mit dem Wahlkreise Bochum-Gelsenkirchen ist nichts, ebensoviele natürlich mit Duisburg-Wülheim! Weiden von sämt- lichen Wahlkreisen des Ruhrreviers nur noch Dorken-Redling- hausen und Essen! . . . Man ist allerdings zugunsten, daß auf der Generalversammlung des Redlinghauser Kreises in der Tat einige Genossen im Sinne zwar nicht einer Verteidigung, wohl aber einer mildernden Beurteilung der Süddeutschen ge- sprochen haben. . . . Nur richtigen Beurteilung der Bedeutung dieses von der „M. P.“ und ihrem Gewährsmann jubelnd begrüßten Vorkommnisses aber möchten wir denn doch darauf hin- weisen, daß Redlinghausen für unsere Parteibewegung vorläufig leider noch der bedeutungsloseste Wahlkreis des Ruhrgebietes ist. . . . Der Wahlkreis ist bisher noch unbesrittener Neutramtsbest, wir kommen dort nicht einmal in die Stichwahl und der Kreis entsendet auch keinen Delegierten zum Parteitag.

Wie aber steht es mit Essen? Darüber möge unsere Leser die Abfuhr befehlen, die unser Essener Bruderblatt dem „Gewährsmann“ zuteil werden läßt; die „Arbeiterzeitung“ schreibt: „Wenn Genosse Strofer, denn dieser hayerische Beamte des Bergarbeiterverbandes ist der Zeichnende, keinen einzigen Partei- genossen gefunden hat, der sich auf den Standpunkt des un- bedingten Beurteilens gestellt hat, so muß er mit einer seltsamen Sorte von Parteigenossen verkehrt haben. Es gibt im Gegenteil im Ruhrgebiete nur ganz vereinzelt Partei- genossen, die sich nicht auf den Standpunkt unbedingter Beurteilung stellen. Daß dabei der Wunsch vorherrscht, die Differenzen in sachlicher, enger Weise zu besprechen, ohne persönliche Gefälligkeit, ohne Ausnutzung unehrer Gewalt- mittel, das stimmt schon. So lange wir mit Sozialdemokraten zu tun haben, wünschen die Genossen des Ruhrgebietes stets eine derartige Erlebung von Streitfragen, wenn es sich aber darum handelt, ob die Partei einen Weg geführt werden soll, auf dem sie aufhört, Sozialdemokratie zu sein, dann sind wir sicher, daß die Parteigenossen auch der schmerzlichsten Operation zu- stimmen würden, um wieder zu gefunden Zuständen zu kommen.“ (Es folgen dann noch längere Ausführungen worin festgestellt wird, daß die Essener Genossen in mehreren Versammlungen zum teil einstimmige Resolutionen gegen die Budgetbewilligung an- genommen haben.)

Soweit unser Essener Bruderblatt. Die „Münchener Post“ regie- sich dieser Tage gewaltig über die angeblich sehr mangelhafte Objektivität einiger norddeutscher Parteiorgane, besonders der „Rein- volksztg.“ auf. Wir wollen nun abwarten, ob ihre eigene Objektivität dazu ausreicht, an der Hand der obigen Darstellung die total irreführenden Mitteilungen ihres Gewährsmannes zu berichtigen.“

Parteiliteratur.

Als Festschrift für den Nürnberg-Parteitag ist soeben im Verlag der fränkischen Verlagsanstalt Nürnberg erschienen: Die Nürnberger Arbeiterbewegung (1898 bis 1905) von Georg Gärtner, 220 Seiten. Das Buch ist ein Gegenstück zu Bernsteins Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung — es schildert das Werden und Wachsen der Sozialdemokratie in den Mauern Nürnbergs. Der Verlag hat dem Werk eine gute Ausstattung angedeihen lassen.

Die „Neue Zeit“ bringt in ihrer Parteitagsummer einen Artikel des Genossen W. Wehring, „Der Nürnberger Vereinstag“, der in die Jugendzeit der Partei zurückführt. Vor vierzig Jahren, vom 5. bis 7. September 1865, tagte in Nürnberg der Verbandstag der deutschen Arbeitervereine, der eine der Stappen zur sozialdemokratischen Partei Eisenacher Richtung war. Hier war es, wo unter Webers Führung die Mehrheit der Arbeitervereine sich vom Liberalismus, der sie ins Leben gerufen hatte, los sagte und das Programm der Internationale annahm. Das folgende Jahr sah aus diesen Arbeitervereinen auf dem Kongreß zu Eisenach die sozialdemokratische Partei entstehen. In wenigen Strichen hat Genosse Wehring ein lebendiges Bild jener großen Zeit des Werdens der deutschen Sozialdemokratie entworfen.

Genosse Kautsky erörtert die Aufgaben des Parteitags. Be- sonders eingehend verweilt er naturgemäß bei der Budgetfrage. Der Artikel klingt in eine ernste Mahnung aus, Disziplin zu halten, die Beschlüsse der Parteitages anzuerkennen, mögen sie ausfallen, wie sie wollen. Aus der strengen Disziplin und dem klaren Programm fließt vornehmlich die Stärke der Partei.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschien soeben:

Die preussische Polenpolitik in ihren Ursachen und Wirkungen von Hermann Wendel.

Die Broschüre schildert Polen, als es noch ein selbständiges Reich war, und zeigt den Werdegang bis zu den heutigen Unter- drückungsmaßnahmen, welche ihren vorläufigen Abschluß gefunden haben in der Annahme des Enteignungsgesetzes im preussischen Ho- geordnetenhaus und der Polenparagrafen beim Reichs-Verordnungs- gesetz.

Diese Broschüre dürfte bei der Agitation unter den polnischen Arbeitern wertvolle Dienste leisten, da die in ihr zusammen- gestellten Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten jedem polnischen Arbeiter zum Bewußtsein bringen müssen, daß die preussisch- deutsche Reaktion alles anwendet, um die polnische Bevölkerung zu unterdrücken und ihr jedes Selbstbewußtsein zu rauben. Doch auch von allen anderen, soweit sie Interesse am öffentlichen Leben zeigen und über die Maßnahmen der Regierung orientiert sein wollen, wird die vorliegende Arbeit gern gelesen werden.

Der Preis ist 1,20 M. Agitationsausgabe 60 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporture.

Hochkonjunktur und Wirtschaftskrisis. Von Max Schippel. Durch die augenblicklich in der gesamten Industrie herrschende Krisis wird diese Schrift besonderes Interesse erregen und sicher viel gelesen werden. Der Inhalt setzt sich aus folgenden Kapiteln zu- sammen: 1. Der Zusammenbruch in Amerika. 2. Deutschland bis zur amerikanischen Krise. 3. Der Niedergang der Produktion und der Arbeitsmarkt. 4. Schlussbemerkungen.

Preis 1.— M. Agitationsausgabe 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Aus den Organisationen.

Eine Parteikonferenz für den Wahlkreis Friedberg-Waldungen fand letzten Sonntag in Wüdingen statt. Nach dem Geschäfts- und Kassendbericht betrug die Zahl der Parteimitglieder am 1. Juli 1895. Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren bei einem Kasienbestand von 308,51 M. mit 5032,85 M. Die Frankfurter „Volksstimme“ hat in 29 Orten rund 1290 Abonnenten. Die Agitation wurde sehr intensiv entfaltet und hierfür allein 2385,78 M. aufgewendet. Bei den Gemeinderatswahlen wurden 14 Mandate in Kreise erobert; im ganzen sitzen jetzt 63 Sozialdemokraten in den Kommunen des Kreises. Ein weiterer Antrag verlangt die Anstellung von Agitatoren, die sich lediglich der Agitation auf dem Lande zu widmen hätten.

Kommunales.

Arbeiterfürsorge des Stadtfreisinn.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern zu beschließen über zwei Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, die beide das Gebiet der Arbeiterfürsorge betreffen. Der eine forderte eine Besserung der Lage der Arbeiter und Angestellten unserer Stadt, der andere erinnerte die Gemeindebehörden aufs neue an ihre Pflicht, zur Vinderung der Arbeitslosigkeit beizutragen.

Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Angestellten und Arbeiter soll Aufgabe zunächst der einzelnen Verwaltungsdeputationen und dann des Magistratskollegiums sein, und erst bei der Festsetzung des Etats habe die Stadtverordnetenversammlung Stellung hierzu zu nehmen. Mit dieser Begründung empfahlen die Mehrheitsfraktionen, den Antrag unserer Genossen durch Uebergang zur Tagesordnung zu befeitigen. In dem mehrstündigen Redekampf ergriffen von der sozialdemokratischen Fraktion vier Redner das Wort. Genosse Sassenbach, der den Antrag begründete, hob hervor, daß die darin enthaltenen Forderungen aufgestellt worden sind in Uebereinstimmung mit der Organisation der Gemeindegewerkschaften. Stadtv. Bruzlow (Alte Linke), der als Unternehmerführer die geeignetste Person war, den Standpunkt der Mehrheitsfraktionen vorzutragen, sprach es offen aus, daß der Freisinn die Forderungen ablehnt aus Rücksicht auf die Privatindustrie. Stadtv. Preuß (Sozialfortschrittliche Gruppe) suchte den Antrag der Sozialdemokraten in einen Ausschuss hineinzubugieren. Der Vorschlag wurde dann auch von unseren Genossen unterstützt. Mit gewundenem Gebilde meinte Stadtv. Rosenow (Neue Linke) verdecken zu können, daß er und seine Freunde nicht zu haben sind, wenn es gilt, die Lage der Arbeiter zu bessern. Die faden-scheinigen Gründe, mit denen die Redner des Freisinn ihr Rein zu bemänteln sich bemühten, fanden den Beifall des Oberbürgermeisters Kirchner. Er hatte die „ernstesten Bedenken“, ob nicht „die Dinge auf den Kopf gestellt“ würden, wenn die Stadtverordnetenversammlung in dieser Weise in die Verwaltungsmaschinerie des Magistrats eingreife. Genosse Hinz gab die Antwort, die hier die allein richtige war, daß man eben für die Arbeiter nichts tun wolle. Gereizt erwiderte Herr Kirchner. Als er mit der Versicherung schloß, daß die Arbeiter „bei uns sehr zufrieden sein können“, quittierte die vollbesetzte Tribüne über dieses Diktum mit verständnisvoller Heiterkeit. Stadtv. Cassel (Alte Linke) wollte glauben machen, daß der Uebergang zur Tagesordnung kein ablehnendes Urteil sei. Er polemisierte in blindwütiger Grimme gegen Herrn Preuß, der ihn in seiner Erwiderung mit verdientem Hohn überschüttete. Stadtv. Mommsen (Freie Fraktion) hatte die Geduld, es noch als eine besonders wohlwollende Behandlung des Antrages zu bezeichnen, daß man nicht erst durch Ausschussberatung die Entscheidung verschleppe. Die faule Ausrede, daß für die Arbeiter das Seil von den Verwaltungsdeputationen zu erwarten sei, wurde von unserem Genossen Zubeil gebührend zurückgewiesen. Nach einem wiederholten Bespänkel zwischen den feindseligen Brüdern Cassel und Preuß beleuchtete Genosse Borgmann noch einmal die widerspruchsvolle Haltung der Mehrheitsfraktionen, die sonst bei Etatberatungen stets sich auf den Standpunkt gestellt haben, die Forderung einer anderen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse müsse zum Gegenstand besonderer Anträge gemacht werden. Das Ergebnis der Debatte war die Bestätigung des alten Wortes: „Wirf die Kugel, wie Du willst, sie fällt immer auf die Beine.“ Komm mit solchen Forderungen dem Berliner Stadtfreisinn, wie und wann Du willst, er wird immer eine Ausrede haben, mit der er die Ablehnung zu bemänteln sucht. Angenommen wurde der Uebergang zur Tagesordnung mit 63 Stimmen gegen 32 Stimmen.

Kürzer war diesmal die Debatte über den zweiten Antrag, der schleunigste Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit forderte. Genosse Dupont beklagte, daß der Magistrat bisher nichts getan habe, obwohl die Lage inzwischen noch schlimmer geworden sei. Die Arbeiterklasse erwarte, daß die Gemeinden eingreifen, um die Arbeitslosigkeit wenigstens zu lindern. Für den Magistrat antwortete diesmal Stadtrat Fischer, der in der vorhergehenden Debatte uns erspart geblieben war. Er kündigte an, es sei etwas im Werke. Das genigte der Mehrheit, durch den Stadtverordneten Rettig Vertagung beantragen zu lassen. Sie will warten, bis der Magistrat mit seinen Ermahnungen zu Ende gekommen ist und sie in Taten der Arbeiterfürsorge umzusetzen sich entschließt. Die Vertagung wurde von den Mehrheitsfraktionen beschlossen — und die Arbeitslosen Berlins dürfen einstweilen weiter warten.

Aus Industrie und Handel.

Es dümmert.

Ueber die segensreiche Wirkung der vielgepriesenen neuen Handelsverträge läßt die Handelskammer zu Münster in ihrem letzten Jahresbericht also sich vernehmen:

„Dem Wolle- und Anstreichergerwebe hat der neue Zolltarif schwere Nachteile gebracht. Zahlreiche seiner Artikel, die bis 1906 zollfrei waren, wurden mit hohen Zöllen belegt (Wolle Zimober von 0 auf 10 M., Berliner Woll von 0 auf 10 M.). Für andere Rohprodukte erfuhren die Bälle eine nicht unwesentliche Steigerung (Wollstoffe von 6 auf 7 M., Wollgarnstoffe von 20 auf 30 M., Wollstoffe von 20 auf 25 M.). Für die Daddeder kommt namentlich die Zollserhöhung auf Dachpappe von 1 auf 1.50 M. in Betracht. Lebhaftige Klagen führen auch die Tischler. Sie müssen heute für Furniere das Doppelte und Dreifache gegen früher bezahlen. Von sachmännischer Seite schätzt man die jährliche Mehrbelastung der Holzverarbeiter gegen den alten Zustand auf rund 76 Millionen Mark. Für die Metallgewerbe, Schmiede, Schlosser und Klempner, ist durch den agrarischen Zolltarif eine wesentliche Verringerung von unentbehrlichen Handwerkszeugen (Zellen, Kapseln, Bohrer, Stemm-eisen usw.) erfolgt. Es sei weiter erinnert an die Erhöhung der Zölle auf Leder, das Rohmaterial für Sattler und Schuhmacher. Am meisten sind durch die Erhöhung der Zölle natürlich die Bäcker getroffen; denn das Getreide ist am stärksten im Preise gestiegen.“

Wiederholt erinnern die Herren sich auch, daß sie den Dank für diesen konservativen, nationalliberalen, antisemitischen und zentralistischen Mittelstandsrettern abzustatten haben.

Einschränkung der Kohlenbezüge deutscher Großstädte. Zum erstenmal seit vielen Monaten zeigte im Juli die Versorgung deutscher Großstädte mit Kohle eine Abnahme gegenüber dem Vorjahre. Der Rückgang ist sogar äußerst scharf, er beläuft sich auf

rund 74 000 Tonnen oder annähernd 6 Proz. Die Kohlenzufuhr zu 19 deutschen Großstädten belief sich nämlich im Juli dieses Jahres auf nur 1 478 652 Tonnen gegen 1 547 635 Tonnen im Juli 1907. In den einzelnen Monaten dieses Jahres gestaltete sich die Zu- resp. Abnahme der Kohlenversorgung gegenüber dem Vorjahre in Tonnen wie folgt:

Januar . . .	+ 80 765	April . . .	+ 61 322
Februar . . .	+ 130 194	Mai . . .	+ 46 878
März . . .	+ 62 000	Juni . . .	+ 25 808
Juli . . .	- 73 983		

Seit April wird der Vorsprung gegenüber 1907 immer geringer und wandelt sich im Juli in einen scharfen Rückgang um. Nur in verschwindend wenigen Städten haben die Kohlenbezüge im Juli überhaupt noch zugenommen; es sind dies hauptsächlich Albed., Dresden, Magdeburg, Königsberg, Danzig und Eibersfeld. Diesen meist nur geringfügigen Zunahmen stehen aber ganz beträchtliche Abnahmen bei den anderen Städten gegenüber. So hat z. B. die Versorgung Altonas um 35 672 Tonnen abgenommen (von 88 176 auf 52 504 Tonnen), die Versorgung Bremens ist um 11 007 Tonnen oder fast 40 Proz. die von Frankfurt a. M. um 10 743 Tonnen oder 10 Proz. zurückgegangen. München bezog 12 813 Tonnen oder fast 16 Proz., Köln a. Rh. 13 476 oder ca. 10 Proz., Berlin 12 674 Tonnen oder 2 1/2 Proz. weniger Kohlen als im Juli 1907. Die Versorgung Berlins ist also verhältnismäßig relativ nur wenig eingeschränkt worden. Dagegen sind noch die Kohlenbezüge Darmens, Hannovers und Münchens erheblich zurückgegangen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Kühlung, Metallarbeiter!

Die Lohndifferenzen bei der Firma Galewski u. Cie., Mariannenstraße, dauern fort. Der Betrieb ist gesperrt und ersuchen wir unsere Kollegen, dies zu berücksichtigen. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Daneben gehen!

Im „Gewerkverein“, der Sammelstelle Hirsch-Dunderschen Arbeitervereins, einem Blatte also, mit dem sich eigentlich über Arbeiterinteressen nicht diskutieren läßt, wird jetzt der Spieß umgedreht. Und zwar bezieht sich das Blatt in seiner Ausgabe vom 9. September zentralorganisierte Arbeiter des Arbeitervereins und Sperrbrecher Hirsch-Dunderschen Arbeitern gegenüber. Und nach der Darstellung des „Sachverhalts“ erklärt dieses Arbeiterblatt, sehr gespannt darauf zu sein, was nun wohl der „Vorwärts“ zu diesem Sperrbruch sagen werde.

Wir sind menschlich genug, den „Gewerkverein“ aus dieser Spannung schon heute zu erlösen. Nach der Darstellung des Blattes arbeiteten auf einem Bau in Friedrichsfelde, Bauherr Architekt Benzel, Hirsch-Dundersche (lies: gelbe) Berliner Töpfer, also Leute jener Spezies, deren Sperrbrecheri und Arbeitswilligkeit wir schon verschiedentlich gebührend annageln mußten. Sie erhielten hier aber an zwei Sonntagen nur die Hälfte des verdienten Lohnes, worauf sie am darauffolgenden Montag beim Bauherrn anklingelten und nach der Bezahlung fragten. Der gab — immer nach der Darstellung des „Gewerkverein“ — das Versprechen, daß der Lohn voll zur Auszahlung kommen werde. Die Töpfer arbeiteten hierauf weiter, aber Sonntags erhielten sie wieder ihren Lohn nur unter großen Schwierigkeiten. Doch zitieren wir den „Gewerkverein“ nun, soweit es nötig, wörtlich:

„Die Folge war, daß am darauffolgenden Montag (3. August) der Materialverwalter die Töpfer aufforderte, sofort den Bau zu verlassen. Gleich darauf kam auch Polizei, die die Arbeiter vom Bau vertrieb. . . . Selbstverständlich wurde über den Bau die Sperre verhängt. . . . Mehrere dem Zentralverbande angehörende Töpfer wurden ebenfalls von dem Sachverhalt unterrichtet. Trotzdem haben sie weiter gearbeitet, sind also . . . unseren Kollegen in den Rücken gefallen.“

Jeder, der das hier vom „Gewerkverein“ zum besten gegebene liest, muß merken, daß in dieser Darstellung eine Lücke vorhanden ist, denn das Blatt schreibt, daß die Arbeiter nur unter großen Schwierigkeiten ihren Lohn erhalten konnten, worauf sie am folgenden Montag vom Bau verwiesen wurden. Hier fehlt der logische Zusammenhang und wollen wir uns deshalb gestatten, die Lücke auszufüllen. Zunächst aber einige Bemerkungen:

In Berlin ist es wenn auch vielleicht leider allgemein Mißbrauch, daß die Töpfergehilfen nicht vom Bauherrn engagiert und bezahlt werden, sondern von dem ausführenden Töpfermeister. Nun wäre das ja nicht so schlimm, wenn unter letzteren nicht eine Anzahl sogenannter „Bruchtrauer“ vorhanden wäre. In diesem Falle war der ausführende Töpfermeister die Firma Unjug, eine Firma, mit der die Töpfer Berlins schon verschiedentlich recht schlechte Erfahrungen gemacht haben. Herr Unjug hatte hier in diesem Falle, laut Abmachung, sämtliches Material zu liefern mit Ausnahme der Ziegel- und Dachsteine zur Ofenausfütterung. Schon bei der Lieferung der Ofen selbst kaperte er; Unjug hatte in Meißen, woher die altdeutschen Ofen bezogen wurden, keinen Kredit und so mußte der Bauherr die Waren heranschaffen und bezahlen. Trotzdem erhielt der Töpfermeister die Gelder zum Auszahlen der Löhne, als aber bemerkt wurde, daß er seiner Verpflichtung, in die Feuerungsbede besonders starke Chamotteplatten einarbeiten zu lassen, bei 19 Ofen nicht nachgekommen war, behielt der Bauherr einen Teil des Geldes zurück und verlangte erst die Erfüllung der vereinbarten Verpflichtung. Schließlich erhielt der Meister aber doch Geld zur Auszahlung, kam aber trotzdem dieser nur mangelhaft nach, und nun wandten sich die Töpfer an den Architekten, der ihnen erklärte, an Unjug bereits gezahlt zu haben, er könne doch unmöglich auf diese Weise für ihre Löhne haften. Die Leute arbeiteten trotzdem weiter, Unjug erhielt auch vom Bauherrn Geld, zahlte aber wieder den Leuten nicht voll aus. Deshalb kam es nun Sonntags mit dem Bauherrn, der seinen Pflichten nachgekommen war, zum Streit, der schließlich in Täuschungen ausartete, sodas der Bauherr nun endlich die Geduld verlor und Meister Unjug so wohl als auch die gelben Gewerksvereiner fort-schickte. Hierauf übergab er die weitere Ausführung der Arbeiten dem Töpfermeister Oskar Eckard, einer angesehenen und stets prompten Firma. Dieser übernahm die Arbeiten und stellte Zentralisten ein. Die Arbeiten sind heute erledigt, die Arbeiter haben auch ihre Löhne in bei dieser Firma gewohnter prompter Weise erhalten.

Dies der Sachverhalt. An den ganzen Differenzen trug also der Töpfermeister Unjug die Schuld und war mit der Enttarnung dieses Mannes, auch die Differenz erledigt. Es ist weiter des Architekten Sache, ob er Leute, die sich in ihrer „Gottähnlichkeit“ als gelbe „Gewerkschaftler“ so weit verfehlen, gegen ihn tätlich vorzugehen, noch weiter beschäftigen will. Nach der so überaus zarten Auffassung des „Gewerkvereins“ ist jedoch die Handlungsweise der zentralorganisierten Töpfer „Sperrbruch“. Es lag aber gar kein irgendwie plausibler Grund mehr vor, zu sperren, da diese Sperre doch den Töpfermeister Unjug hätte treffen müssen, der aber nichts mehr auf dem Bau zu tun hatte. Und den Meister Eckard, eine durchaus reelle Firma, zu sperren, dazu lag erst recht kein Grund vor. Diese Rücksichtnahme auf die Gelben, die schon verschiedentlich sich durch Streik und Sperrbruch dem Zentralverband gegenüber betätigt haben, wäre also eine un-

faunige und durch nichts gerechtfertigte Solidaritätserklärung gewesen.

Mit dem „Arbeiterverrat“ der Zentralisten, über den sich der „Gewerkverein“ in recht besorglicher Breite ergeht, war es also wieder nichts. Es mutet aber geradezu erheitend an, daß dieses Blatt zur professionellen Verteidigung Hirsch-Dunderschen Arbeitervereins nun mit einem Male so zarte Empfindungen bekundet. — Auf die sonstigen Äußerungen des Blattes und gegenüber gehen wir selbstverständlich nicht ein, das hieße ihm zu viel Ehre antun.

Kühlung! Arbeiter, Bauhandwerker!

Wegen Lohndifferenzen sind folgende Bauten als gesperrt zu betrachten: Firma Lehlefeld, Bau Hirsoweg, Ede Dannele-mannstraße (Beamtenhäuser), Aufzüge Nr. 7 bis 12; Firma Knauer, Jasmunderstraße 13, Bau Kaiser-Allee 68. Die Sektionsleitung.

Deutsches Reich.

Tariffrüchtige Unternehmer. In Bamberg haben die Mitglieder der Malermeister-Zunftung den im Frühjahr in Berlin vereinbarten allgemeinen Tarif infolgedessen durchbrochen, daß sie verlangen, die Arbeitszeit solle um 6 Uhr, statt, wie der Tarif vorschreibt, um 7 Uhr beginnen. Ein Schiedsgericht verließ resultatlos, ebenso die Entscheidung des Gewerbegerichts. Zuerst erschienen die Vertreter der Zunftung gar nicht, erst als der Vorsitzende mit Zwangsmahregeln drohte, fanden sie sich ein, ließen sich aber nicht in Verhandlungen ein. Die Arbeiter nahmen vorläufig eine zwartende Stellung ein, doch sollte einstweilen von diesen Verhältnissen Notiz genommen werden.

Ausland.

Hafenarbeiterausperrung und Gemeindegewerkschaft in Malmö. Der Streik der städtischen Arbeiter in Malmö hat nun auch eine allgemeine Ausperrung der bei der Stauerrelativengesellschaft angefertigten Hafenarbeiter nach sich gezogen. Diese Maßregel ist eine Folge der Ausperrung, die die Kohlenimporteure ihren Arbeitern gegenüber veranfaßten. Die Kohlenfabrikanten weigerten sich besamtlich, nach dem städtischen Elektrizitätswerk Kohlen zu transportieren, weil sie damit den streikenden Gemeindegewerkschaften in den Rücken gefallen wären. Ihre Arbeit sollten nun die Hafenarbeiter mit übernehmen, und weil sie dies einmütig ablehnten, wurden sie ebenfalls ausgesperrt. Damit sind nun auch 250 Mitglieder des Transportarbeiterverbandes in den Kampf der Gemeindegewerkschaft hineingezogen worden. Die Schwedische Arbeitgebervereinigung droht mit einer Ausperrung über das ganze Land. In den Streik der städtischen Arbeiter ist eine Veränderung nicht eingetreten; jedoch hat der Hauptvorstand ihrer Organisation, des Grob- und Fabrikarbeiterverbandes, der bisher die Unterstützung des Streiks ablehnte, nun beschlossen, die Streikenden aus der Verbands-lasse zu unterziehen, aber nur unter der Bedingung, daß sie sich von nun an nach den Beschlüssen richten, die die Verbandsleitung für notwendig erachtet. Dadurch, daß die sogenannte „Böhschafts-lommission“ der Stadt Malmö jede Verhandlung mit den Streikenden rundweg ablehnte, sah sich die Verbandsleitung zur Uebnahme des Streiks auf Kosten der Hauptkasse veranlaßt.

Der Trade-Unionskongress.

London, 8. Sept. Zur Eröffnungssrede Chadletons ist noch nachzutragen, daß sie sich auch mit der vom radikalen Abgeordneten W. B. Wilson und von der Arbeiterpartei eingebrachten und vom Unterhause abgelehnten Arbeitslosenvorlage beschäftigte. In dieser Rede wurden besonders die liberalen Arbeiterabgeordneten Waddison und Wigan angegriffen, die gegen die Vorlage sprachen, was zu ihrer Verwerfung im Parlamente führte. In der heute stattgefundenen Diskussion brachte Cameron, der Delegierte der Zimmerer, eine Resolution ein, Burns, Waddison und Wigan aus diesem Grunde ein Tadelvotum zu erteilen. Der Präsident hat jedoch den Kongress, von einer besonderen Resolution abzusehen und sich mit den in der Eröffnungssrede enthaltenen Bemerkungen zu begnügen. Der Antragsteller prozidierte jedoch eine Abstimmung, die folgendes Resultat ergab: es entschieden 826 000 Stimmen gegen, 801 000 Stimmen für die Resolution. Man darf diese sehr bedeutende Minderheit als sozialistisch betrachten.

Eine lange und heftige Debatte rief die Resolution gegen das Ausschüttungssystem der Heilsarmee hervor. „General“ Booth wurde als einer der schlimmsten Ausbeuter gebrandmarkt. Von der Annahme einer Resolution wurde jedoch abgesehen, da das Parlamentarische Komitee des Trade-Unionskongresses mit den Leitern der Heilsarmee in Verbindung trat, um Abhilfe zu schaffen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Lufstinikarismus.

Mainz, 10. September. (W. G.) Die hiesige Garnison soll, wie verlautet, durch eine militärische Luftschifferabteilung vermehrt, außerdem soll eine Luftkoffstation hier errichtet werden.

Bergmannstragdie.

Amberg, 10. September. (W. G.) Auf dem hiesigen Bergwerk wurde der Bergmann Peter Moosburger durch Einsturz von Erdmassen getötet, der Bergmann Heinrich Beck konnte sich retten.

Im Kampf mit Schmugglern.

Bozen, 10. September. (W. G.) An der bayerisch-böhmischen Grenze wurden in der letzten Nacht vier Schmuggler abgefaßt. Da sie nicht standhielten, wurde ein Schmuggler von der österreichischen Grenzwehr erschossen.

Sonderbares Vergnügen.

Frankfurt a. M., 10. September. (W. G.) Wie man der „M. Fr.“ aus der Pfalz meldet, wurden bei einer Rauferei anlässlich des Kirchweihfestes in Limbach, wobei Messer, Revolver und Dolche eine Rolle spielten, zehn Personen schwer verletzt.

Die Betrügereien des Brügelministers.

Kopenhagen, 10. September. (W. Z. V.) Nachdem das Ergebnis der vom Sparkasseninspektor vorgenommenen vorläufigen Untersuchung des Standes der Seeländischen Bauernsparkasse dem Ministerium übergeben worden ist, haben der Finanzminister und der Minister des Innern heute über Möglichkeiten verhandelt, um die Folgen des eingetretenen Uebelstandes zu mildern. Das gesamte Defizit beträgt danach etwa 10 1/2 Millionen Kronen, wovon 1 900 000 Kronen durch die von Vertrauensmännern gezeichnete Garantiesumme gedeckt sind. Der Finanzminister verhandelte später mit den führenden Bankiers über die Lage.

Fortschritte der Cholera.

Petersburg, 10. September. (W. Z. V.) In der gestrigen Konferenz der städtischen Hospitalärzte wurden 15 Cholerafälle festgestellt.

Petersburg, 10. September. (W. Z. V.) Die Stadt und ihre Umgebung ist für Cholera bedroht erklärt worden. Das städtische Gesundheitsamt machte bekannt, daß an der Cholera in den letzten 24 Stunden 37 Personen erkrankt und 12 gestorben sind.

Hafenarbeiterstreik.

Rio de Janeiro, 10. September. (W. Z. V.) Die Hafenarbeiter von Santos sind in den Ausstand getreten. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Budgetfrage in Staat und Gemeinde.

Von Verteidigern des Budgetbewilligungsseifers der Majorität der süddeutschen Landtagsabgeordneten wird geltend gemacht, wenn die Sozialdemokratie das Staatsbudget prinzipiell ablehne und nur ganz vereinzelte Ausnahmen zulasse, so wählten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter konsequenterweise auch den Kommunalrat ablehnen.

Die nachträgliche Veröffentlichung des Genossen Vorhölzer im „Vorwärts“ beweist aber, daß Vorhölzer noch immer der Meinung ist, wunder was für einen geschickten Streich geführt zu haben. Das nötigt denn doch zu ein paar Bemerkungen über das Thema: Budgetfrage in Staat und Gemeinde.

Genosse Vorhölzer begeht den großen Fehler, zwei gar nicht vergleichbare Größen vergleichen zu wollen. Staat und Gemeinde sind zwei ganz verschiedene Organismen, mit grundverschiedenen Aufgaben. Der Staat ist die Herrschaftsinstitution der besitzenden Klassen. Die Spitze bildet in den meisten deutschen Vaterländern der Monarch „von Gottes Gnaden“; die im Deutschen Reich verbündeten Staaten haben sich im deutschen Kaiser ein Oberhaupt gegeben. Alle Monarchen sind dem Volke für ihre Handlungen nicht verantwortlich, die Verantwortlichkeit ihrer „Handlanger“, der Minister steht höchstens auf dem Papier. Sie sind der Saune des Monarchen unterworfen. Ueber Monarch und Minister samt der ganzen staatlichen Bürokratie gebietet aber letzten Endes der Wille der besitzenden Klassen. Ihre, der Besitzenden, Herrschaft aufrechtzuerhalten, ist das eifrigste Bestreben der Staatsbürokratie, das Interesse der Bourgeoisie zu wahren, ist selbstverständliche Pflicht der Regierung. Was dem Proletariat gegeben wird, seien es Zuchthaus- oder Sozialgesetze, soll nach dem Willen der Regierung nicht dazu dienen, dem beschloßenen Volk die Kraft und den Willen zur Macht zu festigen, sondern im Gegenteil zu schwächen. Der Staat gibt sich selbst die Gesetze, die die Herrschaft der besitzenden Klassen schützen sollen, er bestimmt auch, wie die finanziellen Mittel aufgebracht werden sollen, die zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie notwendig sind.

Ganz anders ist die Organisation, sind die Aufgaben der Gemeinde. Das hätte Genosse Vorhölzer gerade in Stuttgart gut studieren können. Die Gemeinde ist keine Herrschaftsinstitution, sondern eine Verwaltungsorganisation. Stuttgart hat keinen Monarchen von Gottes Gnaden an der Spitze, sondern einen von der Bürgerschaft auf Grund eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählten Bürgermeister, Stadtschultheiß und befohlene Gemeindevorsteher sind der Bevölkerung für jede Handlung Rechenschaft schuldig. Ihre Stimme wiegt bei der Beratung und Beschlußfassung nicht schwerer als die des gewählten Sozialdemokraten, der ehrenamtlich seine Funktion ausübt. Sie können und wollen nicht über Menschen herrschen in dem Sinne wie die staatliche Bürokratie, sie sind froh, wenn die Sachen in ihrem Sinne behandelt werden. Wichtig ist, daß die staatliche Bürokratie versucht, die Gemeinde zum Werkzeug ihrer Herrschaft zu machen, und daß, wenn sich die Gemeinde dessen weigert, versucht wird, die wenigen Machtmittel, die etwa der Gemeinde noch

zur Verfügung stehen, dem Staate unterzuordnen. So ist man jetzt am Werke, die Gemeindepolizei Stuttgarts in eine staatliche umzuwandeln. Auch die Steuerquellen kann die Gemeinde nicht selbständig wählen, der Staat schreibt ihr vor, wie sie ihre finanziellen Bedürfnisse zu befriedigen hat. So kann es vorkommen, daß die Gemeindeverwaltung widerwillig zu sehr ungerechten Steuern greifen muß, um die Gemeinde vor größeren Schäden, die durch Unterlassung notwendiger Arbeiten entstehen können, zu bewahren.

Die Budgetfrage ist also in der Gemeinde in der Tat eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Daraus aber zu folgern, daß wir nun auch dem Staat, der Herrschaftsinstitution der besitzenden Klassen die Mittel zu seiner Weiterexistenz bewilligen, den Regierungsauskauf von Herrschenden Klassen alimentieren müssen, geht doch wohl nicht an.

Wenn ich nicht sehr irre, glaubte Vorhölzer oder einer seiner Gesinnungsgenossen in jener Versammlung auch die Mitarbeit von Sozialdemokraten in den — Krankenkassen als im Widerspruch mit der Resolution Westmeyer bezog. Ueber Resolution stehend bezeichnen zu müssen. Ueber diese Auffassung ernstlich zu disputieren erübrigt sich. Das muß dem „Wahren Jakob“ überlassen bleiben.

Im Anschluß hieran möchten wir einigen süddeutschen Parteiblättern und Versammlungsrednern, die neuerlich wieder die Behauptung aufgestellt haben, daß die sozialdemokratischen Stadtvorordneten in Berlin den Berliner Gemeinderat bewilligten, mit aller Deutlichkeit sagen, daß diese Behauptung falsch ist! Wir haben das schon in der 2. Beilage der Nr. 199 erklärt und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß bereits im Jahre 1901 auf dem Parteitag zu Lübeck Genosse Barm in der Budgetbewilligungsdebatte ausgeführt hat: Es ist ein Grundvertrauen, daß wir für den Etat der Stadt Berlin jemals gestimmt haben. Trotzdem wird immer wieder frisch drauf los erzählt, daß die Berliner sozialdemokratische Stadtvorordnenfraktion daselbst getan habe, was die badische und bayrische Landtagsfraktion taten. Gätten sie den Etat bewilligt, so wäre das natürlich, wie die obigen Darlegungen des Genossen F. W. zeigen, ganz etwas anderes als die Bewilligung eines Staatsbudgets. Sie haben es aber niemals getan mit Rücksicht auf die besondere Gestaltung des Berliner Budgets und so bleibt den Befürwortern der Budgetbewilligung nicht einmal dieser brüchige Strohhalm.

Das Verhältniswahlverfahren bei Gewerbegerichtswahlen

wurde für Berlin im Juni 1908 von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen. Die Änderungen des Ortstatuts für das Gewerbegericht, die durch Einführung des neuen Wahlverfahrens nötig geworden waren, wurden in der vom Magistrat vorgelegten Form ohne jede Verminderung angenommen. Sie haben jetzt auch die Genehmigung des Oberpräsidenten erhalten, und der Magistrat veröffentlicht nunmehr die betreffenden Paragraphen des Statuts in ihrer neuen Fassung. Bei den nächsten Wahlen zum Gewerbegericht wird zum ersten Male nach den neuen Bestimmungen gewählt werden. Für das Berliner Kaufmannsgericht, das vor drei Jahren in Kraft trat, war durch das Ortstatut von vornherein das Verhältniswahlverfahren eingeführt worden. Die neuen Paragraphen des Statuts für das Gewerbegericht sind eine fast wörtliche Abschrift aus dem Statut für das Kaufmannsgericht. Während der Verhandlungen und Beratungen über das Statut für das Kaufmannsgericht wurde damals im „Vorwärts“ über das Verhältniswahlverfahren das Nötige gesagt; es erscheint aber wünschenswert, aus Anlaß der Einführung dieses Wahlverfahrens auch für die Gewerbegerichtswahlen jetzt noch einmal auf die Hauptpunkte hinzuweisen.

Die Wahl der Weisiger zum Gewerbegericht wurde unter dem bisherigen Wahlverfahren durch 48, mit den Kommunalwahlbezirken dritter Abteilung sich bedende Wahlbezirke vorgenommen, die jeder ihre bestimmte Anzahl Weisiger zu wählen hatten. Unter dem neuen Wahlverfahren bildet der gesamte Bezirk des Gewerbegerichts Berlin einen einzigen Wahlbezirk, der sämtliche Weisiger zu wählen hat. Um die Ausübung des Wahlrechts zu erleichtern, werden in diesem die ganze Stadt umfassenden Wahlbezirk Wahlstellen eingerichtet, deren Bezirke wieder mit den Kommunalwahlbezirken dritter Abteilung zusammenfallen. Abgestimmt wird also nach wie vor in getrennten Bezirken, aber das Wahlergebnis wird ermittelt durch Zusammenfassung der Abstimmungen aller Wahlstellen. Entsprechend den bisherigen Bestimmungen wählen die Arbeiter an denjenigen Wahlstellen, in deren Bezirk sie zur Zeit der Wahl wohnen oder beschäftigt sind (falls sie außerhalb des Gewerbegerichtsbezirks wohnen), die Arbeitgeber an denjenigen Wahlstellen, in deren Bezirk sie zur Zeit der Aufnahme in die Wählerliste wohnen oder eine gewerbliche Niederlassung haben (falls sie außerhalb wohnen). Für die Arbeiter wird, wie bisher, keine Wählerliste aufgestellt; sie müssen ihre Wahlberechtigung durch Legitimation (Wohnung bezog. Arbeitsstelle) nachweisen. Bei der Abstimmung wird der bisherige Stimmzettel, der die Namen der für jeden Wahlbezirk aufgestellten Kandidaten enthält, nunmehr durch eine ganze Kandidatenliste ersetzt. Wie für die Kaufmannsgerichtswahlen, so ist auch für die Gewerbegerichtswahlen das System der „gebundenen“ Listen als zweckmäßig angesehen worden. Bei diesem System muß der Wähler sich für eine der von den Parteien aufgestellten Kandidatenlisten entscheiden, ohne daß einzelne Namen gestrichen oder andere dafür hinzugefügt werden dürfen. Die Listen der vorgeschlagenen Kandidaten werden von den Parteien dem Wahlbureau des Magistrats eingereicht und dort nach der Reihenfolge ihres Einganges mit Nummern versehen. Sie werden mit ihrer Nummer amtlich bekanntgegeben und auch am Tage der Wahl im oder am Wahllokal angeschlagen. Bei der Abstimmung, die, wie bisher, geheim ist, darf der Wähler auf seinem Stimmzettel lediglich die Nummer der Kandidatenliste angeben, für die er sich entschieden hat. Auch das ist nicht völlig neu, sondern deckt sich mit dem Verfahren, das bereits bei den Wahlen zum Kaufmannsgericht in Berlin vorgeschrieben ist. Zufüge zur Nummer sind nur zulässig, wenn und soweit solche in der amtlichen Bekanntgabe der Listen enthalten sind. Im besonderen ist es unzulässig, auf dem Stimmzettel auch die Namen der Kandidaten anzugeben. Stimmzettel, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, sind ungültig. Aus den Vorschriften über die Aufstellung der Kandidatenlisten sei hier nur noch das wichtigste mitgeteilt. Listen vorzuschlagender Kandidaten sind für Arbeiter und für Arbeitgeber gesondert aufzustellen und dürfen höchstens soviel Namen enthalten, als von den Arbeitern beziehungsweise den Arbeitgebern Weisiger zu wählen sind. Sie müssen spätestens drei Wochen vor der Wahl eingereicht und von mindestens 20 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Werden zwei oder mehr Kandidatenlisten gleichzeitig eingereicht und von den Unterzeichnern übereinstimmend als zusammengehörig bezeichnet, derart, daß die Listen gegenüber den Vorschlägen anderer Wahlvereinigungen als ein Vorschlag angesehen werden sollen, so gelten diese Listen als „verbundene“ Listen. Bei der Bekanntgabe der Listen wird auf diese Zusammengehörigkeit aufmerksam gemacht, auch durch die Nummern der Zusammengehörigkeit zum Ausdruck gebracht. Zur Ermittlung des Wahlergebnisses wird zunächst auf allen Wahlstellen zusammengestellt, wieviel gültige Stimmen für jede Liste abgegeben worden sind. Von jeder Liste gelten dann soviel Personen (und zwar nach ihrer Reihenfolge in der Liste) als gewählt, als die Liste nach ihrem Anteil an der Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen zu beanspruchen hat. Ergaben sich Bruchteile, so werden die jeweils höchsten als gerechnet, soweit dies zur Erreichung der Gesamtzahl der Weisiger erforderlich ist. Für „verbundene“ Listen werden die auf sie vereinigten Stimmen zusammengezählt, so daß unter Umständen selbst kleinste Minoritäten nicht ohne Vertretung unter den Weisigern bleiben. Das Verhältniswahlverfahren gilt übrigens nicht nur für die Weisigerwahlen. Auch für die Wahl der Mitglieder des beim Gewerbegericht bestehenden Gutachter-

Kleines feuilleton.

Ein Blatt der Schande. Die Vannulle, die der sogenannte „Heilige Synod“, d. h. die Oberbischöflichkeit der russischen Staatskirche, gegen Tolstoi, diesen wahren und aufrichtigen Christen, erließ, hat folgenden Wortlaut:

Am 28. August (10. September n. St.) sind 80 Jahre seit der Geburt des russischen Schriftstellers L. N. Tolstoi verfloßen. In vielen Orthogonalen Anstalten werden Ehrungen für Tolstoi vorbereitet. Die Bedeutung jeder Ehrung liegt in dem Ausdruck der Teilnahme für das Ereignis, das als Gegenstand dieser Ehrung erscheint. Im gegebenen Fall gilt die Feier dem Grafen Tolstoi, sie würde also den Ausdruck der Sympathie und der Zustimmung seiner Tätigkeit gegenüber bedeuten. Welcher Art ist aber seine Tätigkeit gewesen? Einem alten russischen Geschlecht entstammend, von Natur mit ausgezeichneten geistigen Fähigkeiten ausgestattet, erhielt er von seinem Schöpfer alles, was einen Menschen glücklich machen kann. Man konnte viel von ihm fordern, da ihm viel gegeben war. Sehen wir uns an, wie er dieses Ziel erfüllt hat. Im Anfang, nach Abschluß seiner Bildung, trat er in den Militärdienst, in die Reihe der Verteidiger Sewastopols, indem er dadurch auch seinerseits die ruhmvolle Aufgabe dieser Vertreter unserer höheren Gesellschaftsklasse erfüllte, welche immer bereit waren, mochte es sich um Krieg oder innere Kämpfe handeln, in die Reihen der Vaterlandverteidiger und der Schützer der Grundpfeiler des russischen Lebens zu treten, nämlich der Rechtgläubigkeit, der Selbstherrlichkeit und der russischen Nationalität. Hieran beschäftigte er sich mit Literatur und beschränkte die russische Gesellschaft mit diesen bemerkenswerten Werken, welche die hervorragende Gedankentiefe, die seltene Beobachtungsgabe der Lebenserscheinungen und das richtige Urteil des Autors bewiesen und ihm das Recht sicherten, als einer der größten Schriftsteller Russlands und der ganzen Welt betrachtet zu werden. So verhielt es sich bis zum Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, wo Tolstoi unter der Einwirkung eines geistigen Sturzes, nachdem er schon ein reiferes Alter erlangt hatte, seine literarische Tätigkeit sah änderte. Er maß sich, nachdem er die Erforschung und Beschreibung der Erscheinungen früherer und gegenwärtiger Zeiten aufgegeben hatte, die Rettung der russischen Gesellschaft und ihre Belehrung nicht nur in geistiger, sondern auch in sozialer Hinsicht an und hielt sich zur Umgestaltung beider für berufen. Da ihm aber zur Erfüllung der gestellten Aufgabe die Grundbedingung, ein fester und lebendiger Glauben an die Lehre Christi und an die Unerschütterlichkeit der Wahrheit des heiligen Evangeliums fehlte, so brachte ihm dieses Bestreben nur bittere Früchte und führte auf dem Gebiet ethisch religiöser Begriffe zu einer Verneinung der Göttlichkeit Christi, zu einer Verspottung seines Evangeliums, zu einer Verhöhnung der heiligen Jungfrau, zu einer Verneinung der Kraft und Bedeutung des heiligen Abendmahls, zu einer Verpöschung des Gottesdienstes, des Nissus und der Regeln der heiligen russischen Kirche, was in vielen seiner Schriften hervortrat. Nachdem er solches getan, das heißt das zerstückt hatte, was die Basis einer gesunden moralischen Lebensanschauung bildet, ging er zur Verneinung der Bedingungen dieses Lebens über und schlug eine Erneuerung des Lebens auf anderer Basis vor, die nichts mit dem christlichen Leben gemein

hatte; er rief nämlich, die Behörden abzuschaffen und die Zahlung von Steuern einzustellen, erklärte früheren Schatz für überflüssig und wollte das Besitzrecht und die Verfolgung von Verbrechern aufgehoben wissen. Diese Aenderung in der Tätigkeit des Grafen Tolstoi zog die Aufmerksamkeit der russischen Geistlichen auf sich, welche zu ihrem großen Leidwesen darin eine Abweichung Tolstois von den seligmachenden Wahrheiten des rechten Glaubens erblickten und erfolglos eine Reihe von Maßregeln trafen, um Tolstoi zur Vernunft zu bringen und ihn zu bessern. Infolgedessen kam es so weit, daß der Heilige Synod ihn im Jahre 1901 von der russischen Kirche für abgefallen erklärte, um sein verderbliches Beispiel auf andere abzuwälzen. Und diesen Menschen will man in einem rechtgläubigen Staat ehren, in der Gesellschaft, welche sich für einen Träger der rechtgläubigen Lehre hält, die von der zu ehrenden Persönlichkeit geleitet wird. Da aber eine Ehrung der Ausdruck der Sympathie für die Tätigkeit der zu ehrenden Person ist, so fragt es sich, ob ein rechtgläubiger Christ an einer Ehrung des Grafen Tolstoi teilnehmen darf? Graf Tolstoi ist in seinen Lehren als ein jäher Gegner des rechtgläubigen Glaubens aufgetreten und hat aus seiner Nichtachtung für die Kirche kein Hehl gemacht, weshalb alle, welche an einer Ehrung für ihn teilnehmen, sich zu seinen Gesinnungsgenossen machen und vor Gott eine schwere Verantwortung auf ihre Haupt laden. Anßerdem beleidigen sie durch eine Ehrung Tolstois die Kirche.

Aus diesem Grunde ruft der Heilige Synod, in der Fürsorge um das Wohl der Kirche und um die Rettung ihrer Weichlinge, alle treuen Söhne der Kirche auf, sich der Teilnahme an der Ehrung des Grafen Tolstoi zu enthalten und damit dem Gericht Gottes zu entgehen, im Bewußtsein dessen, daß Gott sich nicht spotten läßt.

Dieses Dokument unterhältlicher Heuchelei, schamloser Lüge und herrschaftlicher Dummheit zeigt die ganze Erniedrigung der russischen orthodoxen Kirche, die nichts als ein Verfallungsinstrument der Despotie und der mit ihr verbundenen Klasseninteressen ist.

Theater.

Deutsches Theater: Kettenlieder, ein frühliches Spiel am häuslichen Herd, von H. Heijermans. Paul Lindau führte das Stück während seiner kurzen Direktionszeit am Deutschen Theater in guter Darstellung, doch ohne rechten Erfolg auf. Eine gewisse Voreingenommenheit, gegen die sein Unternehmen nach ein paar verfehlten Vorstellungen zu kämpfen hatte, brachte auch das Gute, das er bot — so diesen Heijermans' und Shaws lustige Komödie „Gelden“ — um die Zugkraft, die man ihnen hätte wünschen mögen. Es war ein glücklicher Gedanke Reinhardt's, auf die „Kettenlieder“, für deren Hauptperson er in Schildkraut eine ganz hervorragende Kraft besaß, zurückzugreifen. Das Publikum folgte mit einem Interesse, einer Spannung wie an großen Premierenabenden und applaudierte ungewöhnlich lebhaft. So ist zu hoffen, daß das eigenartige, in seiner Darsit zugleich bitter erste Werk sich in dem Repertoire der Bühne dauernd einen Platz erobern werde. Vielleicht auch, daß ein solcher Erfolg den Anstoß gibt, es ebenfalls noch einmal mit „Ora et labora“, diesem erschütternden sozialen Stimmungsbilde, das nach wenigen Vorstellungen aus dem Spielplan des Lessing-Theaters spurlos verschwunden, zu versuchen. — Der zerreißende Hohn, den Heijermans über die Sippe der um den alten, waderen Duij gruppierten gut-

bürgerlichen Familienglieder in seinem „Fröhlichen Spiel am häuslichen Herd“ anspricht, erinnert an den Zugmunt, mit dem Jola ein in seinem Roman „Ein sitziam Heim“ die hinter der bürgerlich-respektablen Außenseite des Familienlebens wuchernden Laster gezeichnet hat. Aber während der Franzose das Hauptaccent auf die sexuelle Korruption legt, tritt dies im Drama des Holländers fast ganz zurück. Die verheirateten Söhne, Töchter und Schwäger-töchter des Alten mögen aus mangelnder Gelegenheit in dieser Hinsicht sich vielleicht eines ganz korrekten Lebenswandels befleißigen, ihre moralischen Qualitäten gewinnen dadurch nicht. Der allgemeine Gesichtspunkt, unter denen er die tiefen Angehörigen behandelt, ist ihre Beziehung zu dem Alten, ein Verhältnis, in dem sich wetteifernd ihre Roheit, Heuchelei und Habgucht offenbart. Neben dem gemeinsamen Krieg, den sie gegen den Vater führen, geht der Streit und Streit der einzelnen Ehepaare und der Verwandten untereinander, als anmutige Ergänzung einher. Es ist erstaunlich, wie Heijermans in diesem Chorus die besonderen Psychognomien individuell zu unterscheiden und durchzuführen gewirkt hat.

Neben Schildkraut, der in der Gestalt des Vaters eine Meisterleistung hinstellte — nur das proungiert Jädische des Gesichts hörte etwas die Illusion — stand in erster Reihe die Marianne des Fräulein A. B. I. Ihr seelenvolles Spiel kam namentlich dem letzten Akte, der in der kindlichen Aufführung ein wenig theatralisch und unklar gewirkt hatte, zugute. Auch alle anderen Figuren, bis herunter zu der kleinen Elsie Jan, fanden eine im ganzen sehr glückliche prägnante Veranschaulichung.

Notizen.

— Theaterchronik. Karl Schönherr's Drama „Erde“ wird im Hebeltheater zur Aufführung kommen.
— Lyton Sinclair als Anflüger und Verflüger. Aus New York wird berichtet: Der neue Roman Lyton Sinclairs „Die Geldwechler“ wird in Kürze die amerikanischen Gerichte beschuldigen. Man findet in dem Buche eine heftige Anklage gegen den Stahlstift, der der Marine minderwertige Wanzerpistolen geliefert haben soll. Der Präsident des Stahlstiftes, William Cohen, hat nun Klage gegen den Verfasser erhoben; die Angelegenheit erregt in der Öffentlichkeit lebhaftes Aufsehen.
— Ueber die Festlegung des Osterfestes hat der Deutsche Handelsrat eine Denkschrift ausgearbeitet und dem in Prag tagenden Handelsammerkongress vorgelegt. Die Denkschrift legt die Wünsche dar, die sich aus dem Schwanken des Osterfestes ergeben und bei der engen Beziehung des Festes zum Schulwesen, zu Industrie, Handel, Verkehr, Landwirtschaft und zu den Miet- und Dienstverträgen schwer empfunden werden. Häufig das Osterfest in die zweite oder dritte Aprilwoche, so verschärfen die Schulklassen, die ins wirtschaftliche Leben eintreten sollen, die Frist für den Antritt von Stellen, der in Deutschland der 1. April ist. Dem Handel macht sich das Schwanken des Festes besonders empfindlich bemerkbar. Das Osterfest ist ähnlich dem Weihnachtsfest ein geschäftlicher Höhepunkt für zahlreiche Geschäftszweige. Die Denkschrift schlägt darum vor, das Osterfest durch eine internationale Vereinbarung auf den ersten Sonntag nach dem 4. April festzulegen. — Die Entscheidung über die Frage ist in Prag bis zum nächsten Kongress verlagert worden.

auszuschaffen, die durch die Weisheit selber vorgenommen wird, wird dieses Wahlverfahren jetzt eingeführt.

Mit der Einführung des Verhältniswahlverfahrens für die Gewerbe- und Arbeiterwahlen in Berlin hat der Berliner Freisinn, der in unserer Gemeindeverwaltung den Ausschlag gibt, sich einen langgehegten Wunsch erfüllt. Weil bei den Wahlen der Arbeiterbeihilfer die Sozialdemokratie die Mehrheit hatte und behielt, regte sich bei den Freisinnigen das „Gerechtigkeitsgefühl“ und sie forderten statt des bisherigen Mehrheitswahlverfahrens das Verhältniswahlverfahren, das auch den Minderheiten eine Vertretung schafft. So die Freisinnigen selber die Mehrheit haben, da regt belauertmachen ihr „Gerechtigkeitsgefühl“ sich weniger taich, und die Minderheiten können lange warten, ehe der Freisinn ihnen das Verhältniswahlverfahren beschert. In Berlin hat die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung es sich durch die parteipolitischen Sonderwege der freisinnigen Gerechtigkeitsheuler nicht verleiden lassen, der Einführung des Verhältniswahlverfahrens für die Gewerbe- und Arbeiterwahlen zuzustimmen. Das Verhältniswahlverfahren ist ja überhaupt eine wichtige Forderung des Programms der Sozialdemokratie. Für Berlin versprechen wir uns von dem neuen Wahlverfahren auch eine Belebung der Wahl-agitation, die uns nur erwünscht sein kann. Die sozialdemokratische Arbeiterbevölkerung wird jetzt, wo sie weiß, daß die Stimme jedes einzelnen Wählers mit ein Gewicht fällt, um so mehr es als ihre Pflicht ansehen müssen, bei den Gewerbe- und Arbeiterwahlen vollzählig zur Stelle zu sein.

Zur gesetzlichen Regelung des Tarifvertrages

nahm der kurzzeit in Karlsruhe tagende 29. Deutsche Juristentag Stellung.

Nicht weniger als vier umfangreiche Gutachten, zwei von deutschen und zwei von österreichischen Gelehrten, hat sich der Juristentag über diese wichtige Frage erlassen lassen. Der erste Vorsitzende des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts in Berlin, Magistratsrat v. Schulz, gab zunächst, gestützt auf das reiche Material des Berliner Gewerbegerichts, einen Überblick über die Weiterentwicklung, die die Tarifverträge in Deutschland kurzzeitig gewonnen haben. Über 8000 Tarifverträge sind gegenwärtig in Deutschland in Kraft, vor allem für die Buchdrucker, die Holz-industrie und das Baugewerbe. Über auch über die Kreise der gewerblichen Arbeiter hinaus greift der Tarifvertrag. Die Verträge schließen mit den großen Schiffahrtlinien und Versicherungsgesellschaften, die Kassendameen und Genossenschaftsangehörigen mit ihren Arbeitgebervereinigungen ab. Die Tarifverträge enthalten allgemeine Normen über den Inhalt der künftigen Arbeitsverträge; sie sollen der Ruhe und dem Frieden im Gewerbe dienen und verberendenden Kämpfen Einhalt gebieten. Daß sie nicht der Gewerbefreiheit widerprechen, rechtlich möglich und rechtswirksam sind, wird gegenwärtig allgemein zugegeben. Nur die Tarifverträge können den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht am Arbeitsvertrage einräumen. Sonst gilt statt der Gleichheit vor dem Gesetz der Wille der Beherrscher der Niefenbetriebe als Norm. Nur durch den Tarifvertrag erhalten die Arbeiter eine Garantie für dauernden festen Lohn und der Unternehmer für längere Zeit Frieden im Betriebe. Die Tarifverträge sind Verträge eigener Art, die in keine der Vertragsarten des B. G. B. passen. Ihr Inhalt besteht in der Regelung der Lohnhöhe und der Arbeitszeit, der Arbeitsmittel, der Lohnzahl, der Festsetzung der Akkorde, der Beschaffenheit der Arbeitsräume, der Kündigungskräfte, der Entlassungsgründe usw. Die Tarifverträge regeln Streiks, Sperrten, Boykotts, schaffen Schlichtungskommissionen, Tarifämter und Schiedsgerichte. Dabei ist das Wort Tarifvertrag eigentlich ein zu enger Ausdruck, man sollte ihn Arbeitsnormenvertrag nennen. Der Abschluß von Tarifverträgen erfolgt meist und am besten durch Zentralverbände; ihre Ausbreitung wäre sehr viel leichter, wenn alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer organisiert wären. Für die Arbeitgeberverbände kommen als rechtliche Grundlage die Gewerbeordnung, das Genossenschaftsgesetz, das B. G. B. und das Handelsgesetzbuch in Betracht. Wenn statt dessen die rechtlichen Bestimmungen für die wirtschaftlichen Verbände einfach in den notwendigsten Umständen festgelegt würden, so wäre das ein großer Fortschritt. Bei den Arbeitnehmern ist die Festlegung der Vertretungsbollmacht, mit der sich auch der jüngste Gewerbegerichtstag in Jena beschäftigt hat, von besonderer Bedeutung. Die Zunahmen sind für Tarifvertragsverhandlungen nicht auf die Gesellenauschüsse beschränkt und dürfen ihren einzelnen Mitgliedern den Abschluß von Tarifverträgen nicht verbieten. Leider besteht manchmal

bei den Arbeitgebern Neigung zum Tarifbruch,

besonders im Bäder- und Konfektionsgewerbe. Der Tarifvertrag soll stets schriftlich abgeschlossen und vor dem Einigungsamt verlaubar werden. Wo das Streikrecht aus öffentlichem Interesse verweigert werden muß, sollen die Einigungsämter obligatorisch sein. Sonst aber soll kein Zwang geschaffen werden, Tarifverträge nach einem Schiedsgericht abzuschließen. Denn der Friede ist nicht unter allen Umständen dem Kriege vorzuziehen. Die großen und schweren Opfer eines erfolgreichen Kampfes wiegen leichter als die Lasten und Schäden demütiger Unterwerfung unter ein ungerichtetes Joch.

Man soll nicht Frieden mit Gewalt stiften wollen.

Die Durchführung des Rechtes beruht auf dem Kampf. Nur in der Schwerindustrie, wo die übermächtigen Unternehmer jeden Tarifvertrag ablehnen, käme seine zwangsweise Einführung in Frage. Der Tarifvertrag soll nicht nur moralisch wirksam sein, sondern auch rechtlich binden. Gerade die Rechtswirksamkeit des Tarifvertrages ist aber nach Umfang und Kraft noch ganz freitig. Hier muß die Gesetzgebung Klarheit schaffen. Insbesondere muß festgelegt werden, daß der Tarifvertrag durch Separatverträge nicht abgeändert werden kann; sonst bieten sich bei schlechtem Geschäftsgang die Arbeiter selbst zu billigeren Preisen an. Vor allem aber ist die Gewerbeordnung zu reformieren. Es ist widerförmig, daß den Koalitionsverbänden kein klagesbares Recht zusteht, während die Vereinigung der Unternehmer, um die Warenpreise hochzuhalten, auf Innehaltung klagen können. Durch den Tarifvertrag werden die Verbände verpflichtet, die ihn abzuschließen. Darüber hinaus auf die Löhne der unorganisierten Arbeiter wirkt er nur, wenn er sich als Ortsgebrauch durchsetzt. Unmöglich können die Verbände für den Vertragsbruch jedes einzelnen Mitgliedes mit ihrem ganzen Vermögen haften. Eine sachgemäße Beschränkung der Haftung wird ihren Interessen und denen der Arbeitgeber gerecht werden. Wie sehr auch trotz der Mangelhaftigkeit der rechtlichen Ordnung die Tarifverträge von den Arbeitern geschätzt werden, ist bekannt. Daß sie auch bei den Unternehmern immer mehr Anhang finden, beweist die Tatsache, daß die Berliner Holzindustriellen im letzten Jahre eine große Ausperrung unter der Parole vornahmen: Ohne Tarifvertrag keine Arbeit mehr! Denn der Tarifvertrag ist die Grundlage jedes gesunden wirtschaftlichen Lebens.

Das zweite Gutachten erstattet Dr. Waldemar Zimmermann von der Berliner Universität. Er geht davon aus, daß gegenüber der Desorganisation des wirtschaftlichen Lebens durch den Grundgesetz völliger Vertragsfreiheit, unter dem die Willkür und der Kampf aller gegen alle Regel wurde, sich immer mehr die genossenschaftliche Selbsthilfe regte.

Die Interessententwertung wird abgelöst durch die Interessensolidarität.

Gerade die Niefenbetriebe mit ihren traditionellen Tarifen können der dort des kollektiven Arbeitsvertrages werden, wenn die Unternehmer auf die einseitige Lohnfestsetzung verzichten wollten. Durchgesetzt haben sich die Tarifverträge als Schutzwehr gegen ungesunde Konkurrenz schon in der Textilindustrie, die viel qualifizierte hochbezahlte Arbeit verwendet. Schon stehen weit über eine Million Arbeiter unter Tarifverträgen, aber noch stehen die Ko-

alitionen unter einer Ausnahmegebung, die der Urquell des rechtlichen Chaos ist, in dem sich heute die Sozialisierung des Arbeitsvertrages vollzieht. Noch behandelt die Gewerbeordnung den Arbeiter nur als Objekt und drängt ihn durch Verweigerung des Rechtschutzes für seine Selbsthilfeverbände auf den von ihm so streng verfochtenen Terrorismus hin. Wir feiern die deutsche Staatsfürsorge für die Schwachen als bewundernswerte Kultur-taten; aber gerade Lohn und Arbeitszeit werden durch sie kaum getroffen. Diese schwerwiegende Lücke kann nur der private Arbeitsnormenvertrag ausfüllen. Für ihn muß die Rechtspolitik Sicherung schaffen. Leider umfassen die Gewerkschaften, unter sich vielfach in bitterer Konkurrenz, knapp ein Viertel der Arbeiter und leiden unter fürchterlicher Fluktuation. Leider weisen die Tarifverträge noch viele formale, technische und rechtliche Mängel auf, schweben gleichsam in der Luft. Wie kann aus dem Tarifvertrag planen und wo kann er es? Wie steht der Tarifvertrag zur Arbeitsordnung? Wie weit haften bei Vertragsbruch die Verbände? Welche Rechtsurteile haben die Urteile der Schiedsgerichte und Tarifämter? All das ist noch strittig und unklar. Die schwierigste und wichtigste Frage aber ist die des „Ausschließlichen Verbandsverkehrs“. Dr. Zimmermann erklärt die Verpfändung der Unternehmer, nur Angehörige eines bestimmten Verbandes zu beschäftigen, und die der Arbeiter, nur bei Unternehmern zu arbeiten, die einem Unternehmerverband angehören, für einen höchst bedenklichen Eingriff in die Koalitionsfreiheit; er stellt einen Organisationszwang zugunsten einer Gruppe dar, die an der werdenden Kraft ihres Programms verzweifeln durch Ausperrung die Andersorganisierten oder Unorganisierten in ihren Ring hineinzuweisen sucht und das Prinzip der Arbeitsverteilung in künstlicher Weise übertritt. Deshalb seien derartige Exklusiv-klauseln nur in Ausnahmefällen zulässig. Hier weicht dieser Gutachter wesentlich von Herrn v. Schulz ab, der die Anschauung vertritt, daß die Arbeitgeber, die einen höheren Lohn zahlen, in erster Linie einen Anspruch auf die meist besser organisierten Arbeiter hätten und dementsprechend diese ein erstes Recht auf Arbeit. Der ausschließliche Verbandsverkehr komme also den zur Tariftreue verbundenen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zugute und stärke ihre Organisationen. Nur in ganz seltenen Ausnahmefällen sei er deshalb zu betonen, in der Regel zu empfehlen. Uebereinstimmend aber gelangen die beiden Gutachter zu dem Schlusse, daß angeht die Urteile der Tarifbewegung in Deutschland unter Unausgeglichenheit der sozialwissenschaftlichen und juristischen Bedeutung ihrer Prinzipien ein Gesetzentwurf über die Arbeitsverträge sich in vorläufigen und bescheidenen Grenzen halten müsse. Es genüge, wenn er die absolute Rechtswirkung der Tarifverträge bestimme und einige technisch formale Ordnungsvorschriften subsidiär aufstelle. v. Schulz hält es sogar eher für wünschenswert, vor Erlass eines Gesetzes über die Tarifverträge ihre Entwicklung bei den Handlungsgesellschaften und Privatbeamten abzuwarten. Für dringlich und sofort durchführbar erklären beide Referenten die Befreiung des Koalitionsrechts aus den Fesseln der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung und die Verletzung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine.

Von den beiden österreichischen Gutachtern zu dieser Frage ist der erste Professor Dr. Rudolf Kobasch, der Sekretär des Niederösterreichischen Gewerbevereins, einer liberalen Arbeitgebervereinigung in Wien. Er betont, daß die Rechtswissenschaft in den Tariffragen erst am Anfang stehe und daß lange Zeit Verhältnisslosigkeit für die moderne Veranschlichung und Vergegenständlichung der Produktion sie hinderte, ein neues Recht zu schaffen. Ihre Aufgabe sei heute nicht, die Tarifverträge zu reglementieren, sondern sie zu pflegen und zu fördern. Als Hauptforderung stellt der Gutachter die Unabhängigkeit der Tarifverträge auf, d. h. das Verbot, sie durch Sonderverträge zu durchbrechen.

Ein umfassender ist das Gutachten des Advokaten Dr. Rattus Stinger in Wien, der selbst wiederholt Tarifverträge vermittelt hat, um, wie er sagt, das Elend der Heimarbeit und die Konkurrenz der Handwerker zu bekämpfen. Den Kern des Problems erblickt er in der Aufgabe, die Wüste Steigerung der Produktionsleistung mit der höchstmöglichen Leistungsfähigkeit der Volksgenossen und einer Verteilung des Gesamtertrages zu verbinden, ohne die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung zu erschüttern. Neues wachsendes Kapital könne nur dann investiert werden, wenn die Konsumkraft der Volksmasse in gleichem Maße steigt. Deshalb hätten die Unternehmer nicht als einzelne, sondern als Klasse selbst das größte Interesse daran, den Massenkonsum zu heben. Von zwei Milliarden Kapitalgewinn eine den Arbeitern zu geben, sei höchste Weisheit und höchste Sittlichkeit, sonst drohe

die Selbstvernichtung des Kapitals

im schrankenlosen Konkurrenzkampf der Produktionsmittel. Vor allem die Landwirtschaft sei aufs höchste daran interessiert, daß das Lohnniveau bis zur höchstzulässigen Grenze geringerer Rentabilität für den Unternehmer herabtriebe und der Arbeitslohn das physiologisch zulässige Maximum von 8 Stunden nicht überschreite. Die Industrie sei heute schon zu einem viel größeren Teile, als der Laie ahne, monopolisiert, der ganze freie Handel komme an Wert dem Umfah der Eisenbahnen nicht mehr gleich. In den Kartellen würden die Kleinen für ihren Abstoßverlust und in den Gewerkschaften die Schwachen für die Arbeitslosigkeit entschädigt. Das sei der

neue Duellkampf des Wirtschaftskampfes.

Die Technik fordere den Fortschritt durch die Konkurrenz, und der soziale Staat müsse die Konkurrenzfolge mildern. Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung beweise, daß sie ebenso unwiderstehlich und wirtschaftlich unentbehrlich sei, wie die Kartelle. Redner verlangt daher eine weitgehende Förderung und Unterstützung der Tarifverträge durch den Staat, die gesetzliche Einführung eines Verhandlungszwanges, die Unabhängigkeit und automatische Rechtswirkung der Tarifverträge, den ausschließlichen Verbandsverkehr oder mindestens die Bevorzugung der Organisierten bei der Vergütung von Arbeit. Die Sicherung eines Existenzminimums für die Arbeiter sei zugleich die Sicherung der Existenz für den Unternehmer und den Staat.

Der erste Referent zu diesem Thema, Reichstagsabgeordneter Justizrat Dr. Junz (Reipzig), führte aus: Im Jahre 1908 wurde die Anknüpfung des Juristentages, die bisher vogelfreien Tarifverträge in den Bereich seiner Arbeiten zu ziehen, von vielen Seiten freudig begrüßt. In der Tat handelt es sich um ein Thema von höchstem sozialpolitischem Interesse. Die Debatten über die Tarifverträge haben sich in den letzten Jahren hypertrophisch entwickelt. Über die Verantwortung der Frage, ob man die Tarifverträge rechtlich regeln soll, ist wertlos, wenn man nicht sagt, auf welche Weise das geschehen kann. Die Gesellschaft für soziale Reform hat eine Vorlage ausgearbeitet, die ich hiermit zu überreichen die Ehre habe. Aus dieser Vorlage geht hervor, daß die Tarifverträge fast das ganze Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern regeln sollen. Das hauptsächlichste Ziel der Regelung sind die einzelnen Arbeitsverträge. Der wichtigste Punkt des Arbeitsvertrages, der Arbeitslohn, ist durch die Gewerbeordnung bisher fast unberührt geblieben. Hier herrscht noch vollkommene Gewerbefreiheit. Diese Lücke kann aber nicht ausgefüllt werden durch die Gesetzgebung, sondern durch freies Uebereinkommen, durch den Tarifvertrag, der ein Akt der gewerblichen Selbstverwaltung ist. Die Tarifverträge sind ein Ausdruck der Macht des Koalitionsgebändens, der sich jetzt auch auf Seiten der Arbeitgeber geltend macht. Sie stellen gleichsam die Kartellierung des Arbeitslohnes dar. Je größer der Geltungsbereich des Tarifvertrages ist, desto größer ist auch sein Segen. Ueber den nationalen Tarifvertrag hinaus zu internationalen Verträgen zu kommen, wird die Aufgabe der Zukunft sein. Das Koalitionsrecht ist der Stützpfeiler des Tarifvertrages, darf aber mit ihm nicht identifiziert werden. Der vorbildliche Buchdrucker tarif hat das Hauptverdienst, daß die Tore zu ihm stets allen Gewerbegegnossen offen gehalten worden sind. Die erste Forderung aller Tarifreue muß sein, daß daran festgehalten wird. Zur rechtlichen Anerkennung der Tarifverträge ist notwendig vor allem die Reform des Koalitionsrechts auf der Grundlage vollständiger Freiheit. Erst dann wird sich erkennen lassen, ob der Tarifvertrag für die

Industrien, die ihn jetzt mit Rücksicht auf die internationale Konkurrenz ablehnen, wirklich unbrauchbar ist. Beim Bergbau ist mir das heute schon im höchsten Maße zweifelhaft. Der Tarifvertrag verbindet nicht die feinsten Differenzierungen des Lohnes, und die vollkommene Anpassung an den Warenpreis durch gleitende Lohnskala. Der Tarifvertrag enthält juristisch privatrechtliche und öffentlich rechtliche Elemente. Etwas rechtlich ist vor allem der Wunsch, daß alle Gewerbegegnossen eine Art stillen Gesetzes befehlungen sollen. Sonst aber verwerfen wir jede Art öffentlichen Zwang. Gerade die freie Einigung der Parteien bedingt den hohen sozialpolitischen Wert der Tarifverträge. Darum muß die Gesetzgebung äußerster Vorsicht zeigen. Der Juristentag wird eine hohe Aufgabe erfüllen, wenn er für die Tarifverträge eine Rechtsgrundlage schafft; denn Jurisprudenz und Sozialpolitik müssen zusammengehen. (Beifall)

Das Referat zu dieser Frage hielt Privatdozent Dr. R o p p e (Marburg): Im Arbeitsvertrage, so führte er aus, bietet sich ein erster wahrer Ausweg aus den ungeheuren Schwierigkeiten des großen Komplexes der sozialen Frage. Sein eigenartiger Wert liegt in der gemeinsamen freien Initiative beider Teile zu sozialer Friedensarbeit. Bekämpft wird die gesetzliche Regelung von den Arbeitern, weil man als Folge jeder staatlichen Einmischung entweder ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse oder doch ein der Selbstverhandlung der Parteien nachteiliges Aufdrängen fremder Gedanken fürchtet oder endlich mit dem bestehenden Rechtszustand wenigstens zur Not auskommen zu können glaubt. Allein durch den gegenwärtigen Zustand größter Rechtsunsicherheit der Tarifverträge, die rechtlich gleichsam in der Luft schweben, wird Treu und Glauben ständig verletzt und die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen des Tarifvertrages auf Schritt und Tritt behindert. Die Gesetzgebung muß daher hier ihre Aufgabe erfüllen, dem sozialen Leben die nötige Form zu seiner Verwirklichung und zur Entfaltung einer kraftvollen Lebensbetätigung zu geben. Der Referent zeigte durch Aufführung der wichtigsten einschlägigen Einzelfragen, wie unklar die Rechtslage gegenwärtig ist. Die Rechtsprechung bemüht sich zwar in neuester Zeit abzuhelfen, soweit an ihr liegt. Aber sie ist reich an Widersprüchen und vor allem kann sie den gesetzgeberischen Willen niemals ersetzen. Aus dem Schweigen der Gesetze über den Tarifvertrag ergeben sich die schwierigsten Komplikationen, wie z. B. sein Verhältnis zur obligatorischen Arbeitsordnung, der er wegen ihrer gesetzlichen Priorität nachsteht, und die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen bei veränderten Konjunkturen die Aufhebung oder Abänderung des Vertrages einseitig verlangt werden kann. Es ist höchst bezeichnend, daß diese gesetzliche Regelung am dringlichsten von den Gewerbegegnern gefordert wird, die in ihrer Tätigkeit mit den üblen Folgen des jetzigen Zustandes am vertrautesten wurden. Die gesetzliche Regelung hat zur unbedingten Voraussetzung einmal die Verleihung des wirklichen vollen Koalitionsrechts an die Berufsvereine gewerblicher Arbeitgeber und Arbeiter und sodann die gesetzliche Anerkennung ihrer Rechtsfähigkeit. Gegen Mißbräuche des Koalitionsrechts soll das Gesetz natürlich reagieren, aber nicht im Wege eines Ausnahmegesetzes. Gleicher Schutz muß aber auch zu teil werden gegen Behinderung im Gebrauche des Koalitionsrechts, namentlich gegen Hinderung am Beitritt und Zwang zum Austritt, die bisher kraftlos ausgeübt werden dürfen. Ferner muß durch Aufhebung des § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung den Organisationen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Mitglieder zur Einhaltung der Tarifverträge rechtswirksam anzuhalten. Die Regelung des Tarifvertrages selbst darf keine öffentlich rechtliche Zwangsregelung sein, sondern die Schaffung eines privaten Arbeitsnormen-Rechtes auf dem Boden des privatrechtlichen Vertrages. Sie muß sich beschränken auf Befestigung aller rechtlichen Hindernisse, die der Erreichung des Tarifvertragszweckes im Wege stehen. Dabei ist an das bestehende Recht vorläufig anzuhängen, alle Anknüpfung zu vermeiden und nur dem Grundgedanken klar und ländig Ausdruck zu geben. Leitender Gesichtspunkt muß überall die absolute Freiwilligkeit der im Tarif erstrebten Verständigung sein, die das Geheimnis seiner Kraft bildet. (Beifall)

Beide Referenten legten gemeinsam folgende Resolution vor: „Der Deutsche Juristentag empfiehlt 1. wiederholt die Reform des gewerblichen Koalitionsrechts im Sinne des früheren Beschlusses (insbesondere Aufhebung §§ 152, 2 und 153 der Gewerbeordnung); 2. Befestigung der Hindernisse, die nach bürgerlichem Recht dem Erwerb der Rechtsfähigkeit durch gewerbliche Berufsvereine entgegenstehen; 3. gesetzliche Regelung des Rechts der Arbeitsverträge, in der volle Freiheit der Abschließung und Durchführung der Verträge gewährt und die Möglichkeit eröffnet wird, die Verträge bei den Gewerbegegnern öffentlich zu registrieren, und eine Frist gewährt wird, innerhalb der die Mitglieder beider Berufsvereine durch Erklärung an die Registerstelle die Tarifvertragsgemeinschaft ablehnen können.“

Aus der Frauenbewegung.

Frauenkonferenz.

Heute treten die Vertreterinnen der Genossinnen Deutschlands in Nürnberg zu wichtigen Beratungen zusammen. Die diesmalige Frauenkonferenz, die gewissermaßen ein Präliminum zum Parteitag bildet, hat eine besondere Bedeutung. Auch in Zukunft werden die Genossinnen noch zu besonderen Beratungen zusammen kommen. Einer Reihe Aufgaben und Probleme, die schwer sich einfügen lassen in den Rahmen der Parteiorganisation und -arbeit, werden die Genossinnen später wohl noch erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Es kommen hier alle die Fragen in Betracht, zu denen die Frau als Mutter in besonders intime Beziehungen steht. Dagegen wird die Organisationsfrage auf den kommenden Genossinnenversammlungen nicht mehr die bisherige Bedeutung haben. Die geforderte Frauenorganisation hört ja auf. Diesmal wird nur noch beraten über die Form der Neuorganisation. In letzter Stunde werden die Genossinnen in Bezug auf ihre Einreichung in die allgemeine Parteiorganisation nochmals ihre Wünsche äußern.

Offentlich finden sie damit bei den Genossen, die auf dem Parteitag die Entscheidung fällen, die gebotene und verdiente Würdigung. Kein einschlägiger Genosse wird die große Bedeutung der Frauenbewegung für die politische Entwicklung verkennen. Eine der Hauptaufgaben der bisherigen Frauenkonferenzen, das Organisationsproblem für taktische Maßnahmen bei der Agitations- und Organisationsarbeit, geht mit der Beschlußfassung des Parteitages über die Einreichung der Genossinnen in die sozialdemokratischen Wahlvereine auf die Parteiorganisation über. In den einschlägigen Fragen werden die Genossinnen in Zukunft mit den Genossen zusammen beraten. Und die Erfolge, die die Genossinnen trotz der widrigen Umstände dank ihrer unermüdbaren Arbeit in den letzten Jahren errungen haben, rechtfertigen wohl die Erwartung: ihr durch die Praxis gereiftes Urteil möge bei den Beschlußfassungen verständnisvolle Anerkennung finden!

Mit dem auf der Konferenz erstatteten, bereits im Druck vorliegenden Bericht der Zentralberichterstattung geben die Genossinnen an den Parteitag eine Empfehlungsorte ab, auf die sie wahrlich stolz sein können. Die Zahl der organisierten Genossinnen hat eine stattliche Zunahme erfahren; ihre Presse, die „Gleichheit“, hat ihren Leserkreis enorm erweitert; die von den Genossinnen geförderte Dienstbotenbewegung zeigt hoffnungsvolle Ansätze. Ueberall ein erfreuliches Wachen und Gedeihen!

Unter Punkt „Presse“ wird man sich auch mit der Frage des Obligatoriums für die „Gleichheit“ beschäftigen. In mehreren Wahlvereinen ist mit der Festlegung des Beitrages der Genossinnen gleichzeitig der Beschluß gefaßt worden, für die weiblichen Vereinsmitglieder die „Gleichheit“ obligatorisch einzuführen. Die Genossinnen werden jedenfalls solchem Beschluß nicht beitreten. Daß

die „Gleichheit“ der mechanischen Mittel zu ihrer Verbreitung nicht bedarf, hat sie mit ihrer Durchdringungskraft, die auf ihrer vorzüglichen Reibbarkeit beruht, bewiesen. Die „Gleichheit“ hat viele Hindernisse zu überwinden gehabt; ihren erkrankten Platz wird sie auch trotz Anfeindungen und Konkurrenzunternehmen ohne Obligatorium zu behaupten wissen. Nicht daß sie verbreitet, sondern daß sie gelesen werde, daß sie fruchtbar wirke, erfolgreich sei in der Befreiung des sozialistischen Aders, das ist ihr Ziel, ihr Zweck, ihre selbstgestellte hohe Aufgabe.

Auf eine der Hauptaufgaben, denen sich die späteren Frauenkonferenzen widmen werden, weist der Punkt der diesmaligen Tagesordnung „Die sozialistische Erziehung der Jugend“ hin. Aber auch den diesmaligen Erörterungen über diese Frage dürfte größte Beachtung zu schenken sein. In doppelter Hinsicht! Einmal wegen des Problems der Erziehung im Hause, dann aber auch im Hinblick auf das Für und Wider in der Frage der Organisation und Belehrung der schulpflichtigen, noch nicht vereinsberechtigten Jugend, zwei Wege, die zum Ziele der Erziehung des Nachwuchses zum Sozialismus dienen sollen. Soweit die Erziehung im Hause in Betracht kommt, stehen wir fast noch vor dem Anfang. Aber der Zeiten und Verhältnisse Not drängt! Die Vermutterung der Schule macht Fortschritt; da muß eine tatvolle, dem sinnlichen Gemüt sich anpassende Aufklärung im Hause als Gegengift wirksam einwirken. Welche Aufgaben hier zu lösen, welche Maßnahmen zu treffen sind, das werden die Genossinnen in ernstlichen Beratungen zu finden suchen und nachher in Ausführung der Beschlüsse segensvolle Arbeit für die Partei leisten. Und nicht nur auf die Jugend im Hause erstreckt sich der Genossinnen Sorge. Diese begleitet auch den ins Leben hinaus-tretenden Jüngling, die heranreifende Jungfrau. Zu verhüten, daß die Kinder des Proletariats verkommen, daß sie bei nützlichen Klimbimbergen ihre freie Zeit verschleudern, auch das betrachten die Genossinnen als eine Aufgabe, an deren Lösung sie hervorragend mitzuarbeiten haben. Am steht zur Entscheidung die Frage, ob man sich für selbständige Jugendorganisationen aus-sprechen soll oder nicht. So wichtig die Frauenbewegung für die Partei schon ist und noch werden wird, so bedeutungsvoll ist schließlich auch die Frage der Jugendbildung und -erziehung.

Es sind mithin Angelegenheiten von immenser Bedeutung, mit denen die Frauenkonferenz sich diesmal beschäftigt. Wir wünschen den Beratungen zum Segen der Gesamtpartei den besten Erfolg!

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

- Sieger Kreis Südost.** Montag, den 14. September, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 11.
- Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Der Lichtbildvortrag, der wegen Erkrankung des Referenten verschoben werden mußte, findet am 21. September im Deutschen Hof, Sudauer Str. 16, statt. Die Jugendabteilung hat ihre nächste Zusammenkunft am 27. September im Gewerkschaftshaus.
- Die Tolstoifeier,** welche für Sonnabend, den 12. September, im Schillertheater angelegt war, ist abgesetzt worden und bitten wir die Inhaber von Billetts, den Betrag von unserer Kassiererin Frau Klotz, Friedrichstr. 1, oder am nächsten Vereinsabend zurückzutreten zu lassen.
- Tegel.** Am Montag, den 14. September, pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Galfes, Brunowplatz, Lesabend. Anschließend daran findet eine Besprechung statt über die Fortsetzung der Lesabende und Stellungnahme zum Beschluß der Generalversammlung Groß-Berlins bezüglich des Bezahlungsbeitrags für Frauen.

Gerichts-Zeitung.

Steuerpflichtiger Gewerbebetrieb oder nicht?

Ein interessanter Steuerstreit, dessen Ausgang über den Einzel-fall hinaus von Bedeutung ist, beschäftigt jetzt das Kammergericht. Angeklagt war der bekannte Brauereidirektor Kommerzienrat Knoblauch als Vorstehender des Vereins „Versuchs- und Versuchs- und Lehrbrauerei in Plozenje, die seit 1891 in der jetzigen Form in Betrieb ist, nicht zur Gewerbesteuer angemeldet zu haben. Diese Brauerei ist mit einem heimlichen Laboratorium verbunden. Die Vereinsmitglieder erklären als Zweck des Vereins die Verbesserung des Brauereiwesens durch wissenschaftliche und praktische Forschung. Diesem Zweck soll u. a. das Laboratorium und eine Lehranstalt für Brauereigelehrten, Meister und Meister dienen, in Verbindung mit der Versuchsbrauerei. Die Vereinsmitglieder (lauter Brauereibesitzer) haben jährlich bestimmte Beiträge zu zahlen. Bei der Auflösung des Vereins darf das etwa vorhandene Vermögen nur zu einem, seinen Intentionen entsprechenden Zweck verwendet werden. — Die in der Versuchs- und Lehrbrauerei fabrizierten Biere werden im Publikum in gleicher Weise abgesetzt wie die Produkte irgend einer anderen Brauerei. Der Gewinn dient den Vereinszwecken.

Das Landgericht rechnete mit einem Dauerbetrieb, sprach aber den Angeklagten frei, weil kein Gewerbebetrieb vorliege. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft Revision ein und rügte Verkennung des Begriffs des idealen Zwecks und der Gewinnerzielung. Es stehe fest, daß das gewonnene Bier verkauft und daraus dauernd ein Gewinn erzielt werde. Das sei das Kennzeichen des Gewerbebetriebes. Demgegenüber sei es gleichgültig, ob der Gewinn den Vereinsmitgliedern zustehe oder, wie hier, dazu diene, das Laboratorium zu erhalten und Brauereilehren auszubilden. Was diese Ausbildung an sich betreffe, so sei sie nicht anders zu

behandeln wie die in vorgenannten Schiedsgerichten usw., welche Institute als Gewerbebetriebe zu betrachten seien. Ferner wäre daran zu erinnern, daß das Kammergericht z. B. den Vertrieb des „Kriegsru“ der Heilsarmee als gewerbesteuer-pflichtiges Unternehmen angesehen habe, obwohl der erzielte Gewinn gemeinnützigen Zwecken zugute kam.

Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Der Senat nahm an, daß kein Gewerbebetrieb vorliege und keine Verpflichtung zur Anmeldung bei der Steuerverwaltung bestanden habe. Nach den Feststellungen des Landgerichts, die von Rechtsirr-tum nicht beeinflusst seien, sei das Unternehmen ein solches, welches bezwecke, Versuche auf dem Gebiete des Brauereigewerbes zu machen, das Gewerbe zu fördern und daneben Brauer auszubilden. Wenn das gebraute Bier verkauft werde, so sei das nicht das Ziel des Unternehmens, nicht seine Absicht, sondern es geschehe daneben, um nicht das Bier zugrunde gehen zu lassen und um zugleich eine Kontrolle auszuüben, ob wirklich etwas in der Brauerei geleistet werde.

Revolverversteher.

Der bisher gänzlich unbekanntere Stationsarbeiter Martin Mesed aus Bögom hatte sich gestern vor der Ferienstrassammer des Landgerichts Berlin III wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Am 25. Mai d. J. abends 10 Uhr der Angeklagte mit mehreren Bekannten bis gegen 12 Uhr im Hängerräumen Lokal in Bögom und achtete. An einem Nebentische saßen die Arbeiter Schlaad und Wradle, die ganz harmlos ihr Bier tranken und nur ganz vorübergehend einen unbedeutenden Wortwechsel mit Mesed hatten. Dieser hatte nämlich dem Wradle zugeworfen, von diesem aber den Bescheid erhalten: „Wozu trinkst Du mit dem zu, da ich doch nicht zu trinken habe!“ Den Angeklagten verdroß das Duzen und er drückte diesen Verdruß durch die Worte aus: „Sie hätten doch noch nicht zusammen Schweine gehütet“, worauf der andere erwiderte, daß der Angeklagte doch genau so, wie er selber, knecht gewesen sei. Damit war die Sache erledigt. Man trank in aller Ruhe weiter, etwas Unruhe entstand erst, als Mesed seinen Tischgenossen einen mit drei Scharotpatronen und einer Kugelpatrone geladenen Revolver zeigte, den er zu sich gesteckt hatte, weil er ursprünglich eine Kugelfahrt durch die Heide hatte machen wollen. Der Wirt verbot sich mehrmals ernstlich dieses Schantieren mit einer Schußwaffe, und Mesed war auch so vernünftig, sie wieder einzustecken. Nach 12 Uhr verließ der Angeklagte mit zweien seiner Bekannten das Lokal, um nach Hause zu gehen, daselbst töteten auch Schlaad und Wradle, die in der dunklen Nacht sofort auf die andere Seite der Straße gingen. Sie mögen vielleicht dort einen Augenblick stehen geblieben sein, denn ein etwas ängstlicher Begleiter des Angeklagten äußerte die Befürchtung, daß die beiden etwas Böses in Schilde zu führen schienen. Kurz nachdem sich die Begleiter des Angeklagten von diesem getrennt hatten, fielen 4 Schüsse; sie waren von Mesed abgegeben worden und zwei davon hatten den Schlaad getroffen. Die Kugel war dem letzteren in den Leib gedrungen und es hatte eine Durchbohrung des Darmes stattgefunden. Der Verletzte ist nach wenigen Tagen an den Folgen der Verletzung gestorben. Die Beweisaufnahme bestätigte nicht die Darstellung des Angeklagten, daß er in Notwehr gehandelt habe. Mit Rücksicht auf die schweren Folgen, die eingetreten, beantragte der Staats-anwalt neun Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Billige Wurst.

In die Geheimnisse einer Rohwurstfabrik gestattete eine Verhandlung vor der zweiten Ferienstrassammer des Landgerichts III interessante Einblicke. Unter der Anlage des Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz mußten sich der Rohwursthändler Emil Richter, der Schlächtermeister Max Jonas und der Schlächter Robert Hei-mann vor dem Strafrichter verantworten. — Der Angeklagte Richter betreibt seit 1904 in dem Hause Charlottenburger Straße 64 in Weissensee eine Rohwurstfabrik, die er polizeilich als Rohwurst-fabrik angemeldet hatte. Hieraus wurde mit der Zeit eine einfache „Wurstfabrik“, obwohl der Angeklagte in den Jahren 1900 und 1907 für etwa 16 000 Mark Pferdefleisch verarbeitet. Im Sommer 1908 trat der Mit-angeklagte Jonas bei R. als Geselle ein. Zu dessen Obliegenheiten gehörte es in der Hauptküche, Schankwirtschaften anzuführen und hier Befestigungen auf die sehr billige, aber durchaus „reelle“ Wurst zu sammeln. Da dieser Vertrieb sich sehr gut rentierte und viele hundert Zentner prima „Dattelhäuser“ in die Berliner Schank-wirtschaften wanderten, machte sich Jonas selbständig. An seine Stelle trat der Angeklagte Hermann, der nun seinerseits dafür sorgte, daß das Fleisch manches Schlachthofes zum Vorkaufsmittel wurde. Dieser samstags Betrieb währte lange Zeit, ehe endlich die Aufdeckung dieser unsauberen Manipulationen erfolgte. Gegen alle drei wurde Anklage wegen Betruges und Nahrungsmittelvergehens erhoben. Das Schwurgericht nahm nur das letztere Verbrechen als vorliegend an und erkannte gegen Richter auf zwei Monate Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, gegen Jonas auf 800 M. und gegen Heimann auf 100 M. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein, ebenso auch die Angeklagten Richter und Jonas. Die mehrstündige Verhandlung endete mit der Verwerfung der Berufung der Staats-anwaltschaft. Gegen Richter wurde die Verhandlung vertagt, da noch neue Verweisanträge von der Verteidigung gestellt wurden. Die Berufung des Jonas wurde ebenfalls verworfen.

Vermischtes.

Ein schweres Autounfall

ereignete sich gestern auf der Straße zwischen Gupen und Montjole. Der Benzindiebhaber eines Automobils, in welchem sich fünf Personen befanden, explodierte. Eine Dame und ein Knabe

wurden auf der Stelle getötet, während die drei übrigen Insassen schwere Verletzungen davontrugen.

Häufig bezahlte Vertrauensstellung.

Bei der Firma Gehe u. Co., Aktiengesellschaft, in Dresden sind bedeutende Unterschlagungen entdeckt worden. Sie belaufen sich bis jetzt auf etwa 18 000 Mark. Als Defraudant kommt der als Goldbisponant bei der Firma angestellte Handlungsgehilfe Söh aus Dresden in Betracht, der bereits verhaftet worden ist. Er hat in dieser Vertrauensstellung über die überseeischen Güter falsche Sollquittungen angefertigt und zur Zahlung an der Kasse präsentiert, bis die Zollbehörde Verdacht schöpfte und bei der Firma vorstellig wurde. Söh ist verheiratet und Vater eines Kindes. Er bezog allerdings in seiner Vertrauens-stellung nur ein Monatsgehalt von 150 Mark.

Durchstechereien im Gefängnis.

Während einer Strafkammerverhandlung in Frankfurt a. M. am gestrigen Tage wurden Durchstechereien im Gerichtsgefängnis konstatiert. Der Gefängnisaufseher Karl Müller wurde wegen umfangreicher Durchstechereien verhaftet. Auch während der Verhandlung wurden zwei Personen aus dem Publikum verhaftet.

Eisenbahnunglück.

Ein Eisenbahnzug der Linie Kanada—Pacifie fuhrte gestern bei White River im Staate Ontario in einen Abgrund. Der Lokomotivführer wurde tödlich verletzt.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer zu Nixdorf-Brig. Sonnabend, den 12. September, abends 9 Uhr, bei Hoppe, Hermannstr. 49; Vereinsversammlung.

Freie Jugendorganisation Berlin. Abt. 13. Sonnabend, den 12. September, abends 8 Uhr, bei Biedemeyer, Schwedter Straße 29, Ode-Kastanienallee; Versammlung.

Eingegangene Druckschriften.

- Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 50. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Der Nürnberger Parteitag. — Zum Parteitag. Von H. Kautsky. — Ein Arbeiter über die Budgetbewilligung. Von Konrad Lang, Schreiner, Schillerstr. (Rudolstadt). — Zur Reichstagswahlreform. Von Heinrich Ströbel. — Die Landtagswahlen im Ruhrgebiet. Ein Beitrag zur Beurteilung unserer Wahlpolitik gegenüber dem Zentrum. Von Max König (Dortmund). — Gerichtsbarkeit für Söllingen. Eine Erwiderung von G. Gardt (Söllingen). — Zwei Jahre Arbeiterbildung. Von Heinrich Schulz. — Die Parteikasse. Von Parteisekretär Heinrich Knauf (Strasbourg). — Sozialdemokratie und Konsumvereine. Von Hermann Fleischer. — Die Entlohnung von Partei und Gewerkschaften. Von Eugen Vroger. — Literarische Rundschau: Gewandheitskalendar der 1900. Von Dr. med. W. Wagner, Genua a. M. Ferdinand Tönnies. Die Entwicklung der sozialen Frage. Von J. Kersch. — Notizen: Parteikasse und Arbeiterkassen. Von Andreas Strohm. Zeitschriftenschau. Von Oda Zerda, Rom.
- Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Postexpeditoren zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.
- Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.
- Dem „Nürnberger Parteitag“ ist die in den nächsten Tagen erscheinende Nummer des „Wahren Jacob“ gewidmet. Das kommt in dem farbigen Titelbild „Gleichzeit Nürnberg“ zum Ausdruck, wie in dem Begrüßungsheft „Zum Parteitag“ und den farbigen Hefttiteln „Nürnberg“, „Eine Parteitagsszene“ und noch mehreren anderen Beilagen. Sodann bringt die Nummer eine photographische Aufnahme von „Jugoslawen“ (Gardisten) mit begleitendem Text von Paul Jirsek, ferner das farbige Bild „Zur Reichstagswahlreform“ und die Illustrationen „Nach dem Reichstagswahltag“, „Der arme Mann“, „Momentaufnahmen aus dem deutschen Reichstage“, „Der Ausgang des Eulenburg-Prozesses“, „Der Zeitungsjäger“ (mit Gedicht), „Des Hauptmanns von Köpenick Saat und Ernte“, „Dann allerdings“, „Erfahrungsgemäß“, „Wohltäter“, „Der Sohn“, „Nichtanwendung“, „Meinungsverschiedenheit“, „Beibehalten“, „Das gute Beispiel“, „Der Patriot“, „Von Zeit-beiträgen“ erwähnen wir noch die Gedichte „Hohes Jolitt“, „Die neuen Steuern“, „Reiches Wintermädchen“, „Der deutsche Wald“, „Düsselborcker Kanäle“, „Für angehende Lehrer“. Der Preis des 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.
- Protokoll vom 4. Verbandstage der Buch- und Steinbrucker-Gesell-schaften. 219 Seiten. Selbstverlag.
- Die Kurierfreiheit. Zeitschrift. Herausgeber: Vorstand des Deutschen Vereins der Naturheilkundigen. 80 Pf. — Selbstverlag; Berlin O. 25.
- Wahlleiter. Wie schützt sich der Kapitalist vor Verlusten an der Börse? Herausgeber: H. Schreiber. Deutsche Verlagsanstalt „Patria“, Berlin, Wilhelmstr. 36b. Preis 3 M.
- Es werde Licht! Monatsblätter zur Wahrung freireligiöser Interessen an allen Gebieten. Verlag O. Th. Scholl, München. Preis pro Heft 40 Pf.
- Das Glaubensbuch. Hochschrift. Herausgegeben von H. Nagenstein und H. Nagenstein. „Concordia“, Deutsche Verlagsanstalt, H. Hof in Berlin W. 30. 30 Pf.
- Bericht der I. I. Gewerkschaften über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1907. 407 Seiten. Verlag der I. I. Hof- und Staatsbruderei in Wien.
- Wie sie leben an des Thrones Stufen. Indiskretionen eines Augenzeugen. 126 Seiten. Verlag „Goldworte“ in Zürich.
- Dokumente des Fortschritts. 9. Heft. 1 M. Verlag G. Reimer, Berlin W. 35.
- Strandbesuche der weiteren Umgebung von Berlin. Verlag Geogr. Institut Jul. Straube, Berlin SW. 13. 1 M.
- Antiker Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch; Futur reichlich. Geschäft reg, Preise für Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Bild: Futur genügend, Geschäft lebhaft, Preise etwas nachgebend. Geflügel: Futur reichlich, Geschäft schleppend, Preise nachgebend. Bische: Futur genügend, Geschäft matt, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Futur den Bedarf deckend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Feste Preise

Wegen baulicher Änderung auf Verfügung der Feuerpolizei.

Grosser Ausverkauf.

Deutsche u. Perser Teppiche, Portieren, Tüllbettdecken, Gardinen, Steppdecken, Stores, Diwanddecken, Läuferstoffe, Tischdecken, Felle, Kissen, Vorlagen, chinesische Paravents u. Matten

Sämtliche Waren sind fast bis zur Hälfte des Preises herabgesetzt.

Die Ausverkaufs-Preise sind neben den früheren deutlich vermerkt.

Teppich-Haus B. Hurwitz Rotes Schloss

vis-à-vis dem National-Denkmal.

Parterre und I. Etage.

Gegründet 1894

Gegründet 1894

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

vorm. Fingot & Co.
Berlin C., No. 33, König-Strasse

Eröffnung:
Sonnabend, den 12. September
Es kommen Modewaren, bestehend aus
hauptsächlich Gelegenheitsposten zu bisher
noch nicht gekannt billigen
Preisen zum Verkauf.

6 Monats-Garderoben-Haus
6 Prinzenstraße 6

Die schönsten
Herren-Sommer-Paletots und -Anzüge
in getragener, speziell Monats-Garderobe.
Von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede
Figur passend, speziell Bauchanzüge, sind in großer
Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben
im Laden **Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.**
Hochbahnstation: Prinzenstraße.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Fritz Wilkes Festsäle 500 Personen fassend, großartige Bühne, voll-
ständig neu renoviert, 19. Sept., 3. u. 24. Okt.
sowie mehrere Sonnabende und Sonntage in
beliebigen und nützlichsten Jahren unter kulantesten Bedingungen noch zu be-
fragen. **Brunnenstr. 188, am Rolent. Str. III. 4835. 41422***

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurter Str. 136.

Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen ge-
öffneten Sonder-Abteilungen für Damen
und Herren.
**2 Wannenbäder mit je 2 Hand-
tüchern 75 Pf. (40 Minuten Badedzeit)**

Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

2. Ziehung 3. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 10. September 1908, vormittags.
Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigelegt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

182 250 414 516 75 84 [300] 721 871 933 1043 59 100
884 585 90 739 94 929 59 80 2094 7 89 387 [300] 482 701
48 857 3064 109 78 [300] 74 [1000] 210 290 19 433-500
604 75 775 92 975 42025 188 41 225 219 25 94 569 56 [300]
871 85 815 5677 194 245 649 856 6456 909 7199 [300]
354 486 733 97 979 8018 616 [400] 834 9149 246 476 533
622 706 40 83

10234 300 819 751 852 11028 81 47 784 830 12170
[500] 474 89 670 723 12125 841 89 14267 433 73 89 639
15613 830 762 929 16215 182 270 506 601 15 809 40
17023 70 501 678 779 973 18339 929 59 98 19264 512
[500] 18 86 603 732 805

20007 184 941 77 90 533 678 795 21627 87 22307
93 317 99 439 612 51 56 95 709 945 70 90 23218 506
803 [300] 901 12 24133 307 485 731 89 829 70 95 77
25019 90 538 605 729 67 870 906 26188 215 16 85 [300]
599 680 730 27145 864 81 416 719 73 851 69 89 819 21
28181 323 86 636 47 29913 48 114 323 400 500 670 773
842 48

30009 23 55 61 129 315 445 870 97 31408 78 589
633 32069 208 427 36 33084 852 77 34116 288 584 86
680 703 19 24 809 874 35024 72 112 [300] 831 967 30613
121 323 506 700 19 810 64 96 37065 83 551 74 38125 246
390 633 700 39 39207 477 648 743 949 [300]

40001 138 360 53 570 812 83 333 895 918 41179 254
559 814 42046 131 508 94 874 589 43012 145 624 97
799 84 856 929 99 44317 88 215 87 820 871 964 65 45126
330 605 46904 84 252 435 573 603 891 21 59 533 88 47306
839 83 705 9 826 48018 88 154 417 610 59 85 829 932 66
48961 88 186 819 39 511 [300] 43 609 774 937

50244 566 508 61 [300] 812 51011 60 288 417 800 80
85 22 773 892 52165 238 289 [800] 553 45 619 50 897 947
53012 20 147 799 333 [400] 34 45 438 34 [400] 47 512
85 824 54087 [300] 399 392 454 510 975 55157 257 325
483 516 619 875 913 56154 480 672 78 906 57101 329 82
323 600 913 58148 306 412 [300] 15 27 890 867 738 47 907
42 59053 60 91 130 [400] 63 214 43 747 [400] 896 55 97
60100 328 [300] 880 425 84 671 875 981 61286 541
72 720 62135 250 81 416 35 97 735 70 941 63383 598
683 752 61 64016 59 [300] 393 53 417 80 64 65157 60 73
364 [300] 325 504 [300] 970 66348 587 892 906 9 21 67041
300 322 33 55 57 477 91 543 616 65 68104 326 412 13 84
649 806 69126 269 89 419 602 37

70104 250 482 516 84 888 71008 58 240 378 505 877
730 814 904 10 72076 96 122 52 553 405 596 607 89 706
850 89 829 44 73062 71 42570 829 47 819 50 [300] 74259
77 97 486 525 83 834 75007 137 30 288 894 948 76043
78 141 250 329 43 524 75 635 897 77070 405 88 839 723
78146 258 97 406 [300] 26 541 77929 33 315 78 82
431 58 692 133 983

80208 200 603 744 818 986 81140 505 887 82007 633
794 83129 87 89 257 87 99 555 611 727 89 829 828 84821
324 85123 238 73 231 541 638 921 38 86100 960 87151
90 264 483 560 [400] 819 915 62 88111 214 68 81 764
97 810 39 89189 257 95 206 94 458 621 89 881

90208 75 600 24 91096 126 207 45 79 831 644 861
92208 64 92 856 674 93136 63 483 645 750 [300] 976
94134 373 570 869 643 62 78 98 937 95036 76 212 [300]
482 100 907] 526 616 [300] 63 793 94 903 27 96158 670 746
805 805 907 526 616 [300] 63 793 94 903 27 96158 670 746
923 128454 931 129195 298 740 804 960

100208 44 487 822 978 101028 57 240 582 711 869
102199 331 402 83 625 31 813 86 103009 194 443 665
822 37 71 904 39 104033 174 480 562 90 690 892 946
1051005 87 257 504 589 106664 66 139 81 270 402 503
17 864 936 107021 [800] 254 894 104 108615 [400] 711
832 11 873 [300] 109495 769 804 980

110141 296 891 90 740 50 110660 286 605 65 88
886 113202 110 [300] 27 288 62 485 99 525 609 86 782
94134 373 570 869 643 62 78 98 937 95036 76 212 [300]
202 82 674 29 72 762 809 88 126180 219 73 99 311 63
443 68 671 715 822 127023 193 [300] 232 497 874 [300]
923 128454 931 129195 298 740 804 960

130208 588 671 827 [300] 72 131012 [300] 56 143
[300] 52 243 787 132000 67 70 815 72 133016 85 230
68 498 666 723 823 864 134004 61 134 [300] 85 200 589
606 89 750 135172 [300] 397 89 481 [400] 511 650 786
888 136093 200 60 84 967 757 500 71 [300] 137037
102 887 640 98 708 30 63 138011 66 482 690 738 800
139107 382 469 46 80 809 633 764 [300] 822 35 300

140780 982 141075 802 847 789 954 85 142064 144
308 438 603 870 143019 853 144094 189 337 490 [800]
145005 190 200 18 407 78 624 801 917 146100 477 894
83 770 147661 [400] 402 503 623 736 83 809 148056
[800] 148 527 493 653 732 809 149289 551 247 713

150208 854 [400] 481 82 [300] 584 665 918 83
151377 482 626 [300] 152729 329 503 79 94 714 647 81
902 65 153053 156 238 374 573 94 831 49 154250 56
319 [300] 646 60 73 737 155019 55 58 155 353 86 403
[300] 302 94 734 [400] 156189 810 26 766 76 157060
318 459 87 50 680 [1000] 730 83 829 890 158388 53
159073 471 [300] 512 611 66 [300] 751 860 970

160007 15 26 183 65 232 853 161030 32 106 17
298 237 32 72 610 723 162320 563 344 757 911 [300] 982
163095 274 484 [300] 624 [3000] 781 506 164145 65 283
428 645 84 912 38 165005 212 55 62 481 504 27 54 897
166044 63 158 226 82 261 455 [300] 788 94 167129
308 81 573 619 59 168050 354 494 518 613 810 11
169149 299 49 79 91 312 14 35 [300] 174 444 [400] 549 683
99 777 832

170065 188 791 889 [300] 171065 223 25 320 404
67 514 827 847 71 172022 365 956 815 21 173055 91
409 507 82 615 174113 236 733 840 175012 35 81 85
120 80 227 485 176040 48 644 53 774 804 947 177006
61 68 258 81 93 423 63 682 817 90 178149 [1000] 309
302 468 [1000] 72 628 179097 828 988 98

180161 320 87 816 24 749 928 29 45 74 [300]
181232 371 76 445 506 749 874 923 89 182015 228 417
196205 870 820 78 [300] 93 183304 42 794 906 184311
428 513 24 764 185500 [300] 94 503 74 791 859 97 908
186000 292 430 548 853 [300] 187122 444 58 784 831
981 188123 47 221 351 220 789 189142 501 310 626
[300] 782

190002 188 885 408 [300] 644 708 51 [300] 810 96
840 65 78 191145 483 91 512 82 690 810 192204 335 547
628 94 715 892 975 94 193092 224 551 815 194122
238 377 585 720 854 900 195049 83 168 219 82 218 96
467 70 870 747 70 865 196327 445 74 197001 298
286 605 709 902 198132 304 478 923 551 600 30 63
861 994 199242 49 454 82 500 19 51 61 683 908

200243 325 [300] 32 509 899 54 960 511 201179
918 308 508 59 89 720 30 877 202600 316 45 203107
312 461 77 611 822 45 204022 241 623 741 96 890 51
205156 288 446 317 803 206223 812 37 207417 42
69 611 66 85 960 39 208072 129 679 98 823 28 819 13
209545 [300] 740 [300] 69 [300] 801 908

210781 211022 42 102 63 287 403 68 872 98 954
[400] 212077 142 217 24 386 421 608 800 [400] 915 28
[400] 56 213060 179 501 790 79 881 214002 368 71 486
532 647 68 707 825 215327 [300] 47 39 402 615 90
216250 58 882 927 217198 259 315 501 54 848 804 6
8 218265 203 4 286 994 219080 277 413 88 637

220166 89 582 741 53 56 905 221182 30 375 429
224074 819 222081 266 76 983 223007 284 786 808 67
224074 819 [400] 433 611 54 782 906 225148 201 377
91 421 641 509 66 [400] 226021 41 445 51 71 [300]
227214 550 568 [300] 703 41 51 83 233 91 228041
57 63 250 284 487 801 570 229105 429 819

230205 45 266 [300] 328 [1000] 694 818
181 84 226 204 66 494 862 [300] 953 232172 320 25 51
72 597 233048 69 821 801 234225 [300] 62 290 428
62 441 71 674 [400] 94 730 800 235061 94 128 335 32
64 436 78 94 734 800 236004 158 430 532 629 717
237004 85 206 480 238096 509 804 69 909 [300] 238043
49 280 532 14 621 907 239064 168 716 306 70 92 701 973

240000 518 870 992 241289 421 87 670 992 242306
182 328 37 500 472 992 243047 78 506 91 455 244713
24 86 809 326 93 245162 9 36 75 88 289 289 453 731
810 39 246049 314 588 648 784 924 42 [300] 247007
560 374 608 709 38 11 248080 480 989 249193 243
475 [300] 920

250123 [300] 29 740 94 251120 215 364 99 530
258 900 924 25 78 252266 75 91 213 689 70 16 866 22
253004 100 [400] 387 527 789 800 800 254076 144 254
303 434 56 582 819 261 255002 38 108 26 370 324 717
308 861 943 65 256191 57 89 769 416 71 503 [300] 600
732 833 897 257505 267 201 45 87 84 [300] 93 282 518
258107 610 11 59 259072 [400] 128 716 90 230 54
641 775 [300]

260119 [300] 702 261015 120 262287 [300] 268
282 26353 557 78 821 63 78 264012 148 68 57 603 26
265270 385 450 611 702 800 36 266012 132 89 85 291
267 64 84 476 520 696 777 919 267026 189 529 793 891
268014 [300] 71 313 429 612 269006 90 115 240 75
64 820

270121 292 394 404 [300] 582 618 746 82 822 97
271054 737 272111 40 542 91 720 824 80 918 273064
[400] 140 77 228 341 527 647 820 274256 849 58 67
98 300 275025 412 63 98 852 276021 102 42 360 53
70 602 532 894 277184 [300] 94 [300] 387 450 504 77
619 816 278083 105 354 248 94 619 980 279007 223
894 869

280176 643 771 803 4 23 281120 566 608 613 48
282 2833 83 278 439 878 816 28 75 283027 83 129 85 216
481 284243 48 511 37 57 629 742 820 285022 140 46
85 366 828 899 286111 87 510 627 760 287248 86 309
420 99 528 629 740

2. Ziehung 3. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 10. September 1908, nachmittags.
Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigelegt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

123 85 90 325 346 690 93 775 937 1000 107 436 522 89
[300] 608 52 [400] 780 877 [300] 2098 104 37 64 282 437
691 731 973 3019 24 204 329 623 41 45 4014 124 836 917
64 [300] 85 87 582 406 815 806 6188 294 413 515 57 709
77 961 7044 81 91 164 208 44 350 97 463 80 507 84 820
778 840 818 22 23 [300] 47 8109 288 387 91 714 947 [1000]
9175 285 645 54 935

10056 306 491 977 691 726 77 870 11104 238 325
632 79 85 86 12032 102 24 26 43 639 13166 247 96 633
58 709 817 92 14006 56 126 97 97 729 89 15008 54 213
512 16087 119 237 [100] 68 97 407 60 815 904 53 49
17098 256 [300] 98 313 [400] 53 889 [300] 18073 89 531 30
837 19262 86 90 420 621 [300] 56 704 591
20096 226 74 409 812 74 91 905 21168 89 338 63
215 615 70 72 22409 729 868 953 23913 89 404 977 732
914 [300] 21 24062 [300] 73 126 303 322 60 404 977 732
94 812 29 25381 411 69 588 26047 219 421 34 730 927
27038 68 81 170 [300] 453 28045 22 231 34 73 202 422
69 710 961 21 [300] 84 29005 105 67 77 317 423 809 69
310 048 82 180 284 486 613 87 41 830 822 70 94
31204 269 483 556 624 750 91 980 32014 45 79 81 652
95 485 708 42 33056 156 240 91 940 914 90 34429 426 162
720 84 835 311 35141 224 [300] 68 [300] 492 81 547 706
36221 [300] 53 419 582 822 59 74 774 901 37303 419 29
648 816 34 72 [300] 38011 106 298 329 414 [300] 609 774
609 [300] 39149 413 909 727

41029 245 465 84 [300] 85 511 885 854 958 22 949
41221 91 302 35 63 379 430 550 610 30 728 849 22 940
42026 44 181 90 265 509 630 701 801 43135 [300] 531 758
70 804 984 44167 349 432 60 687 649 455169 459 565 [300]
768 935 48 46305 626 814 903 45 [300] 65 47386 482 848
81 915 29 48 48297 744 930 49283 448 56 516 54 698
773 851 949 77 995

50204 489 554 607 25 728 51425 412 708 889 960
52000 41 181 90 265 509 630 701 801 43135 [300] 531 758
531 532 592 853 75 55113 77 73 238 423 707 [300] 94 882
541 56507 289 57221 56309 24 412 84 596 633 797 600
59101 83 170 82 231 45 310 87 483 530

60083 412 616 64 61271 73 85 469 885 946 62029
61 200 58 427 616 67 740 [400] 72 63003 507 420 48 95
671 99 64223 32 115 [400] 97 969 65030 962 455 66896
671 98 730 938 [300] 90 67051 83 156 93 221 509 89 609
717 922 57 68120 73 815 796 69028 43 411 654 [300] 794
802 9205

70208 296 635 900 19 71227 244 756 97 72066 214
238 411 18 31 64 600 733 54 73148 203 221 704 500 74263
87 [300] 200 424 74 802 93 640 48 [400] 216 981 79011
739 78213 228 781 956 71 98

80118 310 325 599 60 26 965 81480 850 983 82073
837 890 83019 [300] 91 191 334 95 84018 267 28 62 649
789 807 803 81 87034 670 781 824 949 88173 208 20 241
727 789 605 81 87034 670 781 824 949 88173 208 20 241
445 625 565 686 631 [300] 89304 549 89

90302 11 80 533 901 841 63 91099 223 80 482

Stadtverordneten-Versammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 10. September, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Stadttrat Friedel zeigt an, daß er nach Ablauf seiner jetzigen Wahlperiode wegen vorgeschrittenen Alters auf eine etwaige Wiederwahl verzichtet.

Zunächst erfolgen noch einige Ersatzwahlen — an Stelle des verstorbenen Stadtr. Pfeiffer — in die Deputation für das Fach- und Fortbildungsschulwesen und in die Straßeneinigungsdeputation. Hier konkurriert mit der Neuen Linken die sozialfortschrittliche Gruppe; es kandidieren Rosenow und Dr. Preuß, Feuerstein und Menzel. Gewählt wird durch Zufall in das Kuratorium der Handwerkerschulen Stadtr. Goldschmidt (N. L.).

Es folgt die Beratung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion (Augustin u. Gen.):

„Die Unterzeichneten beantragen, den Magistrat zu ersuchen, die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Angestellten und Arbeiter nach beiliegenden spezialisierten Anträgen vorzunehmen und die dazu erforderlichen Mittel in den Etat 1909 einzuflechten.“

Es ist ein Antrag der liberalen Fraktion eingegangen:

„In Erwägung, daß die Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter seitens der einzelnen Verwaltungsdeputationen und des Magistrats gemäß den Gemeindefortschritten und dem Etat zu erfolgen hat, daß ferner die Versammlung erwartet, daß der Magistrat wie bisher in geeigneten Fällen das Erforderliche zu beantragen bereit sein wird, geht die Versammlung über den Antrag Augustin zur Tagesordnung über.“ (Hört! Hört!)

Stadtr. Sassenbach (Soz.): Der eben verlesene Antrag gibt mir vorweg zu einer Bemerkung Veranlassung. Unsere Anträge gehen von der Erwägung aus, daß endlich einmal etwas Einheitliches zustande kommen soll; gerade die bisherige selbständige Stellung der einzelnen Verwaltungsämter hat es verschuldet, daß nichts Einheitliches besteht, sondern im Gegenteil die aller verschiedensten Einrichtungen und Maßnahmen getroffen worden sind. Bei der Etatsberatung von 1907 haben wir die Verhältnisse der einzelnen städtischen Arbeiterkategorien bei jeder Gelegenheit zur Sprache bringen müssen, woraus sich eine Verzögerung der Beratungen ergab und uns sogar ein Vorwurf gemacht wurde. Darauf haben wir unsere heutigen Anträge beifalls gemeinsamer Erörterung derselben eingebracht. Sie müssen mir zugehen, daß es nicht wünschenswert ist, wenn innerhalb der einzelnen Kategorien der städtischen Arbeiter solche Verschiedenheiten bestehen. Wenn wirklich Fortschritte geschehen sollen, so können diese viel leichter hier im Plenum als in den einzelnen Deputationen angeregt werden. In den Deputationen fehlt die Resonanz der Öffentlichkeit (Wahl), da werden sehr viele Ausführungen gemacht, die die Herren nicht wagen würden, hier in der Öffentlichkeit zu machen. (Große Unruhe und Aufse; Sehr richtig!). In den Deputationen ist es schon vorgekommen, daß man

direkte Schweregebote

erlassen hat! Wir sind somit genötigt, an dieser Stelle die Sache zur Sprache zu bringen, wenn überhaupt eine Besserung eintreten soll. Durch unser jetziges Vorgehen wird die Sicherheit geboten, das Gewollte viel eher zu erreichen, als wenn wir auf die Deputationen verwiesen werden. Auch über die Stellung der Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben muß bei dieser Gelegenheit etwas gesagt werden. Die Arbeiter haben zu diesen Ausschüssen nur insoweit Vertrauen, als durch sie die Wünsche der Arbeiterorganisation vertreten werden. Die städtischen Arbeiter sind ja durchaus zufrieden damit, daß sie die Ausschüsse haben, aber vor die Wahl gestellt, ob sie die Arbeiterausschüsse oder die Organisation haben wollen, würden sie viel eher die Ausschüsse fallen lassen als ihre Organisation. Lediglich ist zwischen der Organisation der städtischen Arbeiter und den Arbeiterausschüssen in den einzelnen Werken kein Gegensatz vorhanden. Was wir Ihnen unterbreiten, ist auch nicht eine Vorlage der sozialdemokratischen Fraktion allein, sondern auch eine solche der städtischen Arbeiter, denn wir haben sie mit ihnen durchgearbeitet. Also nehmen Sie nicht den heute eben verlesenen Antrag an, sondern den unsrigen. Soll etwas für die Arbeiter durchgesetzt werden, dann liegt die Notwendigkeit vor, es hier zu tun. Im vorigen Jahre sind die Anträge der städtischen Arbeiter in ungefähre derselben Fassung auch beim Magistrat eingereicht worden. Der Oberbürgermeister hat erwidert, daß der Magistrat nicht in der Lage sei, zurzeit in eine erneute Prüfung einzutreten. Darum haben wir unsere Anträge diesmal so zeitig eingebracht, daß sie schon vor dem Etat verhandelt und beim Etat berücksichtigt werden können. Ich bitte Sie also, diese unsere Anträge nicht zurückzustellen, sondern sie wohlwollend und im Interesse der einzelnen Arbeiterkategorien zu behandeln. Unsere erste Spezialforderung ist die

Verkürzung der Arbeitszeit.

eine Forderung von höchster sozialer Wichtigkeit, über die zudem alle kompetenten Personen einig sind. Was wir hier verlangen, ist ja teilweise auch schon eingeführt. Die achtstündige Arbeitszeit besteht zum Beispiel schon in den städtischen Gasanstalten; in der Straßeneinigung ist der Neunstundentag durchgeführt. In anderen Betrieben scheiterte die Einführung des neunstündigen Arbeitstages nur an der Erwägung, daß eine Verwaltung nicht für sich allein vorgeben könne; ein Grund mehr für uns, diese Angelegenheit hier einheitlich zur Erledigung zu bringen. Daß einzelne Betriebe nicht ohne weiteres die Einführung des Neunstundentages zulassen, geben wir zu und statuieren auch in unserem Antrage für die Badeanstalten usw. die erforderlichen Ausnahmen. Im allgemeinen gilt ja auch sonst in Berlin so ziemlich durchweg der neunstündige Arbeitstag. In den Pflegeanstalten und Krankenhäusern verlangen wir den

Fortfall des Logiszwanges.

Dieser Zwang wirkt allmählich sehr unangenehm auf die Leute ein; sie werden dadurch in jeder Weise beschränkt und beeinträchtigt — auf die Forderung der Abschaffung des Logiszwanges haben wir verzichtet. Wir fordern ferner Erhöhung der Bezüge und Löhne und die Einführung eines Wochenlohnes an Stelle des Tages- oder Stundenlohnes unter Zugrundelegung eines

Tageslohnes von 4 M.

Der Betrag von 4 M. deckt bei den so unvernünftig gestiegenen Preisen aller Lebensmittel lange nicht mehr das, was früher mit 3,50 M. gedeckt werden konnte. Die einzelnen Lohn erhöhungen haben wir sehr bescheiden bemessen; die Erhöhung beträgt durchschnittlich nicht mehr als 25 Pf. pro Tag oder 6 bis 7 Proz. Verschiedene Kommunen sind auf diesem Gebiete bahnbrechend vorgegangen. Charlottenburg hat im März vorigen Jahres 7 1/2 Proz. Teuerungszulage gegeben, München ähnlich; auch die bayerische Kammer hat für die Staatsarbeiter in gleicher Weise Stellung genommen. Unser Räumlicher hat solchen Anregungen gegenüber immer auf die dauernde Erhöhung der Etatssummen hingewiesen. Diese sind aber in der Hauptsache auf die Vermehrung der Zahl der städtischen Arbeiter zurückzuführen. Das Verlangen der Einführung eines Wochenlohnes wird ja fast unumwunden, aber durchführbar ist; das Vorgehen der bayerischen Kammer, sowie der Kommunen Wyzdorf, Mannheim, Frankfurt und anderer zeigt, daß man auch die Forderung bezahlen kann, ohne daß dabei ein berechtigtes Interesse verletzt wird. Wir fordern weiter die durchgehende

Befreiung fünfjähriger Lohnperioden mit jährlicher Steigerung!

Heute haben wir die allernotwendigsten Etaten, an deren Stelle wir Ihnen eine einheitliche Etate vorschlagen, deren Steigerung ebenfalls sehr bescheiden ist und bei Zugrundelegung des Neunstundentages eine Erhöhung des Stundenlohnes um 1 1/2, höchstens 2 1/2 Pfennig bedeutet. Die letzte Forderung betrifft die Regelung der Überstundenbezahlung, die jetzt ebenfalls in der buntesten Weise, in jeder Deputation verschieden erfolgt. Im allgemeinen fordern wir, wo irgend möglich, die Vermeidung der Überstunden; wenn eine höhere Bezahlung der Überstunden vorgeschrieben ist, werden sich viele Überstunden als überflüssig erweisen. Soviel im einzelnen. Ueber die Pflicht einer großen Kommune, Sozialpolitik zu treiben, will ich keinen langen Vortrag halten. Jedenfalls hat sich auch der prinzipielle Standpunkt der städtischen Behörden gegen die Zeit vor 1894 immerhin geändert. Daß der Standpunkt unrichtig ist, daß die Stadt ihren Arbeitern gegenüber nicht anders steht, wie jeder private Arbeitgeber auch, wird wohl kaum noch geleugnet werden können. Trotzdem kommt Prof. Adolf Wagner in Straßburg vor noch nicht langer Zeit seinen bekannten Ausspruch: „Berlin ist sozialpolitisch die rückständigste Stadt der Welt.“ Beweisen Sie durch Annahme unseres Antrages, daß es anders geworden ist. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtr. Brinow (N. L.): Ich habe Sie zu bitten, den Antrag abzulehnen, bezu. über ihn zur Tagesordnung überzugehen. Es ist ganz unmöglich, im Plenum diese Hunderte von Lohn erhöhungsanträgen zu prüfen. In den einzelnen Deputationen bietet sich ja immer noch Zeit und Gelegenheit dazu. Tatsächlich wird dort die Frage der Lohn erhöhungen für die Arbeiter auch jetzt schon dauernd erwogen.

Der Antrag trägt den Zuständen in der Privatindustrie und im Gewerbe überhaupt nicht Rechnung.

Dort sind die Lohnverhältnisse vielfach durch Tarifverträge geregelt worden. In den heutigen Zeiten schlechter Konjunktur aber bieten sich z. B. im Baugewerbe Arbeitskräfte unter dem Tariflohn von 5 Pfennig pro Stunde an. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit ist auch nicht durchführbar. Die Arbeiterausschüsse haben heute in den Augen vieler Arbeiter eigentlich nur noch die Aufgabe, darauf zu achten, daß recht hohe Forderungen gestellt werden. Ich bitte daher, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Stadtr. Dr. Preuß (Soz.-fortf.): Der Vorredner hat eigentlich nur für Ausschüßberatung plädiert. So gewiss man nicht positiv über diese Menge von Einzelanträgen im Plenum zum Schluß kommen kann, so wenig kann man dies negativ, und der Uebergang zur Tagesordnung ist negative Stellungnahme. Hätten wir im Herbst allgemeine Wahlen, so würde übrigens vielleicht doch eine Ausschüßberatung zugelassen werden. (Weiterkeit und Hört! Hört!) Gewiss ist die städtische Verwaltung Sache der Verwaltungsdeputationen und des Magistrats; aber mit einer solchen Generalisierung wird die Stadtverordnetenversammlung völlig ausgeschaltet. (Sehr gut.) Jetzt verweist man auf die Etatsberatung, dort sei der Platz für diese Erörterungen. Tatsächlich kann ich aus vierzehnjähriger Praxis bezugen, daß man von den Etatsberatungen alle solche inkrustierten Materien tunlichst fern zu halten bemüht ist. Hier wird nun Gelegenheit geboten, die Sache außerhalb des Etats gründlich zu erörtern und da antworten Sie mit dem Antrage auf Uebergang zur Tagesordnung! Diese Materie hier ist doch noch viel schwächer als die der Beamtenbesoldungen. Eine völlige Gleichförmigkeit in den Bezügen und Lohnjahren fordern ja auch die Antragsteller selbst nicht; dennoch wollen Sie nicht prüfen, sondern cavalieren zur Tagesordnung übergehen. Es wird damit geradezu der Vorwurf weggerufen, daß Sie nicht wissen wollen, wie die Dinge liegen, daß Sie eine Unterdrückung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen gürdeweisen, daß Sie ein näheres Eingehen auf diese Dinge vermeiden möchten. Der Magistrat wird sicher nicht unangenehm davon berührt sein, wenn eine solche Prüfung eintritt. In jedem Falle wäre das Richtige, die Anträge gründlich und ausgiebig in einem Ausschüß zu erörtern.

Stadtr. Rosenow (N. L.): Wir haben den lebhaften Wunsch, daß Arbeitszeit und Arbeitslohn so geregelt werden, daß die städtischen Arbeiter gut gestellt sind; wir erwarten deshalb von den Deputationen eine gründliche Prüfung der Anträge nach diesen beiden Seiten und erwarten auch von dem Magistrat, daß er den Vorschlägen der Deputationen auf diesem Gebiete folgt, ja ihnen eventuell auch direkte Leistungen gibt. Im übrigen sind auch wir für den Uebergang zur Tagesordnung. Es handelt sich hier um Anträge aus der Versammlung, die in ihrem Umfang gar nicht zu übersehen sind. (Lebhafte Widerspruch.) Hier hat der Magistrat die Initiative. In den Arbeiterausschüssen scheinen die Antragsteller doch nicht mehr das volle Vertrauen zu haben (Widerspruch), hier es doch, das Vertrauen bestände nur noch insoweit, als die Arbeiterausschüsse die Wünsche der Organisation vertreten. Die Gleichmäßigkeit der Entlohnung erscheint keineswegs als ein vor allem erstrebenswertes Ziel; es wird in den verschiedenen Beschäftigungsweigen notwendig verschiedene Lohnhöhen und Arbeitszeiten geben müssen; da wird immer den Verwaltungsdeputationen bei den Vorschlägen das letzte Wort bleiben. Die Gasverwaltung hat ja den Achtstundentag, die Reichhofverwaltung den Neunstundentag durchgeführt; die Dinge bessern sich also auf diesem Gebiete stetig; nur muß man da etwas Geduld haben. Der Ausschüß der diese Anträge zur Prüfung bestände, würde seinen Weg doch wieder über jede einzelne Deputation zu nehmen haben (Zurufe). Man darf doch auch die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes nicht übersehen: in dieser Beziehung ist vielleicht kein Augenblick so ungünstig für den Antrag gewählt, wie der jetzige, wo ganz offen die Frage der Lohnherabsetzungen ventiliert wird (Erneute Zurufe und Unterbrechungen). Gewiss sind die Lebensmittelpreise sehr gestiegen; das geht zu. Unsere Freunde in den Deputationen werden sich in der Richtung der Anträge alle Mühe geben. Die Anträge können dahin wirken, in der Arbeiterschaft im Falle ihrer Nichterfüllung eine tiefgehende Verbitterung hervorzurufen. In die Details hier einzutreten, kann keine fruchtbringende Arbeit sein.

Oberbürgermeister Kirschner: Wir haben alle das Interesse, unsere Arbeiter so zu stellen, daß sie zufrieden sein können. Ist der durch den Antrag vorgeschlagene Weg der richtige zur Herbeiführung eines solchen Zustandes? Nach dem Antrag soll die Stadtverordnetenversammlung in erster Reihe nicht nur die allgemeinen Grundsätze der Lohnregelung gegenüber der Arbeiterschaft feststellen, sondern auch die Gehaltsregelung bis ins Detail durchführen und dem Magistrat nur die demnächstige Stellungnahme dazu überlassen. Diesen Weg halte ich für höchst bedenklich; der Antrag stellt das Verhältnis der beiden städtischen Behörden auf den Kopf. Die verwaltende Behörde ist der Magistrat, von dem die Initiative auszugehen hat; die Stadtverordnetenversammlung ist die bewilligende und kontrollierende Behörde. Der Antrag dreht das Verhältnis um. Gerade der Magistrat mit den Deputationen, in denen die Versammlung ja auch vertreten ist, hat die Aufgabe, das sachliche Material umfassend vorzubereiten. Die Versammlung kann auch in Ausschüßberatungen zu einer angemessenen Erledigung solcher Fragen nicht kommen. Ich halte es aber auch nicht für richtig, solche Feststellungen von Löhnen auf Jahre hinaus für jede einzelne Arbeiterkategorie einzutreten zu lassen; die Städteordnung weicht nicht davon. Gewisse allgemeine Grundsätze lassen sich ja feststellen und sind festgestellt worden; Alters- und Hinterbliebenenversorgung und Urlaubsgeldung sind geregelt worden. Man wünscht eine einheitliche Bestimmung und stellt die Deputationen als Hindernis hin. Dagegen muß ich diese in Schutz nehmen. Die Ein-

heitlichkeit herbeizuführen, wo sie fehlen sollte, ist ja Sache der gegebenen Instanz, des Magistrats. Dieser hat durch eine besondere Kommission den bezüglichen Ausgleich herbeizuführen gesucht und wird das auch künftig tun. Eine völlige Gleichmäßigkeit ist einfach nicht möglich. Nehmen Sie die Tagesordnung an und warten Sie die Vorlagen des Magistrats ab.

Stadtr. Hinge (Soz.): Diese Aufforderung des Vertreters des Magistrats, dessen Vorlagen abzuwarten, zeigt, daß Sie für die Arbeiter nichts tun wollen. (Große Unruhe.) Sonst hätten die Versprechungen von 1905 und 1906 längst eingelöst werden müssen. Im Oktober 1907 haben wir uns über die Frage ebenfalls unterhalten, da wurde gesagt, in den Deputationen würde man für die Arbeiter eintreten. Der Etat hat dann gezeigt, daß fast gar nichts geschehen ist (Widerspruch), nur zu einem kleinen Teil trat eine Erhöhung von 3,50 auf 3,75 M. ein, der Höchstlohn blieb auf 4,25 M. stehen. 1901 haben wir uns mit einem ganz ähnlichen Antrag beschäftigt; damals hat ein Ausschüß die Materie durchberaten, wozu er beinahe ein Jahr brauchte. Damals arbeitete auch der Oberbürgermeister in dem Ausschüß mit, und seiner Initiative war es zu verdanken, daß der Lohn auf 3,50 M. festgesetzt wurde. Seit damals haben sich nun die Lebensbedürfnisse im Preise ungemein erhöht, und davon sind die Arbeiter in erster Linie betroffen. Wenn Sie zum Teil diese Erhöhung durch Ihre Mitwirkung bei dem Politarif miteinschulden haben, ist es auch Ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, hier mitzuhelfen, daß diese schlimmen Wirkungen abgeschwächt werden. Gerade die Initiative liegt bei den Deputierten, und die haben sich noch meistens ablehnend zu solchen Forderungen gestellt. Wollen Sie etwas Entschlossenes tun, so dürfen Sie nicht zur Tagesordnung übergehen. Auch in den Privatbetrieben steigen doch die Löhne langsam; bei allen Beamtenkategorien kommen alle 2-3 Jahre Zulagen vor. Das Bestreben der gesamten Unternehmer geht auf den Abschluß von Tarifverträgen, die eben auch auf mehrere Jahre festgelegt werden, damit Lohnkämpfe vermieden werden. Warum soll das nicht auch hier statthaft sein? Wollen Sie nicht den Wagnerischen Vorwurf verdienen, so nehmen Sie unseren Antrag an! (Große Unruhe und Beifall.)

Oberbürgermeister Kirschner: Was der Vorredner ausführt, geht dahin, daß der Magistrat die Lage der Arbeiter nicht verbessern will (Stadtr. Hinge: Es sieht so aus!). Dem muß ich ganz entschieden widersprechen. Der Vorredner hat selbst zugeben müssen, daß zahlreiche Verbesserungen eingeleitet sind. Die letzten Lohn erhöhungen waren keineswegs unbedeutend. Daß diese Sache nicht auf alle Ewigkeit festgelegt ist, ist doch selbstverständlich. Wir haben freiwillig die Altersversorgung erhöht und sehr erheblich erhöht, wir, die wir angeblich kein Herz für die Arbeiter haben. Wir sind also wohl bemüht, wie es möglich ist, Verbesserungen einzutreten zu lassen.

Stadtr. Cassel (N. L.) schließt sich den Ausführungen des Oberbürgermeisters vollinhaltlich an und weist auf die sozialpolitischen Maßnahmen der Stadt hin, um den Vorwurf zu entkräften, daß die Verwaltung es an gutem Willen fehlen lasse. Man würde draußen gar nicht verstehen, wie ein solcher Antrag in einem Ausschüß behandelt werden könne. (Lachen auf der mit städtischen Arbeitern überfüllten Tribüne.)

Stadtr. Dr. Preuß: Kollege Cassel reklamiert für den Magistrat kategorisch die Initiative und verzicht ganz, welche große Reihe von Initiativanträgen seinen Namen trägt!

Stadtr. Kossmin (Fr. Fr.) hält dafür, daß die Freunde sachlicher Beratung heute zu kurz gekommen sind. Die Beratung so weitläufiger Anträge in einem Ausschüß würde mehrere Jahre erfordern. (Widerspruch.)

Stadtr. Jubel (Soz.): Es ist eingemeldet worden, daß der von uns vorgeschlagene Weg nicht gangbar sei; man verteidigt uns auf die Deputationen. Dort wird mit der einen Hand vielleicht gegeben; nachher aber kommt der Magistrat und nimmt mit der anderen Hand weg, was nach vieler Mühe herausgeschlagen war. So ging es z. B. bei der Parodeputation, wo der Magistrat entgegen der Deputation statt der Tagelöhne Stundenlöhne einführt und auf diese Weise sein Wohlwollen für die städtischen Arbeiter dokumentierte, indem die Arbeiter nun bei ungenügender Witterung oft mit wenigen Pfennigen nach Hause gehen müssen. Natürlich, wenn man unserm Antrag so feindselig gegenübersteht, wie die Herren Cassel, Rosenow und Kossmin, dann hat man es ja in der Hand, die Beratung jähwagend zu verstopfen, genau so, wie Sie es der Bergwächter gegenüber ja auch gemacht haben! (Große Unruhe.) Die städtischen Arbeiter werden verstehen, wie die Mehrheit dieser Versammlung ihr Wohlwollen ihnen gegenüber zum Ausdruck gebracht hat. Wenn Sie den Antrag abgelehnt haben, dürfen Sie sich nicht beschweren, wenn innerhalb und außerhalb dieses Hauses dann die Agitation in anderer Weise als bis jetzt einsetzt. Die städtischen Arbeiter haben sich mit den Vertretern der Arbeiterschaft in Verbindung gesetzt, um auf diesem Wege ihre Wünsche zu fördern; es kann nur böser Wille sein, wenn man sie auch jetzt wieder auf die Deputationen verweist. Die Arbeiterausschüsse will kein Mensch auf der Welt schaffen, aber wie sie jetzt funktionieren, wie sie jetzt vielfach bevorzugen und schlecht behandelt werden, damit kann feilsch kein Arbeiter einverstanden sein.

Stadtr. Cassel: Auch der Vorredner spricht vom „bösen Willen“ der Mehrheit. Es lohnt nicht mehr, darauf einzugehen. Unsere Tagesordnung ist, wie Dr. Preuß wissen möchte, nach ihren Motiven zu verteidigen, darin steht kein Wort von Ablehnung der Anträge. Ich habe keine Reklamationen ausgeleitet (Zurufe). Daß Sie (zu den Sozialdemokraten) afflamieren, was Dr. Preuß sagt, ist selbstverständlich (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wenn's wahr ist!) — auch wenn's nicht wahr ist. (Große Weiterkeit und Unruhe.)

Damit schließt die Beratung.

Das Schlußwort erhält

Stadtr. Borgmann (Soz.): Wir hatten allerdings etwas Anderes zu unserem Antrag erwartet, als den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Man will der Sache jetzt die mildeste Seite abgewinnen; aber selbst der Herr Oberbürgermeister scheint sich eines peinlichen Eindruckes nicht haben erwehren zu können, daß man eine derartig wichtige Angelegenheit durch Uebergang zur Tagesordnung erledigen will. Schon bei der Etatsberatung hat mein Freund Dr. Brun ein derartiges Antrag angehängt, und ich habe selbst gelegentlich der Beamtenbesoldungsvorlagen einen generellen Antrag auch für die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter vorausgesetzt. Unser Antrag ist also nicht so neu. Nun soll unser Antrag nicht mit den Prinzipien der städtischen Verwaltung in Einklang stehen, weil der Magistrat und nicht die Versammlung die verwaltende Behörde sei. Aber bereits zu Tausenden Malen ist eine Verwaltungsmassnahme von der Versammlung ausgegangen und kein Mensch hat etwas dabei gefunden. Und auch für die Form der Beratung bleibt es sich ja ganz gleich, ob eine Anregung vom Magistrat oder von der Versammlung ausgeht! Ich bin 16 Jahre im Ausschüß und kann daher beurteilen, daß die Behandlung solcher Anträge dort nicht gut angebracht ist. In den Verwaltungsdeputationen werden wegen der Verschiedenartigkeit der Zusammensetzung derselben und aus verständlicher Erkenntnis mancher Verhältnisse nicht die genügenden Voraussetzungen für die einheitliche Behandlung der Lohnverhältnisse gegeben sein. Deshalb stellen wir unseren Antrag, für den Sie uns also nur dankbar sein können. Ich verstehe nicht, warum der jetzige Augenblick so ungeeignet sein soll für seine Ein-

Bringung; im Gegenteil, denn die Tenebration der Lebensmittel wird ja eher andauern und die Freunde des Herrn Kommissar gehen ja auch zu den Sozialparteien, die für das Reichsbedürfnis abermals indirekte, die Masse belastende Steuern bewilligen wollen. Die Herren betonen stets ihren guten Willen; welchen Eindruck macht es dann aber, wenn immer auf die Zukunft vertröstet wird und wenn man weiß, was dabei herauskommt? Die alte Städteordnung konnte die Regelung derartiger Materien nicht vorsehen, denn die Arbeiter mußten es sich erst seit deren Erlaß erkämpfen, daß die Gemeinden derartigen Bestrebungen ihr Interesse zuwenden müssen. Herr Gassell sollte auch nicht so stolz auf die Besoldungsverbesserungen hinweisen, die die Stadt den Beamten und Lehrern hat zuteil werden lassen, denn sie mußte mehrfach erst von der Regierung an ihre Pflichten erinnert werden, wie bei den Lehrern und bei den Bureauassistenten. Erledigen Sie heute unseren Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung, so veranlassen Sie uns dadurch, unsere Einzelanträge bei der Staatsberatung wieder einzubringen! (Lebhafte Weisung bei den Sozialdemokraten.)

In namentlicher Abstimmung wird die motivierte Tagesordnung mit 63 gegen 22 Stimmen angenommen.

Der folgende Antrag Augustin und Genossen (Soz.) vor:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat sofort schleunigst Vorkehrungen zu treffen, um der für diesen Winter im erhöhten Maße drohenden Arbeitslosigkeit in wirkungsvollster Weise entgegenzutreten zu können.“

Stadt. Dupont (Soz.): Es ist ja nicht sehr angenehm, nach dieser umfangreichen Diskussion einen solchen Gegenstand anzugreifen; aber wir sind der Ansicht, daß er heute erledigt werden muß, und die Versammlung ist ja auch nicht zum Vergnügen, sondern zu ernster Arbeit berufen. Daß wir uns gerade besonders mit dieser Materie beschäftigen, dafür liegt ja die Erklärung sehr nahe; haben wir doch heute die Erfahrung mit den Kreisen, die unter der industriellen Krise zu leiden haben. Als wir das letztmal einen ähnlichen Antrag brachten, kam uns der Vorwurf, wir arbeiteten nach der Schablone, erst inszenierten wir draußen Arbeitslosenversammlungen und kamen dann hier mit unseren Anträgen, was gegenüber dieser Arbeitslosigkeit zu tun sei. Diesmal ist aber keine Schablone vorhanden, und das ist auch gar nicht notwendig; die Krise hat sich verschärft und provoziert schon genügend. Was hat der Magistrat getan nach dem Beschlusse, den der eingesehene Ausschuss gefaßt hatte? Der Magistrat hat sich zu dem uns als den wichtigsten scheinenden Antrag noch nicht geäußert, nämlich bezüglich der Frage des Ausschusses bei Arbeitslosigkeit an die Arbeiterberufsvereine. Ich erwarte im Anschluß an die heutige Beratung bestimmte Antworten. Sonst ist Positives nicht herausgekommen, wenn es nicht schon als positiv gelten soll, daß die Versammlung bereit ist, in gemischter Deputation über diese Frage zu verhandeln. Das Abtragen des Müllberges auf dem Stralauer Acker kann doch unmöglich als eine soziale Tat hingestellt werden. Es sind da vielleicht 150 Arbeiter beschäftigt worden, die noch nicht einmal so bezahlt werden, wie wir erwartet hatten, während ein Unternehmer dabei ein ganz gutes Geschäft gemacht hat. Die Statistik, die ja erst die Grundlage für die Erkennung des Umfangs der Arbeitslosigkeit schaffen soll, ist ja ersichtlichweise im Auge. Prof. Silbergleit hat eine sehr fleißige Arbeit geliefert, die viele gute Gedanken enthält, aus denen hoffentlich auch positive Arbeit hervorgehen wird — dann wird auch nicht mehr der Vorwurf der Uebertriebung und Beherei gemacht werden können. Wir haben jetzt auch von jeder Umfrage Abstand genommen. Die Verhältnisse haben sich so ver-

schlechtert, daß diese Umfrage gar nicht mehr notwendig ist. In der Statistik fehlt übrigens die vorübergehende Arbeitslosigkeit bei Betriebsbeschränkungen; die Pflichten des Arbeiters sind da genau dieselben, nur die Löhne sind unter Umständen beträchtlich gesunken. Der „Confectionair“, ein Unternehmerorgan, hat darauf hingewiesen, der einzige Rettungsweg bei der herrschenden Krise sei einheitliche Betriebsbeschränkung, denn die Produktion sei für den Konsum viel zu groß. In den rheinischen und sächsischen Webereien und Spinnereien treten nun solche Einschränkungen auf, zum Teil auch in Berlin. Also Mäßigung des Bediensteten, während die vollen Pflichten weitergehen, mit unbedingtem Vorliegen einer Notlage, wenn die Betriebsbeschränkungen von längerer Dauer sind.

Bis zu 4 Tagen in der Woche zeigen sie sich!

Wenn ist nun wohl die erste statistische Erhebung zu erwarten? Das ist von sozialpolitischer Bedeutung, denn Berlin würde da nach außen hin zeigen, daß es einen Schritt vorwärts tun will. Was ist sonst seitens des Magistrats zur Milderung der Not der Arbeitslosen zu erwarten? Der Magistrat hat ein warmes Herz gezeigt für die Notlage des Grafen Zeppelin, für die Notlage der Abgebrannten in Donaueschingen; er hat ein noch wärmeres Herz zu zeigen für die Notlage unserer Mitbürger, die unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Es handelt sich hier um Tausende. Allerdings wird ja angänglich erwogen, ob es sich nicht im einzelnen Fall um einen Arbeitslosen handelt; das ist nicht mehr sozialpolitisch, sondern philisterhaft und eines Magistrats von Berlin nicht würdig (Anstöße). Gewiß wird auch beim Center Schiem geprüft, ob Arbeitslosigkeit vorliegt und in welchem Umfang. Die erforderlichen Gelder werden nicht so ohne weiteres flüssig sein; man wird uns fragen wie wir sie aufzubringen gedenken. Es handelt sich ja um ziemliche Summen; aber wir werden Ihnen den Weg der Aufbringung schon zeigen. Bei der Beratung unseres letzten Antrages in der Dunkelkammer des Ausschusses ist man der Sache nicht auf den Grund gegangen; dafür bekam man aber Ausführungen zu hören wie die,

daß die Arbeiter überhaupt keine Lust zu arbeiten hätten und dergleichen. Das ist keine ernste Beratung. Allen weitergehenden Anträgen, die auf Vorbeugung abzielen, stand man sehr unfreundlich gegenüber. In unserem heutigen Antrage wird nun die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter in Betracht gezogen. Die bis jetzt vorliegenden Berichte zeigen, daß von einem Abflauen der Krise noch gar keine Rede sein kann, sondern daß der kommende Winter schlimmer werden wird, als der vorige war. Das „Reichsarbeitsblatt“ weist nach, daß der Arbeitsstand in diesem Sommer war, wie im Winter 1907! Mit warmem Herzen ist Kollege Gassell hier seinerzeit für einen Realisierer eingetreten, der Selbstmord begangen hatte. Ich kann nicht einen Fall, sondern eine ganze Reihe von Fällen aus meiner nächsten Umgebung schildern, wo es zwar noch nicht zum Selbstmord, aber doch schon fast zum Neufertigen gekommen ist. Ich enthalte mich, Beispiele zu bringen; die Ziffern des reichsstatistischen Amtes über die Arbeitslosigkeit genügen vollst. Sie können es den Arbeitslosen drängen nicht verdenken, wenn sie mittlerweile das Jutruuen verlieren zu der Möglichkeit, daß etwas zu dieser Sache geschieht. Das Existenzminimum ist bei Tausenden infolge der Arbeitslosigkeit nicht vorhanden. Daß der Magistrat bestrebt sein wird, auch im kommenden Winter die städtischen Arbeiten zu fördern, daß sich vielleicht auch noch ein abzutragender Müllhaufen findet, bezweifle ich nicht; aber die Frage der Unterstützung der

Arbeitslosen in einer Form, die keine Armenunterstützung ist, ist erstlich noch nicht verhandelt worden. Das ist das Center System, über dessen Erörterung in gemischter Deputation der Magistrat sich aber immer noch nicht geäußert hat. Der bayerische Landtag hat auf diesem Gebiet wenigstens ein Schritt getan; ob vom preussischen Landtag derartiges zu erreichen ist, bezweifle ich sehr. Darum müssen wir das aufgreifen, was in Bayern vom Landtagsausschuß empfohlen wird, die Stadtgemeinden sollten der Sache näher treten.

Unsere Arbeiter finden keinen Trost mehr in dem religiösen Fatalismus „Enbehren sollst Du, sollst entbehren“; der Wille zum Leben ist stark auch in den Arbeitslosen. Was geschieht, wenn er ausgeäuert ist, wenn er erst wieder 20 Wochen lang seine Beiträge bezahlen muß, um abermals zur Unterstützung berechtigt zu sein? Kann da die Gesellschaft nichts tun? Im zweiten Quartal dieses Jahres haben sich 7000 von Arbeitslosigkeit gezeigt bei Holzarbeitern 19, Tapezierern 28, Schneidern 20, Schuhmachern 34 Personen 44, Bildhauern 55 Proz. Im ganzen 108 595 Fälle,

durchschnittlich 16,7 Tage jeder einzelne Fall, beinahe zwei Millionen Arbeitslosentage

in einem einzigen Quartal in Deutschland! (Zurufe.) Glauben Sie vielleicht, wenn es in ganz Deutschland so schlimm ist, so steht es in Berlin gut? Nein, in Berlin ist es viel schlechter. Da rechtzeitig vorgebeugt werden soll, kommen wir, auch ohne die genaue Differenz für Berlin zu haben, mit unserem Antrage schon recht. Der Maschinenbau zeigt nach dem „Reichsarbeitsblatt“, ebenso wie die Webfabrikation, schlechten Geschäftsgang, desgleichen ist keine Hebung im Baugewerbe zu konstatieren. Bringt uns der Magistrat nichts Positives als bisher, dann müssen wir die Initiative ergreifen. Es ist höchste Zeit, daß mehr als bisher getan wird. Den Arbeitslosen zu zeigen, daß Berlin sozialpolitisch eine Tat tun will, liegt im Interesse beider städtischen Körperschaften. (Weisung.)

Stadtrat Gassell: Im Punkte der Erörterung der Arbeitslosenunterstützung in gemischter Deputation wird sich der Magistrat morgen schlüssig machen.

Stadtl. Rettig (U. L.): Wir werden dem Antrag zu stimmen. Nach menschlichem Ermessen wird die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter eine größere werden.

Mit großer Mehrheit wird darauf die Vertagung der Debatte auf 14 Tage beschlossen.

Hierauf gelangen einige kleine Vorlagen nach kurzer Diskussion zur Annahme.

Der Ausschuss für den Antrag Krons betreffend die Speisung bedürftiger Schulkinder von Stadt wegen hat am Dienstag getagt und den Bericht des Stadtschulrats Dr. Fischer und des Stadt. Schulze über ihre Informationsreise entgegengenommen. Vorbehalten wurde, der Versammlung vorzuschlagen, beim Magistrat zu befragen, zur Lösung der Schulspeisungsfrage eine Vorlage zu machen; als dringlicher Antrag aber wird von dem Ausschuss, Referent Stadt. Gassell, der Vorschlag gemacht, den Magistrat zu ersuchen, schleunigst eine Vorlage einzubringen, welche die Mittel anweist, damit im kommenden Winter die Speisung bedürftiger Schulkinder ohne Unterbrechung fortgesetzt werden kann. Vom Ausschuss ist dieser Antrag einstimmig gefaßt worden.

Nach einer kurzen Diskussion wird der Ausschussantrag einstimmig angenommen. Schluß nach 10 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 11. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Jungfrauen.
Königl. Schauspielhaus. König Heinrich IV. I. Teil.
Deutsches. Medea.
Kamerapiele. Frühlings Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Festung. Die Frau vom Meere.
Neues. Ueberhalb der Gesellschaft.
Neues Schauspielhaus. Blau.
Durchs Ohr.
Kleines. 2x2=5.
Königliche Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Hebbel. Der Floh im Ohr.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Egmont.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten v. H. R. W. Wauer.
Lortzing. Zaza.
Luisen. Helga.
Thalia. Das Mitternachtsmädchen.
Bernhard Hofe. Das demoische Haupt.
Epona. Vera Violetta. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Gebrüder Sternfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachleben.
Folgar. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kasino. Kamille August Knoche. Spezialitäten.
Jolles-Caprice. Die Brautjungfer.
Die lästige Witwe.
Berliner Theater. Berlin, wie es weint und lacht. (Anf. 7 Uhr.)
Carl Haberland. Spezialitäten.
Guban Behrend. Die Guldenprinzessin. Spezialitäten.
Reichshallen. Eitlicher Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubensstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sternwarte. Jubiläum. 57/62.

Theater des Westens.

Abendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oscar Strauß.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr, zu halben Preisen: Die lustige Witwe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 11. Sept., Anf. 8 Uhr:
Egmont.
Sonntag: Im weihen Rößl.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der geheime Siegfried. Siegfrieds Tod.
Abends 8 Uhr: Was ich niederkam.

Hebbel-Theater.

Königsgraber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Der Liebhaber.
Kumelle in 4 Akten v. Bernard Shaw.
Sonntag, 2. Dienstag: Der Liebhaber.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Neu einstudiert! Anfang 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten v. H. R. W. Wauer.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Helga.
Sonntag: Staatsbankrott.
Sonntag nachm. 3 Uhr zum erstenmal: Ungewöhnlich. Abends: Helga.
Montag: Blachmann als Erzähler.

DERNHARD ROSE THEATER

Dr. Krausacker Str. 132.
Das demoische Haupt.
Anf. 8 Uhr. Wochentagspr.
Auf der Gartenbühne:
Theateraufführung. Sen-Mi-Bei.
Drosch, künstl. Menschen. Anf. 8 Uhr.

Metropol-Theater

Unter persönlicher Leitung des Komponisten Paul Lincke.
Zum 7. Male:
Donnerwetter tadellos!
Große Jahresrevue in einem Vorspiel u. 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Richard Schultz.
Die Tänze einstudiert v. Balletmeister Louis Gundlach.
Anf. 8 Uhr. — Raschen gestattet.

Apollo Theater

Täglich:
Tribby-Svengali?
Kunst und Nosterium.
Paul Spadoni
der König der Krastatheit. 9 1/2.
Vera Violetta.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Stiftungsfest.
Schwank in 3 Akten von Gustav von Moser.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
Stein unter Steinen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Opferlam.

XIV. Salon!

Zirkus Busch.
Freitag, den 11. September 1908, abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
Mr. Houdini
der König der Ausbrecher
Saxon Trio!
Das phänomenale menschliche Kraft. — Mlle. Mariaka Rossey! sowie Kunstisten jantlicher neuengagierter Künstler und Künstlerinnen.
Sonntag, den 13. Sept.: Zwei große außerord. Gala-Vorst.
Nachm. 4 und abends 7 1/2 Uhr.

WINTERGARTEN

Eröffnungs-Programm.
The Zanolis — Joseph Joseph, Sänger — Ephraim Thompson, dressierte Elephanten — Okaba, Japaner-Truppe — Die 5 Mowats, Koulou-Jongleure — Die 12 Tiller-Girls, engl. Gesangs- u. Tanztruppe — Cornalia und Eddie, amerikanische Exzentriker — Der Zumerkinspreis, Wettrennen m. lebenden Pferden. Karl Hertz, Zauberkünstler. Boyer de Lafory, französ. Sängerin. Der Biograph.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Na endlich!
Pariser Extravaganza mit Paulette van Roy und das kolossale Eröffnungsprogramm 14 erstklassige Spezialitäten.

W. Noacks Theater

Direktion: Ad. Dill. Oranienstr. 16.
Fremdes Blut.
Schwank.
Anf. d. Konzert 7, d. Vorstellung 8 Uhr.
Entrée 30 Pf.
Ehren- und Vorzugsplätze gültig! Sonntag, 12. Sept. Extravort. Einmalige Aufführung: Muttersohn.

Sanssouci, Straße 6.

Direktion Wilhelm Reimer.
Jed. Sonntag, Montag u. Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsch. Sänger und Tanz.
Ausgewähltes Programm
Beg. Sonnt. 5, nachmitt. 8 U.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwank in 3 Akten von G. Feydeau.
Deutsch von Hoff-Jacoby.
Chambelle-Hofe: Richard Alexander.
Sonntag und folgende Tage: Der Floh im Ohr.

Lortzing-Theater

Belle-Alliancestraße 7/8.
Deute 8 Uhr:
Büffel Hedwig Lange.
Zaza. 156/2.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Am Meer.

Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entrée.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das neue große September-Programm. — 12 glänzende Spezialitäten.

Palast-Theater

Burgstr. 21, 2. Hof v. St. Hofe.
Täglich 8 Uhr. Galerie 30 Pf.
Der einzig dastehende Eröffnungs-Spielplan!
12 Attraktionen 1. Rang 12.
U. a.: The 5 Rahnes, Schlanderbrett - Akrobaten. Montani Sisters, Doppeldrüsel-M. Mit Irono und Maxon, musikal. Virtuosen. Dazu:
Der Seekadett.
Eingpiel in 2 Akten.
Kassentaxen wochentags 2 Halben. Kassensprez gültig in allen Vorder. Preiser u. Sitzrengelungen gratis!

Reichshallen-Theater

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anf. Wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
Taubensstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— die Hälfte. —

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direkt.: Will Volgt.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Erstklassige Spezialitäten.
Richard Morcosos
milbe Königsdosen
spannendste Hauptgruppe der Gegenwart.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

Parodie-Theater

Dresdener Straße 97.
Deute:
Cavalleria - Rustikana und die untonische Burleske „Berlin steht Kopf“.
Anfang Sonnt. 8, Wochent. 8 1/2 Uhr.

Casino-Theater

Poltringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Familie
August Knoche.
Berliner Gesangschor in 3 Akten.
August Knoche: Die Hand Berg.
Vorher d. glänzende Eröffnungsprog.
Sonntag 4 Uhr: Der Brandstifter Hochzeitsfest.

Fröhels Allerlei-Theater.

Schönhauwer Allee 148.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Berliner Uk-Trio.

Felix Schauer
Uktriosanten. I.

Gebrüder Herrnfeld-
Anfang Theater. Vorverk. 8 Uhr. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57

Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachtleben.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Berlin wie es weint und lacht.
Vollstück mit Ges. in 3 Akten und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wechent. 4 1/2 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Neu! Neu! Neu!
Am Strande von Helgoland.
Kassations-Operette.
Wiederkehr von Gustav Behrens und 10 erstklassige Spezialitäten.
Tasche Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Bestes Teilzahl-Geschäft für **Brennabor-Räder!**
Kein Raden! Günstigste Bedingungen.
Berlin SO., Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Kreises
(6. Abteilung).

Sonnabend, den 12. September 1908 im gr. Saale der „Germania-Säle“
Chausseestr. 110:

Kunstabend Heitere Kunst in Wort und Ton

Mitwirkende: Gesang: Gertrud Bischoff. — Rezitation: Max Laurence.
Klavier: Leo Kestenberg. — Neues Tonkünstler-Orchester. Dirig.: Franz Hoffelder.

Anfang präzise 8 1/2 Uhr.
Billet 50 Pfennig (inklusive Programm und Liedertexte).
Nach der Vorstellung: Tanz, daran teilnehmende Herren zahlen 50 Pf. nach.
Die Saaltüren bleiben während der Aufführungen geschlossen. — Das Rauchen ist während der Aufführungen nicht gestattet. 229/7*

Achtung! Radfahrer! Achtung!
Bayers Gesellschaftshaus, Adlershof.
Sonntag, den 13. September 1908:

Behntes Stiftungs-Fest
des Arbeiter-Radfahrervereins „Ziel“, Adlershof.
Anfang 2 Uhr. Eintritt 20 Pfennig.
Um 3 Uhr: Korfahrt mit Musik.
Gartenkonzert und Ball. Aufreten des Berliner Volksquartetts „Gerhardy“. — Für Aufbewahrung der Räder ist bestens gesorgt.
Das Komitee.

Brauerei Friedrichshain
Heute und folgende Tage:
Große bayerische Keller-Feste
3 Kapellen. Kapellmeister: Max Malkowski.
Anfang 6 Uhr. — Saisonkarten Gültigkeit. — Entree 20 Pf.
Heute Freitag: Große Kartoffel-Konkurrenz.
Wer die größte und schwerste Kartoffel bringt den ersten Preis dadurch erringt. Der die zweitgrößte mit sich führt dem dann der zweite Preis gebührt. Und da der Kampf wird groß und heiß gibt es noch 'nen dritten Preis. Auch für die kleinste hinterdrein ein Trostpreis soll gestiftet sein.
1. Preis 30 M., 2. Preis 20 M., 3. Preis 10 M., Trostpreis 5 M.
Bei ungünstiger Witterung im Riesenfestsaal.

Berliner Eis-Palast
Luisenpark, 22/24.
Permanente Eisbahn.
Von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet.
Täglich von 12 Uhr ab: **Großes Konzert.**
Eintrittspreise:
Dienstag 10 bis 5 1/2 Uhr 0,75 M.; ab 5 1/2 Uhr 1 M.;
Mittw. unter 12 Jahren bis 5 1/2 Uhr 0,50 M.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres lieben Sohnes und Bruders
Johann Luczak
sagen wir allen Bekannten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
15135 **Marie Luczak.**

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters
Luise Hübner
sage ich allen Bekannten, Freunden und Bekannten sowie dem Gesangsverein „Nur Rufe“ meinen herzlichsten Dank.
F. Hübner
Eichenhauser Allee 72b.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Vaters und Großvaters
Wilhelm Tietz
sage ich allen Bekannten und Bekannten sowie dem sozialdemokratischen Kreiswahlverein Arbeiter und dem Bauhilfsvereinsband meinen herzlichsten Dank.
Ww. Tietz.
Für die überaus herzliche Teilnahme und die herrlichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Vaters **Paul Schilling** sage ich allen Bekannten und Bekannten, insbesondere dem Zentralverband der Arbeiter und Arbeiter, der Abteilung Lenz u. C. G., Herztrage, und den Genossen des 6. Kreises unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Herztrage, 290 Markt an Kolonie, Landratsvorsteheramt, Brunnhof, Berlin, Rollenborstr. 3.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis
(Bezirk 108).
Am Sonntag, den 6. d. M., verstarb unser Mitglied, der Bauer
Siegfried Gerhardt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 11. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter
Zweigverein Berlin, Sektion I.
Am Sonntag, den 6. d. M., starb ganz plötzlich unser Mitglied und Kollege
Siegfried Gerhardt
(Brauerei Hülseberg SW.).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Bühnige Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Schuhmacher
Filiale Berlin. E. N. 91.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Johannes Schnitzer
am 9. September verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Heiligen Kreuzkirche in Mariendorf aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
15223 Die Ortsverwaltung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Frau
Paula Radel
am 8. September plötzlich verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 8. September starb im Nothelfer-Krankenhaus unser Kollege, der Reichsanwalt
Paul Wolff
im Alter von 81 Jahren an der Prostatalektomie.
Wir betrauern in ihm einen ehrlichen und aufrichtigen Charakter, der, wo immer es galt, die Interessen seiner Kollegen mannhaft zu verteidigen suchte.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Thomas-Birchhof in Kirchdorf statt.
Die Kollegen
der Firma **Bosse & Co.**,
Bienenstraße 43.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Nachruf.
Am 5. September starb unser Kollege, der Tischler
Karl Schöngalla.
Ehre seinem Andenken!
90/4 Die Ortsverwaltung.

Sierdurch allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am 9. September, früh um 8 Uhr, nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater
Hermann Wolff
sanft entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. d. M., von der Leichenhalle des Friedhofes der Pankowpostelgemeinde, Schöneberg, Tempelhoferweg, aus statt.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-3, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Luisen-Theater.
SO., Reichenberger Straße 34.
Sonntag, den 13. September 1908, nachmittags 3 Uhr:
Erinnerungsaufführung zur demnächstigen 30jährigen Wiederkehr des Tages des Sozialistengesetz-Erlasses:
„Ausgewiesen.“
Soziales Drama aus der Zeit des Sozialistengesetzes von **Karl Böttcher.**
12 Jahre wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ polizeilich verboten gewesen!
Die Leser des „Vorwärts“ zahlen gegen Vorzeigung dieses Inserats an der Theaterkasse **nur 60 Pf.** für 1. Parkett.
Auf allen übrigen teureren Plätzen 25 Pf. Ermäßigung des Kassenspreises.
Aus schneiden! 4247L* Gutschein für 1-3 Personen!

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schülustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213/5*
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 3 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags hochinteressante Raubtierresur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachsene u. 25 Pf. f. Kinder.

Sterben müssen alle
Adnanen u. Schwaben mit der ganzen Brut durch **Reichels** tödlich wirkende Spezialmittel.
Verstärktes Wanzensalbe AL 50 9.
M. 1., 2., 3., 4., 5.
Schwabenpulv. „Poudre Martial“
Kist 50 Pf., 1., 2., 3., 4., 5.

Erfolg garantiert.
Anerkennungen aus aller Welt.
Sprühapparate 50 Pf.
Man nehme in den Drogerien nur die echten Originalpackung, m. Marke „Tod und Teufel“.
Otto Reichel, Berlin SO. 43.
Eisenbahnstr. 4.
Schriftw.-Anst. IV, 4751, 4752, 4753.

Billigste Bezugsquelle für
Hygienische Bedarfs-Artikel
Drogerie Zaremba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.
Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 8837L*
gegründet 1898

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen **monatliche Teilzahlung** unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger Garantie** für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Uebertreibung ausgeschlossen, da **an jedem Stück der Preis in Zahlen** deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 40-60 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.
Kein Abzahlungs-Geschäft.

Sum bevorstehenden Parteitag empfehlen wir:
Parteitag-Protokolle
der früheren Parteitage, die ein reiches Material zur Geschichte der Partei, ihrer Kämpfe, ihrer Grundzüge, ihrer Taktik bieten. Nachstehend heben wir die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung in summarischer Inhaltsangabe hervor:

Halle 1890. Neuorganisation; Programmrede Westrich; Stellung zu Streits und Boykott; Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“. R. — 50
1891. Festlegung des Programms; Programmänderung; Ausschluß der „Unabhängigen“; Taktik der Partei. R. — 50

Erfurt 1892. Vergriffen.

Berlin 1893. Gewerkschaftsbewegung; Antifeminismus; Wahlrecht und Beteiligung an preussischen Landtagswahlen. R. — 40
1894. Budgetbewilligungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Leiste, Ringe und Kartelle. R. — 25
1895. Agrarprogramm; Hausindustrie. R. — 30, geb. R. — 50
1896. Arbeiterschutz; Frauenagitation; Proportionalwahlrecht. R. — 30
1897. Preussische Landtagswahlen; Militarismus. Projiziert R. — 35
1898. Koalitionsrecht; Bergarbeiterfrage; Preussische Landtagswahlen; Zoll- und Handelspolitik. Projiziert R. — 35, geb. R. — 60
1899. Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei; Justizhausvorlage. Kart. — 75
1900. Weltpolitik; Verfecht. und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Anhang: Bericht über die Frauenkonferenz. Projiziert R. — 30

Hannover 1901. Vergriffen.

Mainz 1902. Arbeiterversicherung; Kommunalpolitik; Frauenkonferenz. R. — 60

Leipzig 1903. Vergriffen.

Dresden 1904. Maßstab; Vorkämpfer Kongress; Organisationsfrage; Zoll Schappel; dritte Frauenkonferenz. Projiziert R. — 70, geb. 1. —
1905. Parteiorganisation; der politische Klassenstreik. R. — 70

Bremen 1906. Der politische Klassenstreik; Sozialdemokratie und Volkserziehung; Strafrecht, Strafpolizei, Strafprozeß. Projiziert R. 1. —, Kart. R. 1,25
1907. Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage; Wählerfrage. Projiziert R. 1. —, Kart. R. 1,25

Essen 1907. Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage; Wählerfrage. Projiziert R. 1. —, Kart. R. 1,25

Expedition des Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Partei-Angelegenheiten.

Schifferagitation.

Die diesmonatliche „Fadel“-Verbreitung findet am Sonntag, den 13. d. Mts., vormittags, statt. Wir ersuchen die Genossen, welche diese Arbeit übernommen haben, sich an den bekannten Stellen rechtzeitig einzufinden. Die Agitationskommission.

Schiffers Kreis. Am Sonntag, den 13. September, abends 7 Uhr findet eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer im Lokal „Brachstraße Nordwest“, Wicelstraße 24 statt. Tagesordnung: Die Frau und der Sozialismus. Die Abholung der Handzettel seitens des Bezirksschiffers hat bei Richter, Wicelstraße 24 Freitagabend zu erfolgen.

Schiffers Wahlkreis. Von den mit der Direktion der Sternwarte in Treptow vereinbarten Lichtbildervorträgen findet der erste für die 9. und 10. Abteilung am Sonntag, den 13. September, nachmittags 5 Uhr, im Restaurant Jenner Kochf., Treptower Chaussee 21, bis-a-bis der Sternwarte, statt. Den Teilnehmern steht die Besichtigung des Astronomischen Museums und des Riesenfernrohrs vor und nach dem Vortrage frei. Nachzügler können auch an dem Vortrage um 7 Uhr teilnehmen. Der Vorstand.

Waldmannslist. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Sonntag, den 12. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, in Vorligwalde bei Wollschach statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dittmer über „Darwinismus und Arbeiterschaft“. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.

Friedrichshagen. Sonntag, den 13., morgens 8 Uhr, findet eine Flugverbreitung von folgenden Lokalen aus statt: 1. Bezirk: A. Schmidt, Wilhelmstr. 53; 2. Bezirk: A. Raabow, Seefr. 11; 3. Bezirk: W. Niebling, Kasanienallee 10; 4. Bezirk: A. Singuhr, Seefr. 36.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß das bisherige System der Verteiler in Fortfall gekommen ist. Materialausgabe für die Bezirksschiffer Sonntagabend abends 8 Uhr bei Schmidt, Wilhelmstr. 53.

Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen (West). Wir machen auf das am Sonntag, den 12. September, bei Rossmann stattfindende Herbstversammlungen des Wahlvereins aufmerksam. Das Komitee hat sich bemüht, das Fest würdig zu gestalten und erwartet regen Besuch. Diejenigen Willeits, welche bis Sonntagabend nicht zurückgegeben sind, gelten als verkauft. Der Vorstand.

Schildow-Blankensfelde (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 13. September 1908, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal des Herrn Knappe, „Zur Mönchsmühle“, die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Karl Wöhrer-Berlin: „Zum Rührberger Parteitag“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Treffpunkt der Schönhauser Genossen Punkt 1/2 Uhr bei Bratvogel, Nordend. Der Vorstand.

Senzig. Die Wahlvereinsversammlung findet am Sonntag nachmittags 3 Uhr im Lokal von A. Schimke statt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Mit dem Ahtuhr-Ladenschluß

an den Wochentagen mit Ausnahme der Sonnabende beschäftigt sich, wie bereits kurz mitgeteilt, die Gewerbe- und Handelskammer in ihrer Sitzung am Mittwochabend. Es handelte sich darum, festzustellen, ob und eventuell mit welchen Ausnahmen die Einführung des Ahtuhr-Ladenschlusses an den ersten fünf Werktagen jeder Woche von der Gewerbe- und Handelskammer befürwortet wird.

Bekanntlich kann nach § 130 f der Gewerbeordnung durch die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörden für eine Gemeinde oder mehrere örtlich unmittelbar zusammenhängende Gemeinden auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Geschäftsinhaber der Ahtuhr-Ladenschluß eingeführt werden. Zu diesem Zwecke fand vor einigen Monaten eine Abstimmung unter den in Frage kommenden Geschäftsinhabern statt. Vereinzelt zur Abstimmung waren über 44 000 Personen, von denen sich 24 673 an der Abstimmung beteiligten. Laut Schreibens des Polizeipräsidenten vom 22. Juli dieses Jahres hatten 17 951 Abstimmende für den Ahtuhr-Ladenschluß gestimmt, während 6722 dagegen waren. Die gesetzlich vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit für den Ahtuhr-Ladenschluß ist also vorhanden.

Nachdem der Referent der Gewerbe- und Handelskammer, Stadtrat Dr. Weigert, das Resultat der Abstimmung bekannt gegeben, erklärte er, daß er persönlich zwar Gegner des Ahtuhr-Ladenschlusses sei, er auch die erfolgte Abstimmung nicht für einwandfrei halte, da wohl eine Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden nicht aber der stimmberechtigten Geschäftsinhaber vorliege. Die Inhaber der großen Geschäfte, die ja größtenteils schon jetzt ihre Geschäfte um 8 Uhr schließen, hätten wohl in ihrer Mehrheit für den Ahtuhr-Ladenschluß gestimmt. Viele kleine Geschäftleute aber wären wohl von der Sozialdemokratie beeinflusst worden, um sich für den Ahtuhr-Ladenschluß zu erklären. Obwohl er glaube, daß die kleinen Geschäftsinhaber durch den früheren Ladenschluß geschädigt werden, wolle er sich doch nicht gegen die Verkürzung der Geschäftszeit aussprechen, nachdem jetzt das Ergebnis der Abstimmung vorliege. Er beantrage jedoch, den Ahtuhr-Ladenschluß auf die Zigarren- und Tabak-, die Blumen- und Konfiteriegeschäfte nicht auszudehnen, es für diese Geschäfte vielmehr bei den jetzigen Bestimmungen (Keinadenschluß an allen Werktagen) zu belassen.

Stadtverordneter Berger als Korreferent sprach sich im Sinne des Referenten aus. Er halte zwar den Ahtuhr-Ladenschluß für einen Eingriff in die persönliche Freiheit der Ladenbesitzer, wolle aber nach der erfolgten Abstimmung durch die Beteiligten selbst gegen dessen Einführung keinen Widerspruch erheben. Für die vom Referenten beantragten Ausnahmen ersuchte er zu stimmen. Für die Blumen- und Konfiteriegeschäfte halte er die Ausnahme nötig, um denjenigen, welche an Geburtstags- oder sonstigen Familienfesten teilnehmen wollen, Gelegenheit zu geben, ihre Einkäufe in den Blumen- und Konfiteriegeschäften auch noch nach acht Uhr abends machen zu können. Mancher, der sich abends nach 8 Uhr noch ein Paar Handschuhe kaufen wolle, könne dieses Vorhaben nach Einführung des Ahtuhr-Ladenschlusses nicht mehr ausführen, was wieder eine Schädigung der Handlungsgeschäfte bedeute. Auch diese Arbeiterfrauen würden den früheren Ladenschluß lästig empfinden.

Bürgerdeputierter Luyauer empfahl, sich mit der Einführung des Ahtuhr-Ladenschlusses, mit Ausnahme der Sonnabende, einverstanden zu erklären und zwar ohne irgendwelche Ausnahmebestimmungen für einzelne Branchen. Wer einen Strauß oder Blumentopf als Geburtstagsgeschenk brauche, könne sich denselben auch bis 8 Uhr besorgen bezw. besorgen lassen. Die Arbeiterfrauen würden sich sehr bald an den früheren Ladenschluß gewöhnen. Sei doch in den beiden hiesigen von Arbeitern begründeten Konsumvereinen, welche jetzt 37 Verkaufsstellen haben, der Ahtuhr-Laden-

schluß mit Ausnahme der Sonnabende bereits seit neun Jahren eingeführt. Daß die Sozialdemokratie irgendwelchen Zwang auf die abstimmenden Ladenbesitzer ausüben konnten, sei ausgeschlossen. Die Abstimmung sei ja keine öffentliche gewesen, sondern habe in den Polizeirevierbüros durch eigenhändige Unterschrift der Abstimmenden stattgefunden.

Stadtverordneter Goldschmidt bezweifelt, daß die Sozialdemokratie die Abstimmung der Ladenbesitzer beeinflusst habe. Alle Handlungsgeschäftszweigungen hätten übrigens den Ahtuhr-Ladenschluß auch gefordert, und von diesen Organisationen sei gerade der sozialdemokratische Verband am Mitgliederpaß der schwächste. Die Arbeiter würden mit dem früheren Ladenschluß einverstanden sein. Eine Reihe von Arbeiterorganisationen hätte schon wiederholt ihre Mitglieder aufgefordert, nach 8 Uhr keine Einkäufe mehr zu machen. Er sei der Meinung, daß sich der Ahtuhr-Ladenschluß auch ohne Ausnahmebestimmungen für einzelne Branchen würde durchführen lassen.

Nachdem noch mehrere Redner für die Zulassung von Ausnahmebestimmungen plädiert, wurde zur Abstimmung geschritten.

Dieselbe ergab Annahme des Ahtuhr-Ladenschlusses mit Ausnahme der Sonnabende. Auch die vom Referenten beantragten Ausnahmebestimmungen fanden die Zustimmung der Mehrheit der Gewerbe- und Handelskammer. Die Zulassung der Ausnahmebestimmungen auf die Konfiteriegeschäfte wurde mit nur einer Stimme Mehrheit beschlossen; 9 Stimmen wurden dafür, 8 dagegen abgegeben.

Kunnehr wird sich der Magistrat mit der Frage des Ahtuhr-Ladenschlusses zu beschäftigen haben.

Zu königlichen Opernhäusern.

Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: „Vorige Woche hatte ich den Entschluß gefaßt, ins Opernhaus zu gehen. Zwischen den Abenden, an denen das Publikum dieses Kunstinstituts mit dem sardanapalischen Spektakel gequält werden muß, war eine Pause gelassen, die man mit den Meisterfesten von Nürnberg“ ausgefüllt hatte. Die Meisterfesten sind mir nun einmal die Oper aller Opern, und da ich sie jahrelang nicht gesehen hatte, beschloß ich, einen Zaler für den vierten Rang daran zu riskieren. Ich wußte vom Hörensagen, daß es für jemanden, der nichts ist als Kunstfreund, keine Kleinigkeit bedeutet, für Geld und gute Worte ins königliche Opernhaus zu kommen, und demgemäß traf ich meine Vorbereitungen. Donnerstag war die Vorstellung, und Mittwoch vormittag bald nach neun Uhr pflanzte ich mich als einer der ersten an der Theaterkasse auf. Da ich fertig hatte, konnte ich mich eben leisten. Nach einer Stunde angenehmen Wartens, in der zwei Schuppleute so freundlich als es die Situation zuließ, unter den Dringenden für Ordnung sorgten, war es so weit, daß ich dem Kassierer mein Begehren vortragen konnte.“

„Tut mir leid, vierter Rang Sitzplatz ist nicht mehr zu haben.“ „Was haben Sie denn noch?“ „Ersten Rang und vierten Rang Sitzplatz.“ „Dann geben Sie mir bitte Sitzplatz.“ „Sie haben Glück, es ist das letzte Billett!“ sagte der Kassierer, als ich ihm eine Mark fünfzig hinlegte.

Ich war froh, um so enttäuschter zeigten sich eine Anzahl Damen und Herren hinter mir beim Betreten dieser Vorhalle. Sie hatten ebenfalls bald eine Stunde gewartet und mußten nun mit leeren Händen von dannen ziehen. Ich aber hatte meinen Sitzplatz für den nächsten Tag in der Tasche.

Die Vorstellung begann Uhr sieben. Kurz nach sechs war ich im Theater und leeterte die vier engen Treppen hinauf.

John Kemmer für Garberobe zählt man schon; aber daß in einer Zeit, wo der ganze Hausrat für zwanzig Pfennig zu haben ist, an der Galerie eines königlichen Instituts gleichfalls zwanzig Pfennig für den Theaterzettel verlangt werden, ist ein Skandal. Vor allem, wenn man bedenkt, daß von den zwölf Seiten dieses Zettels das eigentliche Theaterprogramm nur eine halbe Seite ausfüllt, während der übrige Inhalt aus zwei Schürren, einer Fahrtrahnen- und einer Menge Annoncen besteht, deren Infektionsbeträge ohne Zweifel allein schon die unentgeltliche Abgabe des Zettels an das Publikum ermöglichten.

Aber was wollte ich denn? Ich hatte dadurch, daß mir das letzte Billett zum Sitzplatz überantwortet worden war, bare eine Mark fünfzig ergattert, und mochte nicht einmal die zwanzig Pfennig drausgehen lassen? Nein!

Als vierzehnter war ich drinnen und konnte daher an der Kasse noch einen Platz in Vorschlag nehmen, von dem aus man einen guten Ausblick auf die Bühne hatte und nicht allzusehr vom dem Kassenlocher verblendet wurde. Wer später mehr nach der Mitte hin zu sehen kam, konnte Betrachtungen darüber anstellen, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im Zeitalter des elektrischen Lichts ein Kronleuchter für das bevorzugte Publikum im Parterre und den unteren Rängen höchst überflüssig, für das Volk auf dem vierten Range aber eine Strafverschärfung ist, da er gerade die wichtigste Partie der Bühne den Blicken verberst. Wenn das Licht wenigstens noch unseren Blick erhellt! Aber hier herrschte vor Beginn der Vorstellung grüneliches Duster, solange die Beleuchtung nur auf halbe Kraft gestellt war. Alles Vermehren, daß im

aus dem ersten Stockwerk auf den Hof hinabsprang. Jedoch vermochte sich noch auf die Straße zu schleppen, von wo er mittels Droschke die elterliche Wohnung in der Staliger Straße aufsuchte. Hier liegt er schwer krank darnieder.

Aus dem Straßenverkehr. Vor dem Hause Schmedter Straße 204 wurde Mittwoch nachmittag die vierjährige Tochter Agnes des Arbeiters Fulge von einem mit Sägepähen beladenen Arbeitswagen überfahren. Die Mutter trug das bewußtlose Kind nach der Unfallstation in der Schönhauser Allee, wo es nach wenigen Minuten infolge innerer Verletzungen unter den Händen des Arztes starb. Nach Angaben von Augenzeugen trifft den Kutscher keine Schuld. In der Nacht um 3 Uhr wurde der 55 Jahre alte Kaufmann Werner Volck beim Ueberfahren des Jahrdammes vor dem Hause Friedrichstraße 59/60 von einer Kraftdroschke angefahren. Sein Bruder schaffte ihn in einer Droschke nach der Unfallstation in der Kronenstraße, wo man eine schwere Quetschung des Hinterkopfes feststellte und dem Verletzten einen Kopverband anlegte. Dann wurde er im bewußtlosen Zustande nach der königlichen Klinik in der Fiegelstraße transportiert. — Ein Zusammenstoß erfolgte vor dem Hause Friedrichstr. 228 zwischen einer Kraftdroschke und einem mit Obst beladenen Handwagen des Händlers Otto Börner, wobei B. samt seinem Wagen umgeworfen und das Obst auf die Straße geschleudert wurde. Börner klagte zwar über Schmerzen in Beinen und Armen, konnte aber seinen Weg, nachdem er den Wagen beladen hatte, ohne fremde Hilfe fortsetzen.

Auf der Treptow-Sternwarte kommt am Sonntag, den 13. September, nachmittags um 5 und um 7 Uhr, die Archenholdtsche Beobachtung des Themas: „Die Bewohnbarkeit der Welten“ zum Vortrag. Am Montag, abends um 9 Uhr, spricht Herr Dozent Jens Lüben über: „Altes und Neues über Gletscher“. Die Vorträge sind gemeinverständlich und mit vielen Licht- und Drehbildern ausgestattet. — Mit dem großen Fernrohr wird am Tage die Sonne mit ihren zahlreichen Flecken, nach Sonnenuntergang Weg, später Saturn mit seinem Ringsystem und der Mond gezeigt.

Der „Bund der Laubkolonisten Berlins und Umgegend“ veranstaltet am Sonntag, den 13. und Montag, den 14. September, im Etablissement „Zur Lebensquelle“ (frühere Arminhallen), Kommandantenstraße 20, seine VI. Allgemeine Ausstellung. Ausgestellt werden: gärtnerische Erzeugnisse, Fäher, Tauben und Kanarienvögel. Zu dieser Ausstellung sind dem Bunde verschiedene Ehrenpreise gestiftet worden. Der Eintrittspreis beträgt inklusive Nanzert 30 Pf.

Die Unterwasserstraße von der Holzgartenstraße bis zur Werderstraße wird behufs Ausführung von Pflasterarbeiten in der Werderstraße vom 10. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Im Wartezimmer unserer juristischen Sprechstunde ist am Montag ein Regenschirm stehen geblieben. Der Eigentümer kann den Schirm dort in Empfang nehmen.

In der Parteipublikation Altdorf, Redaktionsstr. 2, sind 17 Verbandsmarken a 45 Pf., gelben Aufdruck, mit dem Zeichen B. d. S. u. S. u. d. V. Deutschlands abgegeben worden. Der rechtmäßige Verkäufer kann dieselben dort abholen.

Unter den im Berliner Aquarium seitlich eingetroffenen Gästen befindet sich eine eiförmige Gesellschaft eines Bewohners Floridas, der zum ersten Male hier eingeklebt ist, so daß den neuen Anmerkungen eine besondere Herberge beim Vogelhaus hergerichtet werden mußte. Sie gehören zur Klasse der Insekten, die den Erdboden mit seiner Pflanzenwelt und das Luftmeer beleben, die durch Vorfahrung ihrer Gattungen und Arten Gelegenheit zu höchst anziehenden, vielseitigen und neuen Beobachtungen und Feststellungen bieten würden. Die Verwirklichung der Absicht, in dem neu geplanten Aquarium auch eine Stätte zu schaffen, würde also sehr bedeutsam und mit Freude zu begrüßen sein. Zur Bewohnerschaft derselben würden auch die großen Pflanzensammler aus der Gruppe der Heuschrecken zählen. Eine der größten Spezies der Heuschrecken bildet die oben erwähnte Amerikanerin, die den wissenschaftlichen Namen Rhomalia centurio führt. Die Tiere sind etwa acht Zentimeter lang und in Gelb, Braun und Graubüsch gefleckt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hielt am Mittwoch ihre erste Sitzung nach den Ferien ab. Die Tagesordnung war ansehnlich umfangreich, sie wies nicht weniger als 41 Nummern auf, von denen allerdings die größte Zahl keine Debatten herbeiführte. Am bedeutendsten dürfte die Vorlage des Magistrats betreffend Fuhrleistungen für die Straßenreinigung und Feuerwehr sein. Nachdem die Versammlung im vorigen Jahre beschlossen hatte, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob die Fuhrleistungen für die Straßenreinigung nebst Beiprägung, die Parkverwaltung und die Feuerwehr vom 1. April 1910 ab in eigene Regie zu übernehmen sein werden, beantragt der Magistrat jetzt bloßlich, von der Uebernahme in eigene Regie Abstand zu nehmen und die Fuhrleistungen auf weitere zwei Jahre einem Unternehmer mit der Aufgabe zu übertragen, daß dieser nur die Pferde und Kutscher zu stellen und die Reichhaltigkeitsplätze zu beschaffen hat, während die Stadtgemeinde die erforderlichen Stallungen, Remisen, Verstellten und Wagen vorhalten soll.

Die eigenartige Stellung des Magistrats wurde von Vertretern aller Parteien abfällig kritisiert. Besonders Bestreben erregte es, daß der Magistrat sich mit seinem Antrage in Widerspruch zu den wiederholten Beschlüssen der Deputation für das Feuerlösch- und Straßenreinigungswesen gesetzt hat. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion griff Genosse Hebert in die Debatte ein, einmal, um die grundsätzliche Stellung der Partei zur Regiefrage darzulegen, und zweitens, um der Versammlung die schwere Schädigung vor Augen zu führen, die der Stadt durch die bisherige Bevorzugung von privaten Fuhrunternehmern erwachsen ist. Die Vorlage wurde schließlich einem Ausschuss von 13 Mitgliedern überwiesen, in den die Fraktion die Genossen Hebert, Will und Zietzch entsandte.

Wie in den meisten anderen Gemeinden, so wurde auch in Charlottenburg seitens des Magistrats ein Beitrag zu der Nationalkassende für den Grafen Zeppelin, und zwar in Höhe von 10 000 M. beantragt. Während namens der Sozialdemokraten Genosse Zietzch bei aller Anerkennung der Bedeutung des genialen Erfinders der Vorlage widersprach, und besonders darauf aufmerksam machte, daß es sich schließlich im Grunde genommen um Ausgaben zur Förderung des Militarismus handle, und während er ferner auf die großen, ihrer Lösung noch harrenden Aufgaben der Gemeinde, namentlich auf dem Gebiete des Armenwesens aufmerksam machte, konnten sich die Vertreter der übrigen Fraktionen nicht genug in Hurra-Patriotismus ergehen. Allerdings widersprachen sich die Herren dabei nur allzu sehr. Der Redner der Freisinnigen, Dr. Frenzel, bemühte sich, es so darzustellen, als ob der Militarismus dabei gar nicht in Frage komme, und im Gegensaß zu ihm betonte Stadtoberordneter Peter, ein ehemaliger General, aufs nachdrücklichste die militär-technische Seite der Frage. Den Vogel schloß Stadtd. Zander ab, der die Bewilligung der Beiträge deshalb befürwortete, weil durch den Bau neuer Luftschiffe weiten Kreisen von Arbeitern Arbeitsgelegenheit verschafft würde. Es war dem sozialdemokratischen Redner Zietzch ein leichtes, in seinem Schlusswort diese Scheingründe der Gegner zu entkräften. Daß die Vorlage angenommen wurde, bedarf keiner Erwähnung.

Gleich bewilligungslustig zeigte sich die Mehrheit gegenüber einer Magistratsvorlage betreffend Bewilligung einer Beihilfe von 10 000 M. an die Vodelschwinghschen Kolonien bei Bernau. Für diesen Zweck sind bereits im Jahre 1905 3000 und im vorigen Jahre 10 000 M. bewilligt. Auch hier legte unser Fraktionsredner

Zietzch die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokraten dar; er ließ der Person Vodelschwinghs volle Würdigung widerfahren, übte aber an seinen Bestrebungen abfällige Kritik und verlangte, daß die Stadt, anstatt derartige Unternehmungen zu unterstützen, aber die sie gar keine Kontrolle habe, sich endlich selbst auf ihre sozialen Pflichten besinne. Die Freie Vereinigung schlug einen Mittelweg vor, sie beantragte, die Summe von 10 000 auf 5000 M. herabzusetzen, aber die liberale Fraktion, die bekanntlich die Mehrheit in der Versammlung hat, wollte davon nichts wissen, sie bewilligte die vollen 10 000 M.

Nicht ganz so spendabel war man gegenüber den Abgebrannten in Donaueschingen, die mit 2000 M. abgespeist wurden.

Zu lebhaften Debatten kam es anlässlich eines Antrages Dr. Reher (liberal) und Genossen, der den Magistrat ersucht, gegen die geplante Einführung einer Gas- und Elektrizitätssteuer Stellung zu nehmen. Namens der Sozialdemokraten erklärte sich Dr. Borchardt mit dem Antrag einverstanden, gleichzeitig aber ließ er keinen Zweifel darüber, daß die Antragsteller besser daran täten, auf ihre politischen Freunde, die anscheinend entgegen ihrer früheren Grundfäden für diese monströse Steuer zu haben seien, einzuwirken, um ihnen das Maßrad zu stärken. Eine Anspielung des Antragstellers auf die „inneren Verhältnisse“ der Sozialdemokratie rief den Genossen Hirsch auf den Plan, der den Vorkämpfern den guten Rat erteilte, bevor sie sich um die Angelegenheiten anderer Parteien kümmern, erst vor ihrer eigenen Tür zu stehen. Der Antrag selbst wurde angenommen.

Zwei Interpellationen der Sozialdemokraten, von denen sich die eine auf den Einsturz des Neubaus am Königsweg, die andere auf die in Aussicht gestellten Änderungen der Grundzüge betreffend das Witwen- und Waisengeld an die Hinterbliebenen von städtischen Arbeitern bezieht, sollen in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schöneberg.

Der Frauenabend des sozialdemokratischen Wahlvereins für Schöneberg findet heute Freitag, den 11. September, in folgenden Lokalen statt: Folger, Hoffhäuserstr. 26, Bielow, Ormewaldstraße 110, Wandie, Wohnstr. 25, Reithfeldt, Königsweg 42, Knoblauch, Sebanstr. 53, Leich, Albert- und Ebersbröcken-Gade, Gröble, Ebersstr. 37. Es wird ersucht, die Mitgliedsbücher sowie die Bibliotheksbücher von dem früheren Frauen- und Mädchenbildungsberein in den Jagställen abzugeben.

Am Donnerstag, den 17. September, findet im Lokal Lindenpark, Hauptstr. 12, eine allgemeine Versammlung für alle Bezirke der Frauenabteilung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Schöneberg statt, in welcher Dr. Chajes einen Vortrag über Frauenkassen halten wird. Zahlreichen Besuch der Genossen und Genossinnen zu dieser Versammlung erwartet. Der Vorstand.

Mit einer erfreulichen Schnelligkeit geht der Magistrat von Schöneberg an die Verwirklichung des neuen Soeben von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Verkehrsprojektes. Am Dienstag wurde bereits der erste Spatenstich zum Bau der Untergrundbahn Schöneberg-Berlin getan und zwar unter Beisein der städtischen und der Polizeibehörden unter Teilnahme vieler Gäste. Hoffen wir, daß die schnelle Entschliebung und Inangriffnahme des neuen Verkehrsprojektes durch Schöneberg auch fördernd auf die Verkehrspolitik des Verkehrs-Zweckverbandes einwirke.

Das Statistische Amt gibt jetzt statt der früheren Monatsberichte einen ausführlicheren Vierteljahresbericht heraus. Aus diesem ist zu entnehmen, daß die Bevölkerung im ersten Vierteljahr 1908 von 190 673 auf 199 953 gestiegen ist. Es ist dies der erste Fall in diesem Jahrhundert, daß die Bevölkerung der Stadt im Laufe eines Vierteljahres zurückgegangen. Dabei ist der Geburtenüberschuss höher gewesen denn im Vorjahre. Der gegenwärtige Rückgang ist eine Folge der wirtschaftlichen Konjunktur und hat seinen Niederschlag in einer empfindlichen Abnahme der Bevölkerung gefunden. Eheschließungen fanden 200 statt. In vier Fällen war die Frau bis 20 Jahre jünger als der Mann, der älter denn 50 Jahre war. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 897, darunter waren 9 Zwillingengeburt und einmal Drillinge. Un-ehelich Geborene betrug die Zahl 69, hierunter sind 24 in einer Anstalt resp. bei der Hebamme entbunden worden. Gestorben sind 497. Der Hauptgrund der Todesfälle ist in der verheerenden Wirkung der Lungenschwindsucht, Augenentzündung und Influenza zu suchen. Das Städtische Krankenhaus nahm insgesamt 783 Personen auf; darunter waren 372 männlich und 411 weiblich. Unter den Kindern waren die Knaben besonders stark vertreten.

Eine empfehlenswerte Nachahmung hat der Vorstand der Ortskrankenkasse geschaffen. Im Statut steht: Familienangehörige von Mitgliedern, sofern letztere der Kasse länger als sechs Monate angehören und sofern letztere nicht selbst in einem gesetzlichen Versicherungsverhältnis stehen, erhalten auf ihren Antrag, sobald die Notwendigkeit durch einen bei der Kasse angestellten Arzt begutachtet wird, in der für Kassenmitglieder üblichen Versorgungs-kasse freie Kur und Verpflegung in einem von der Kasse zu wählenden Krankenhaus. Damit übernimmt die Kasse die Krankenkosten für Familienangehörige seiner Mitglieder.

Die Nachrichten mittelpreisig waren auf den Märkten wie in den Läden höher als im Konsumverein. Die Zahl der Neubauten war eine sehr geringe. Lediglich der Bezirk III hatte elf Bauten mehr aufzuweisen denn im Vorjahre. Der Verkehrswandel in bebauten Grundstücken umfaßte 48 und in ungebauten 14 Grundstücke. Der bei den Grundbesitzwechsel erzielte Gesamtumsatz betrug 16,4 Millionen Mark. Bei dem Städtischen Arbeitsnachweis gingen von Arbeitgebern insgesamt nur 3194 Arbeitsangebote ein gegenüber 4158 im Vorjahre. Von Arbeitnehmern gingen ein 3919 Anmeldungen gegenüber 8735 im Vorjahre. Die Steigerung der Nachfrage war hier auf die männlichen Arbeitskräfte beschränkt. Es gingen 2078 Gesuche von Männern und 1846 von Frauen ein. Der Rückgang in den Anmeldungen von Arbeitnehmerinnen ist in erster Linie auf die Verminderung des Angebotes von Dienstmädchen zurückzuführen, das sich nur auf 287 gegen 521 belief. Die Feuerweh wurde zu 39 Bränden alarmiert, davon entfielen auf Feuer innerhalb der Stadt 26. Aus anderer Veranlassung wurde die Feuerweh in 44 Fällen alarmiert.

Aus der Volkshauserei wurden 34 981 Bände entliehen gegenüber 10 728 im Vorjahre. Die Städtische Sparkasse hatte im Umlaufe 63 894 Sparkassenscheine, deren Zahl am Schlusse des Vierteljahres hiefig auf 65 880. Gleichzeitig verminderte sich der Betrag der Spargelder von 30 410 481 M. auf 30 217 503 M. oder um 192 978 M. Damit hat sich die rückläufige Bewegung, die gegen Ende des Vorjahres einsetzte, in noch verstärkterem Maße sichtbar gemacht. Auf allen Gebieten macht sich der wirtschaftliche Rückgang bemerkbar.

Wilmerdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung von Wilmerdorf hielt am 9. September ihre erste Sitzung nach den Ferien ab. Nachdem der stellvertretende Vorsitzende Dr. Beckmann mitgeteilt hatte, daß eine im Februar d. J. beschlossene Anleihe von 3,1 Millionen Mark von der Regierung sanktioniert worden ist, kam ein Antrag Beckmann zur Erörterung, wonach dem Zeppelinfonds 5000 M. und den Abgebrannten von Donaueschingen 1000 M. aus städtischen Mitteln überwiesen werden sollen. Es geschah das Merkwürdige, daß sich gegen diesen Antrag in der völlig sozialistischen Körperschaft eine Opposition erhob. Der Stadtoberordnete Dr. Rosenberg machte geltend, daß Zeppelin sozusagen nicht wisse, wohin mit dem Gelde, das ihm in den letzten Wochen überwiesen worden sei. Im Gegensaß zum Zeppelinfonds sehe es aber um den Fonds zur Unterführung der Abgebrannten äußerst traurig aus. Persönliche Erkundigungen, die er, Dr. Rosenberg, bei der städtischen Behörde in Donaueschingen eingeholt habe, hätten ergeben, daß zugunsten der unglücklichen Bewohner dieser Stadt noch sehr wenig in deutschen Landen geschehen sei; und daher beantragte

er, den Abgebrannten 5000 M. und dem Zeppelinfonds die ursprüngliche für Donaueschingen bestimmten 1000 M. zu überweisen. Diesen wohlgemeinten Vorschlag beantwortete die Stadtverordnetenversammlung damit, daß sie so wenig und den ursprünglichen Antrag unberändert annahm. Jetzt, nachdem dem Grafen Zeppelin die Stange gehalten wird, handelt man unpatriotisch, wenn man sein Unglück geringer bewertet als das der Notleidenden in der verwüsteten Donaustadt.

Ein Antrag des Magistrats, den Entwurf zu einem Feuerwachtzgebäude betreffend, rief den Stadtoberordneten Klette als Berichterstatter auf den Plan. Der Herr ließ an der vom Hochbauamt vorgelegten Bauzeichnung kein gutes Haar und bemängelte u. a. unjeres Erachtens sehr mit Recht, daß in dem neuen Gebäude mit Büroräumen eine heillose Verschwendung getrieben werden soll, wohingegen man den Feuerwehrenten und deren Familien gütigst je zwei kleine Löcher als Wohnung zuweisen will. Die Vorlage ging an einen Ausschuss.

Für Neueinrichtungen in den städtischen Kollisionsbüchereien bewilligte die Stadtverordnetenversammlung einer Magistratsvorlage gemäß 1891 M. 80 Pf. Die Versammlung gab ferner noch ihre Einwilligung dazu, daß zu der im Oktober stattfindenden großen Ballonweinfahrt in Schmargendorf, die ein großes Publikum anlocken wird, verschiedene Ausbesserungen des Straßenpflasters vorgenommen werden.

Weißensee.

Schluss im Anrankassenkonflikt. Dr. Pape hatte im Juni 1908 sämtlichen Vorstandsmitgliedern sowie zwei dem Vorstande nicht mehr angehörenden Mitgliedern 5 M. Strafe auferlegt und sofort bei einzelnen Forderungen vornehmen lassen, weil die betreffenden einer Verfügung nicht gleich nachkamen, 50 M. Delegationskosten der Kasse wieder zuzuführen. Nunmehr ist das Urteil gesprochen und lautet:

Im Namen des Königs!

In der Verwaltungsstreitsache der ehemaligen Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse Weißensee: 1. W. Koste, 2. Rich. Dreschner, 3. Gustav Reuter, 4. Kurt Fuhrmann, 5. Otto Scher, 6. Fritz Ebert, 7. Hermann Ritter, 8. Franz Content aus Weißensee, Kläger und Revisionskläger, wider den Gemeindevorstand in Weißensee, Beklagten und Revisionsbeklagten, hat das königliche Preussische Obergerichtsverwaltungsgericht, dritter Senat in seiner Sitzung vom 15. Juni 1908 für Recht erkannt. Auf die Revision der Kläger wird die Entscheidung des Verwaltungsamtes zu Potsdam vom 11. Juni 1907, soweit sie angefochten ist, aufgehoben und die mit der Klage angegriffene Verfügung des Beklagten vom 22. Juni 1908 ihrem ganzen Umfange nach außer Kraft gesetzt. Die Kosten beider Instanzen werden, unter Festsetzung des Wertes des Streitgegenstandes auf 500 M. dem Beklagten zur Last gelegt. Die Requisitionen bleiben außer Anlag.

Der letzten Niederlage Dr. Papes kann nur der Wunsch beigefügt werden, daß das Obergerichtsverwaltungsgericht in Wäde die gänzliche Beseitigung dieses Schmalenschen aus dem Verwaltungsdienst der Gemeinde folgen läßt.

Notawed.

In der am Mittwoch festgefundenen Gemeindevertretersitzung wurde beschlossen, die Erhebung des Marktstandgeldes, die bisher für 1850 M. jährlich veranschlagt war, in eigene Regie zu übernehmen. — Für „mehr Licht“ soll in der Großbeerensstraße dadurch gefordert werden, daß im östlichen Teile derselben 11 Laternen neu aufgestellt werden. Da diese Straße zum Teil auf Dreiwirter Gebiet liegt, hat diese Gemeinde die Hälfte der Kosten zu tragen. — Einem Bedürfnis nach Erweiterung des Männer-Altersheims in der Mittelstraße soll dadurch Rechnung getragen werden, daß zu den bisherigen Räumen ein weiteres Zimmer hinzugebaut wird, in welchem zwei Betten aufgestellt werden sollen.

Ueber das Reichsvereinsgesetz referierte Genosse Städeln in der letzten, zahlreich besuchten Wahlvereinsversammlung, wofür ihm die Veranlassung durch reichen Beifall dankte. — Den Bericht von der Kreis-Generalversammlung gab Genosse Flach, den Bericht von der Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins Genosse Schönebeck. In der Diskussion übte Genosse Grubh scharfe Kritik an dem Beschluß von Groß-Berlin, der den Beitrag für Frauen auf 10 Pfennige pro Monat festsetze, während sich die Provinzialkonferenz für 20 Pf. entschieden hatte. Genosse Neumann hält den Beschluß von Groß-Berlin für einen Protest der Mitglieder gegen die eigenmächtige Handlung des Zentralvorstandes, welcher, ohne die Mitglieder zu fragen, den Beitrag auf 20 Pf. festgesetzt habe; im übrigen ist er und Grubh der Meinung, daß sich der Beschluß von Groß-Berlin nicht lange aufrecht erhalten lassen wird. Die weitere Debatte beschäftigte sich mit der Budgetfrage, in welcher sich alle Redner gegen die Budgetbewilligung aussprachen.

Potsdam.

In der letzten Wahlvereinsversammlung erkrankten die Genossen Waal und Rosenburg Bericht über die Generalversammlung des Wahlvereins. Die Versammlung war mit den gefassten Beschlüssen, insbesondere der Stellungnahme gegen die Budgetbewilligung der süddeutschen Genossen und die Wahl des Genossen Kautsch als Delegierten zum Parteitage einverstanden. Im Laufe dieses Monats soll in eine besondere Agitation für den Wahlverein und für die Parteipresse eingetreten werden. Zu letzterem Zweck wollen sich alle Genossen am kommenden Sonntag, den 13. d. M., ihren Bezirksleitern zur Verfügung stellen. — Der Uebertritt des Frauenbildungsbereins zum Wahlverein soll durch Verprechung beider Vorstände erledigt werden. Aufgenommen wurden 12 neue Genossen.

Witterungsübersicht vom 10. September 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 6 u. 9 Uhr
Sonnenbe.	757	SB	5	heiter	14
Damburg	755	SB	6	halb bb.	13
Berlin	756	SB	4	heiter	14
Frankf. a. M.	761	SB	3	halb bb.	17
München	762	SB	2	wolfig	15
Wien	762	SB	1	wolfig	17
Caparanda	755	SD	2	wolfig	9
Petersburg	756	SD	2	hebel	10
Scilly	761	SB	3	wolfig	13
Aberdeen	749	SB	3	Regen	10
Cuxis	762	SB	1	wolkenl.	9

Wetterprognose für Freitag, den 11. September 1908.

Einiges Niesel bei trübem nebligem Winden und veränderlicher Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		Wasserstand	am		am	
	9. 9.	8. 9.	9. 9.	8. 9.		9. 9.	8. 9.	9. 9.	8. 9.
Remel, Mühl	237	+7	114	-9	Saale, Großh.	114	-9	114	-9
Wegsel, Zisterburg	—	-1	Saale, Spanbau	44	-1	—	—	—	—
Wegsel, Thora	189	-18	Saale, Ratzenow	21	-2	—	—	—	—
Oder, Railbor	123	-8	Spre, Spremberg	66	-2	—	—	—	—
Krossen	112	-9	Havel, Beekow	72	+2	—	—	—	—
Frankfurt	131	+12	Havel, Nauen	45	-9	—	—	—	—
Wartze, Schirrm	38	+4	Havel, Nauen	80	-10	—	—	—	—
Landberg	11	-5	Havel, Raguniliani	506	-32	—	—	—	—
Regt, Borkamm	-8	+1	Havel, Nauen	311	+28	—	—	—	—
Elbe, Reitmerth	-29	-6	Havel, Nauen	324	+43	—	—	—	—
Dreedden	-141	+3	Havel, Nauen	65	-3	—	—	—	—
Borb	90	+3	Havel, Nauen	192	-5	—	—	—	—
Magdeburg	105	+11	Havel, Nauen	92	-24	—	—	—	—

) + bedeutet Hoch, — Fall, — ? Unterregel.